

**Institut für Geographie
Diskussionspapier 1/2004**

**Ethnisch-kulturelle Konflikte:
Ursachen, Folgen und Handlungsempfehlungen
am Beispiel der Stadt Duisburg**

Henning van den Brink

Als Manuskript vervielfältigt

Juni 2004

Anschrift des Herausgebers:	Institut für Geographie Universität Duisburg-Essen Lotharstr. 65 D-47048 Duisburg Tel.: (0203) 379 - 2250 Fax: (0203) 379 - 3516 E-mail: geographie@uni-duisburg.de
-----------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Verfasser:	Henning van den Brink E-mail: h.vandenbrink@web.de
------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	2
1.1	Problemaufriss	2
1.2	Ziel der Untersuchung.....	3
2	Bevölkerungsstrukturen und -entwicklung in Duisburg	5
3	Ethnisch-kulturelle Konfliktfelder	13
3.1	Die Ethnisierung von Konflikten	13
3.2	Ressourcenkonflikte.....	15
3.3	Rangordnungskonflikte.....	16
3.4	Regelkonflikte.....	18
4	Exkurs: Türken in Deutschland – zwischen Integration und Separation	21
4.1	Integration – ein schillernder Begriff.....	22
4.2	Das Spannungsverhältnis zwischen Deutschen und Türken in Deutschland..	23
5	Ethnisch-kulturelle Konflikte und soziale Probleme – eine Endlosschleife? ..	26
5.1	Ausländerfeindlichkeit.....	26
5.2	Ausländerkriminalität	29
5.3	Kriminalitätsfurcht.....	36
6	Ethnisch-kulturelle Konflikte und Segregation	43
6.1	Räumliche Mobilität und demographischer Wandel	43
6.2	Degradations- und Segregationsprozesse	47
6.3	Segregation – Motor oder Bremse für Integration?	49
6.4	Ghettoisierung – auch in Deutschland?	51
7	Zusammenfassung	53
8	Problemzentrierte Handlungsempfehlungen	56
9	Ausblick	62
	Abbildungsverzeichnis.....	64
	Literaturverzeichnis	65

1 Einleitung¹

1.1 Problemaufriss

Mit dem Ende des kalten Krieges und dem Fall des Eisernen Vorhangs verband sich die Hoffnung auf eine konflikt- und gewaltfreiere Welt. Der einst die Weltpolitik dominierende ideologische Antagonismus von westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus verlor seine Funktion als Kristallisationspunkt von Konflikten. Doch es scheint so, als sei der große Ost-West-Konflikt lediglich abgelöst worden durch viele ethnisch-kulturelle Regionalkonflikte, die das „geopolitische Machtvakuum“ nach dem Ende des kalten Krieges auffüllen und damit eine Renaissance geopolitischer Denkweisen und Weltbilder erzeugen (Reuber/Wolkersdorfer 2002: 24). Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Balkan, in Palästina und anderswo führen das Konfliktpotenzial schonungslos vor Augen. Den Nerv der Zeit trifft Huntington (1993a, 1993b, 1996) mit seiner These vom „Kampf der Kulturen“.² Danach haben die vielen teils bereits brennenden, teils noch vor sich hin schwelenden ethnisch-kulturellen Konflikt-herde nicht nur regionale Bedeutung und Ursachen, sondern sind Teil eines globalen Konflikts zwischen den großen Weltkulturen.

Ethnisch-kulturelle Konflikte äußern sich aber nicht immer gleich in militärischen oder terroristischen Aktionen. Huntington (1993a) bezieht seine These vom „Clash of Civilizations“, die an diverse „Vorbilder“ kultur(raum)spezifischer Weltbilder und geopolitischen Gedankenguts anknüpft (vgl. Ehlers 1996: 340ff.), auch auf solche Konfliktsituationen, die unterhalb der staatlich-politischen Ebene stattfinden. Ethnisch-kulturelle Konflikte in kleinräumigen Gebietseinheiten wie Stadt oder Stadtteil können auf verschiedene Art und Weise das Zusammenleben von Menschen beeinträchtigen.

Deutschland hat innerhalb der Europäischen Union (EU) die mit Abstand meisten Zuzüge von Ausländern zu verzeichnen.³ In den 90er Jahren waren das rund zehn Millionen Menschen, die z.B. als Asylbewerber, als Gastarbeiter oder als Aussiedler nach Deutschland kamen (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2001:

¹ Für zahlreiche Diskussionen im Laufe der Erstellung des Diskussionspapiers bedanke ich mich bei Prof. Dr. Hans Heinrich Blotevogel, Prof. Dr. Winfried Flüchter, Lutz Popp, Peter Schmitt, Sören Stock und Arne van den Brink. Dem Polizeipräsidium Duisburg danke ich für das kleinräumige Datenmaterial zum Kriminalitätsaufkommen in Duisburg. Auch dem Jahreskongress der Landeszentrale für politische Bildung NRW „Demokratiefreie Zonen in der Stadt?“ am 5.3.2004 in Essen verdanke ich interessante Anregungen zum Thema.

² Zusammenfassende Darstellung der Kritik an Huntingtons These bei Ehlers (1996) und Reuber/Wolkersdorfer (2002).

³ „Insgesamt leben in der westlichen Hälfte Europas – also in den 15 EU-Staaten sowie in Norwegen und der Schweiz – derzeit 385 Mio. Menschen. Davon sind rund 20 Mio. Ausländer, also nicht Bürger des Landes, in dem sie zurzeit leben. Ein Drittel dieser Ausländer, 7,3 Mio. Personen, lebt in Deutschland. Die Bundesrepublik beherbergt damit in Europa die bei weitem größte Zahl an Ausländern. Hinzu kommen rd. 7 Mio. Zuwanderer, die in Europa eingebürgert wurden oder schon als Bürger des Ziellandes immigrierten. Auch hier liegt Deutschland mit 3,2 Mio. heute unter uns lebenden Aussiedlern und 1,2 Mio. anderen eingebürgerten Deutschen europaweit an erster Stelle“ (Münz 2002: 393).

6, 117). Die Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland steht deshalb vor der schwierigen Aufgabe, das damit verbundene ethnisch-kulturelle Konfliktpotenzial möglichst gering zu halten. Zwar gibt es hierzulande weder blutige Auseinandersetzungen wie in Ruanda, noch Mauern, die ganze Städte teilen wie in Belfast, noch terroristisch-separatistische Bewegungen wie im Baskenland. Aber seit Beginn der 90er befindet sich die Bundesrepublik in einer blockierten Situation „zwischen frustrierten Einwandererperspektiven, multikulturellen Ersatzvisionen und ethnosozialen Spannungslagen“ (Bade 1993: 445).

Rund 7,3 Millionen Ausländer unterschiedlichster Nationalität und Konfession lebten 1999 in Deutschland, was knapp 9% der Gesamtbevölkerung entsprach (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2001: 80). Diese Zahl stagniert seit Mitte der 90er Jahre. Die ausländische Bevölkerung verteilt sich jedoch nicht gleichmäßig oder zufällig über das gesamte Bundesgebiet, sondern konzentriert sich vor allem auf die Großstädte und innerhalb des Stadtgebietes wiederum auf bestimmte Stadtteile (Geißler 2002: 282). 1999 lag der Ausländeranteil in Kernstädten (mind. 100.000 Einwohner) bei 14,1%, in ländlichen Kreisen bei 4,4% (Böltken et al. 2002: 398ff.). Städte sind und bleiben die „Magnete der Migration“ (Heitmeyer et al. 1998: 10), doch haben sie durch die Modernisierung ihre Integrationskraft eingebüßt (Häußermann/Oswald 1997: 19). Es sind die Städte, in denen sich die Konflikte zwischen einheimischer und ausländischer Bevölkerung am markantesten abzeichnen.

1.2 Ziel der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit möchte einen Beitrag dazu leisten, die ethnisch-kulturellen Konflikte in den bundesrepublikanischen Großstädten zu beleuchten und Erklärungen für ihre Ausmaße und Intensität, ihre Entstehung und Entwicklung zu diskutieren. Das soll am Beispiel Duisburg geschehen. Die niederrheinische Großstadt bietet sich aus verschiedenen Gründen für eine derartige Analyse an. Duisburg ist im Ruhrgebiet nicht nur die *Stadt* mit dem höchsten Ausländeranteil, Duisburg-Bruckhausen ist auch der *Stadtteil* mit dem höchsten Ausländeranteil, der bei über 50% liegt (vgl. Strohmeier 2002: 21, 54). Marxloh ist ein weiterer Duisburger Stadtteil, der weit über die Stadtgrenzen hinaus als „Problemviertel“ bekannt ist: Ethnisch-kulturelle Konflikte sind hier schon Bestandteil des Alltags und der öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskussion geworden.⁴

⁴ Vor allem im Rahmen des Forschungsprojekts von Heitmeyer/Anhut (2000) wurden vielfältige Daten in Duisburg erhoben, die die Grundlage bildeten für mehrere Arbeiten über ethnisch-kulturelle Konflikte. Aber auch andere Wissenschaftler beschäftigten sich mit Duisburg und seinen benachteiligten Stadtquartieren. Tobias/Boettner (1992) führten eine qualitative Studie über Armutsbewältigungsstrategien im Stadtteil Bruckhausen durch. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme von lokalen Entwicklungs- und Erneuerungsprojekten in Deutschland wurde Bruckhausen auch von Staubach (1995) untersucht. Der Stadtteil Marxloh stand im Mittelpunkt einer Untersuchung von Rommelspacher et al. (1998). Am Beispiel Marxloh analysierte Hanhörster (1999) den Zusammenhang zwischen Wohnungspolitik und Segregationsprozessen. Die sozialräumliche Clusteranalyse von Strohmeier (2002), in der 441 Stadtteile des Ruhrgebiets zu fünf möglichst ähnlichen Gruppen zusammen-

Die Situation in Duisburg ist, was die sozioökonomische und soziodemografische Entwicklung anbelangt, durchaus mit anderen Großstädten im Ruhrgebiet vergleichbar (zur Migrationspolitik der Ruhrgebietsstädte vgl. Krummacher/Waltz 2000). Dennoch ist die „Entzündungsfähigkeit“ gerade interethnischer Konflikte nach Schröder et al. (2000: 170f.) in Duisburg deutlich höher als z.B. in den Vergleichsstädten ihrer Studie (Wuppertal und Münster). Angesichts der für Duisburg prognostizierten demographischen Entwicklung (vgl. hierzu Heitmeyer 1998: 456) und dem damit verbundenen steigendem Ausländeranteil können ethnisch-kulturelle Konflikte hier ein Ausmaß annehmen, das das urbane Leben in Duisburg massiv beeinträchtigt.

Somit ist ein akuter Handlungsbedarf gegeben, die Konflikte und ihre Entstehung näher zu untersuchen, um damit Ansatzpunkte für Maßnahmen zur Gegensteuerung und Prävention zu liefern. Da die Türken in Duisburg wie auch in der gesamten Bundesrepublik die größte Migrantengruppe darstellen und häufig in ethnisch-kulturelle Konflikte involviert sind, soll der Schwerpunkt der Ausführungen auf der Beziehung zwischen Türken und Deutschen liegen.

Es soll einerseits der Versuch unternommen werden, dem Leser ein grundsätzliches Problembewusstsein für die Ursachen und Folgen ethnisch-kultureller Konflikte in deutschen Großstädten zu vermitteln. Die empirischen Befunde der verschiedenen Untersuchungen, die in Duisburg durchgeführt worden sind, dienen zur Illustration der Ausführungen. Andererseits soll über den beispielhaften Charakter hinaus anhand eben dieser recht umfangreichen Forschungsergebnisse eine Sozialraumanalyse Duisburgs realisiert werden, die die Problematik vor Ort genauer herausstellt und verdeutlicht.

Die vorliegende Fallstudie nimmt folgende Fragen in den Blick: Welche Arten von ethnisch-kulturellen Konflikten gibt es? Wie stark sind diese in Deutschland und speziell in Duisburg ausgeprägt? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen ethnisch-kulturellen Konflikten und sozialen Problemen? Welche Auswirkungen haben sie auf das Leben in der Stadt? Welche Handlungsempfehlungen lassen sich für die Lösung von ethnisch-kulturellen Konflikten formulieren?

Zu deren Beantwortung werden insbesondere empirische und sozialräumliche Arbeiten der Migrations-, Stadt- und Kriminalsoziologie/-geographie ausgewertet. Zunächst wird Duisburg unter besonderer Berücksichtigung migrationsbedingter Sozialstrukturen und Strukturveränderungen vorgestellt. Anschließend werden der Begriff des ethnisch-kulturellen Konflikts spezifiziert und die einzelnen Konfliktlinien skizziert. Es wird auf den Begriff der Integration und auf das besondere Spannungsverhältnis zwischen Deutschen und Türken in Deutschland eingegangen, um einige Erklärungsversuche abzuleiten. Danach werden die Wechselwirkungen zwischen ethnisch-kulturellen Konflikten und den sozialen Problemen wie Ausländerfeindlichkeit, Ausländerkriminalität und Kriminalitätsfurcht untersucht. Dann wird die Rolle von Segregationsprozessen im Zusammenhang mit ethnisch-kulturellen Konflikten dargelegt. Am Schluss werden einige Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, die zur Entschärfung von Konfliktkonstellationen beitragen können.

2 Bevölkerungstrukturen und -entwicklung in Duisburg

Duisburg ist ein Oberzentrum im westlichen Ruhrgebiet, das in besonderem Ausmaße von De-Industrialisierung betroffen ist – der Industriebesatz⁵ liegt im „Revier“ mittlerweile unter dem Bundesdurchschnitt, was allerdings kaum in das öffentliche Bewusstsein vorgedrungen ist (Blotevogel 1998: 67, 76) – und mit sozioökonomischen Umstrukturierungsproblemen zu kämpfen hat (vgl. Rommelspacher/Oelschlägel 1986: 214ff.; Staubach 1995: 213ff.). Wie in vielen anderen deutschen Großstädten hat sich in Duisburg im Laufe von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Wandlungsprozessen eine „dual city“⁶ herausgebildet: Die Stadt teilt sich auf in Bezirke mit entweder überwiegend einkommensstarken oder überwiegend einkommensschwachen Haushalten. In Duisburg liegen die privilegierten Wohngebiete im Süden und Osten, die benachteiligten Viertel im Westen und vor allem im Norden. Duisburg ähnelt hinsichtlich dieses Nord-Süd-Gefälles den meisten übrigen Kernstädten der Hellwegzone (Mülheim/Ruhr, Essen, Bochum und Dortmund); im Gegensatz dazu liegen in den Kernstädten der Emscherzone (Oberhausen, Gladbeck, Gelsenkirchen, Herne, Herten, Bottrop, Recklinghausen und Castrop-Rauxel) die benachteiligten Stadtteile im Süden (vgl. Strohmeier 2002).

Da die genannten Städte jeweils unmittelbar benachbart sind und nahezu nahtlos ineinander übergehen, entstehen dort großräumige „Problemgebiete“, die zu einer prekären und sich selbst verstärkenden Kumulation von sozialen Konflikten führen können. Die hiervon betroffenen Stadtteile sind häufig Gegenstand von nordrhein-westfälischen Sanierungsprojekten im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“.⁷ Diese „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“⁸ zeichnen sich aus durch hohe Anteile von Personen, die auf staatliche Transferleistungen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld etc.) angewiesen sind, durch hohe Ausländeranteile, durch Strukturdefizite und durch erhöhte Kriminalitätsaufkommen. Dass diese „problemhomogenen“ Gebiete in zwei oder mehr politisch-administrative Zuständigkeitsbereiche fallen, erschwert eine (Re-)Stabilisierung der Situation. Hier zeigt sich, wie schwierig es

⁵ Der Industriebesatz ist die Zahl der Beschäftigten im sekundären Sektor pro 1.000 Einwohner.

⁶ Dieser Begriff pointiert die sozialräumlichen Differenzierungen in der Stadt allerdings mehr als dass er sie angemessen beschreibt, so dass man statt von einer *zweigeteilten* weniger plakativ von einer *vielfach geteilten* Stadt sprechen könnte (vgl. Krätke 1995: 175).

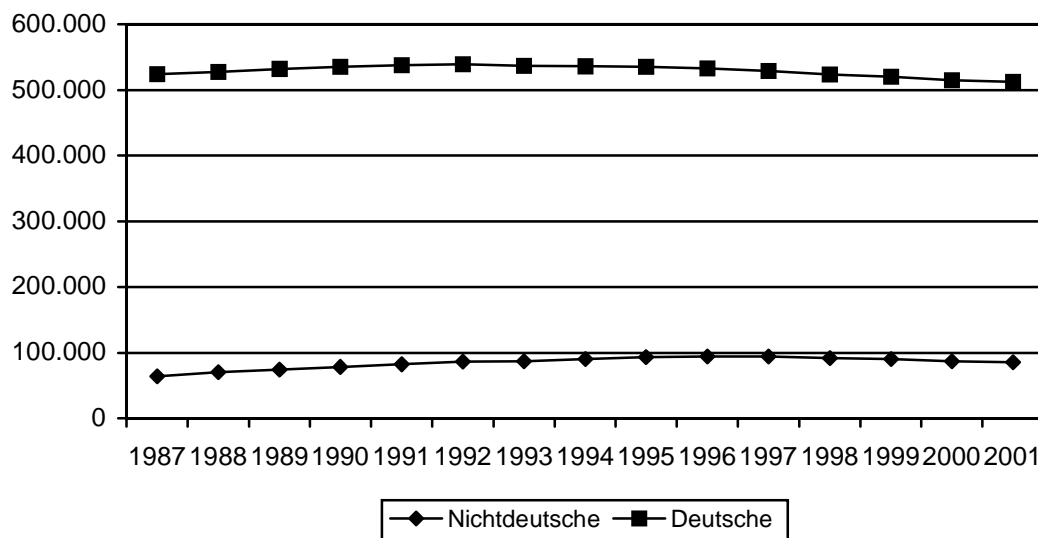
⁷ Bund und Länder haben 1999 die Städtebauförderung um das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ ergänzt, um der sich verschärfenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten gegenzusteuern. Dieses Programm ist sowohl auf Partizipation als auch auf Kooperation angelegt und stellt einen neuen integrierten Politikansatz für die Stadtteileentwicklung dar (vgl. auch Becker/Löhr 2000; Roggethin 2001; Walther 2001). Weitere Informationen sind im Internet verfügbar unter: <http://www.soziale-stadt.nrw.de> oder <http://www.mswks.nrw.de>.

⁸ Diese offizielle, „politisch korrekte“ Bezeichnung wurde bewusst gewählt, um möglichst keine stigmatisierenden Assoziationen auszulösen – wie das z.B. bei den Bezeichnungen „sozialer Brennpunkt“ oder „Armutsstadtteil“ der Fall sein kann – und die damit verbundene negative Zuschreibung, die selbst wieder problemverschärfend wirken kann, von vornherein zu vermeiden (vgl. Bell 2003: 17, 80). Zu den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf gehören neben Duisburg-Marxloh und Duisburg-Bruckhausen z.B. auch Ratingen-West, Monheim-Berliner Viertel, Dortmund-Clarenberg, Essen-Katernberg, Bonn-Dransdorf, Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord.

ist, gerade in polyzentralen Metropolregionen wie Rhein-Ruhr die einzelnen Städte zu Kooperationen und Partnerschaften oder wenigstens zu Koordination und Erfahrungsaustausch zu motivieren (vgl. Blotevogel 2001, 2002, 2003; Knapp et al. 2001: 10ff.; Ritter 2002). Gerade im Ruhrgebiet herrscht eine „kaum überschaubare Verflechtung von Hoheitsgebieten, Einflussphären, Grenzen, Zuständigkeiten und Verwaltungsbereichen“; diese „wilden Grenzen“ sind ein zusätzliches Hindernis für eine interkommunale Zusammenarbeit (Davy 2002: 527). Die Aufteilung des Ruhrgebiets in drei Regierungsbezirke, deren Ämter allesamt außerhalb des Ruhrgebiets liegen (Arnsberg, Düsseldorf, Münster), sorgt für besonderen Diskussionsstoff.

Eine Kooperationskultur zu entwickeln und zu etablieren, heißt, Widerstände zu überwinden, die sich in der Verbindung von „Kirchturmdenken“ und „Lokalpatriotismus“ als ausgesprochen resistent gegenüber Veränderungen erweisen. Zwar können Land und Bund materielle Anreize und rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, indem sie z.B. Kooperationen als Voraussetzung für die Vergabe von Fördermitteln in den Förderrichtlinien gesetzlich verankern (vgl. Danielzyk et al. 2002: 29f.). Funktionierende Kooperationen lassen sich aber nur sehr eingeschränkt in der traditionellen bürokratischen Stoßrichtung „von oben“ („top-down“) – und im Fall des Ruhrgebiets „von außen“ – in Gang bringen.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Duisburg 1987-2001



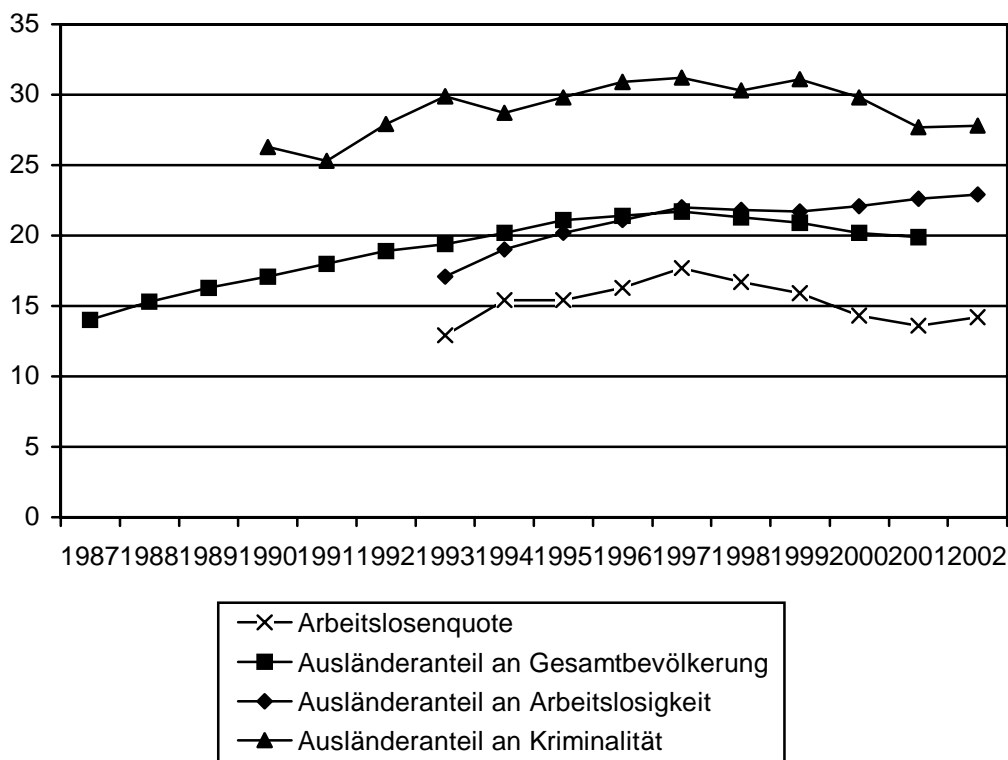
Quelle: Eigene Darstellung nach LDS NRW.

In Duisburg lebten nach den Zahlen des Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) im Jahr 2001 rund 512.000 Einwohner, darunter 85.000 nichtdeutsche Mitbürger (Abbildung 1).⁹ Die Einwohnerzahl ist im Laufe der

⁹ Die Begriffe „nichtdeutsche“ und „ausländische“ Bevölkerung werden hier synonym verwandt, wie dies teilweise auch das LDS NRW und der KVR, der sich größtenteils auf Datenmaterial des LDS

90er Jahre leicht geschrumpft. Dabei sind unterschiedliche Trends zu beobachten. Während die Zahlen der Nichtdeutschen bis 1997 stetig anstiegen und erst danach sanken, sind die Zahlen bei der deutschen Bevölkerung schon seit 1987 rückläufig. Duisburg ist zusammen mit den Städten Gelsenkirchen, Mülheim/Ruhr und Essen innerhalb des Ruhrgebiets besonders stark von Schrumpfungsprozessen betroffen (Strohmeier 2002: 68). Die Wanderungsbilanzen der Stadt Duisburg gegenüber ihrem Umland fallen seit mehreren Jahren negativ aus (vgl. Blotevogel/Jeschke 2001).

Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosenquote, des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung, des Ausländeranteils an Arbeitslosigkeit und des Ausländeranteils an der Kriminalität in Duisburg 1987-2002 (Angaben in Prozent)



Quellen: Eigene Darstellung nach LDS NRW; Landesarbeitsamt NRW; Polizeipräsidium Duisburg.

NRW bezieht, in ihren Publikationen tun. Nach der Definition des KVR (2002: 52) zählen „alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, [...] als Ausländer. Hierzu gehören auch die Staatenlosen und Personen mit ‚ungeklärter‘ Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsbürgerschaft besitzen, gehören nicht zu den Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Bundesgebiet unterliegen mit ihren ausländischen Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Melderechts und werden somit statistisch nicht erfasst.“

Der Ausländeranteil in Duisburg ist zwischen 1987 und 2001 von 14% auf 20% gestiegen (Abbildung 2) und liegt damit ungefähr doppelt so hoch wie auf Bundes- und Landesebene. Seit Ende der 90er Jahre deutet sich allerdings eine Trendwende hin zu sinkenden Ausländeranteilen an. Duisburg scheint zeitversetzt von der Gesamtentwicklung im Ruhrgebiet erfasst worden zu sein, wo – Angaben des Kommunalverbands Ruhrgebiet (KVR) zufolge – seit 1996 die Zahl der ausländischen Mitbürger um rund 5% gesunken ist. Hier offenbart sich allerdings ein statistisches Problem, dass die tatsächlichen Entwicklungen zumindest teilweise verdeckt: Sinkende Ausländeranteile können nämlich auch darauf beruhen, dass Ausländer sich vermehrt haben einbürgern lassen und bei der statistischen Erfassung nun zu den Deutschen gezählt werden. Mit Ausnahme des Wahlrechts hat sich die Lebenssituation dieser Menschen jedoch nicht wesentlich verändert, und auch die Integrationsprobleme sind damit keineswegs gelöst (vgl. Danielzyk et al. 2002: 9).¹⁰

Während der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung sinkt, steigt jedoch der Ausländeranteil an der Arbeitslosigkeit. Von allen Arbeitslosen waren 2002 rund 23% ausländischer Herkunft.¹¹ Das „doppelte Dilemma“ der meisten Ausländer auf dem Arbeitsmarkt liegt darin, dass sie in der Regel schlecht und fast ausschließlich für industrielle Arbeit qualifiziert sind und sich zusätzlich in jenen Großstädten konzentrieren, in denen – wie in Duisburg – besonders massive De-Industrialisierungsprozesse stattfinden (vgl. Friedrichs 1998: 253).¹² Auch an kriminellen Handlungen scheinen Ausländer laut Statistik überproportional beteiligt zu sein (siehe Kapitel 5.2).

Der Ausländeranteil variiert innerhalb des Duisburger Stadtgebiets erheblich (siehe Abbildung 3). In den Außenbezirken ist der Ausländeranteil deutlich geringer. Die größte Konzentration von Ausländern findet man im Stadtbezirk Hamborn, zu dem die Stadtteile Marxloh, Obermarxloh, Bruckhausen, Röttgersbach und Neumühl gehören.¹³

¹⁰ Deswegen wird häufig auch von „in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen. Dieser Begriff ist zutreffender als z.B. Ausländer oder Migranten, „da er sowohl die deutschstämmigen Aussiedler als auch die ehemaligen Ausländer, die mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, und die bereits in Deutschland geborenen Kinder der Migrantenfamilien umfasst“ (Bell 2003: 41). Allein zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf diesen „sperrigen“ Begriff verzichtet, denn es ist Geißler (2003: 374) beizupflichten, der den „Ausländer“-Begriff wegen seiner Undifferenziertheit für ein „Auslaufmodell“ in der Migrationsforschung hält.

¹¹ Der Ausländeranteil bei den Sozialhilfeempfängern ist ebenfalls überproportional hoch (vgl. Böltken et al. 2002: 405ff.; Friedrichs 1998: 246; Petrowsky 2001: 190ff.).

¹² Viele Ausländer reagieren inzwischen auf den Strukturwandel des Arbeitsmarkts, indem sie sich selbständig machen. Es formiert sich ein ausländischer Mittelstand (Geißler 2002: 295ff.; vgl. auch Gaschke 2003; Ulusoy/Siebert 2001). Die Zahl der türkischen Selbständigen in Deutschland ist von 22.000 im Jahr 1985 auf 59.500 im Jahr 2000 gestiegen, davon allein 21.500 in Nordrhein-Westfalen und 11.000 im Ruhrgebiet (Sen 2002: 60; Zentrum für Türkeistudien 2002: 90ff.). Bei diesen „ethnischen Ökonomien“ darf jedoch nicht unterschlagen werden, dass niedrige Gewinne, lange Arbeitszeiten und unbezahlte Familienangehörige weit verbreitet sind und dass die Fluktuation bei den angemeldeten Gewerben sehr hoch ist (vgl. Häußermann/Kapphan 2000: 217; Hillmann 2001).

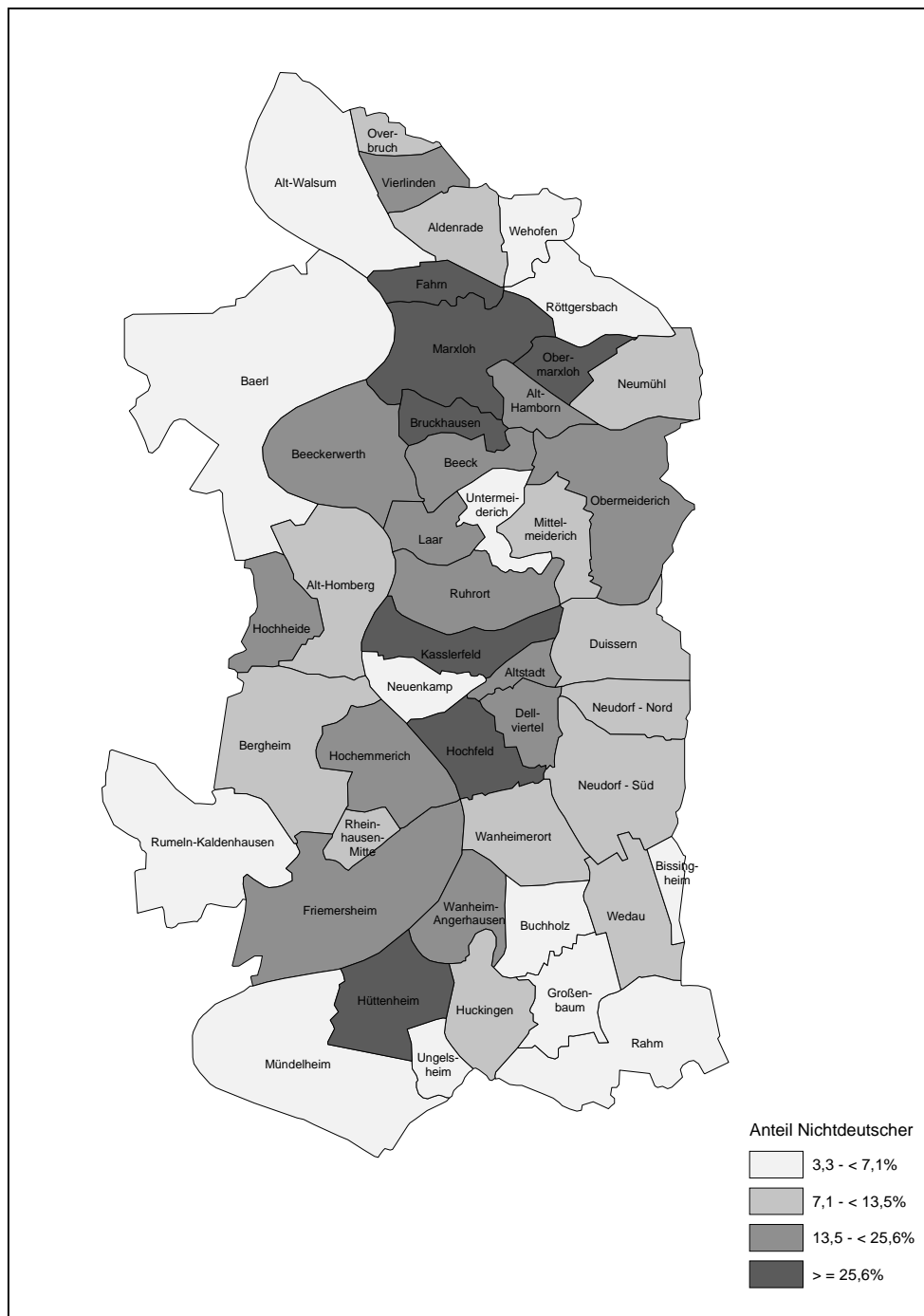
¹³ Neben der offiziellen Homepage der Stadt Duisburg (<http://www.duisburg.de>) erhält man Impressionen über einzelne Stadtteile im Internet: <http://www.du-homberg.de>, <http://www.baerl-online.de>, <http://www.hamborn.de>, <http://www.muendelheim.de>, <http://www.rheinhausen.org>, <http://www.ruhrort.com>, <http://www.walsum.de>, <http://www.hansegracht.de>, <http://www.duisburg-meiderich.de>, <http://www.neumuehl.de>.

Die Bevölkerungsbewegung, die durch die Fort- und Zuzüge verursacht wird, verläuft bei der nichtdeutschen Bevölkerung insgesamt diskontinuierlicher als bei der Deutschen (Abbildung 4, Abbildung 5). Sowohl Zu- als auch Abwanderungen haben seit Mitte der 90er Jahre abgenommen. Die Fluktuation lässt nach, und die bereits hier lebenden Nichtdeutschen etablieren sich. Bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung der nichtdeutschen Bevölkerung fällt auf, dass die Geburtenziffer zumindest bis 1999 oberhalb der Sterbeziffer liegt. Die Entwicklung der Fertilitäts- und Mortalitätsziffern verläuft bei den Deutschen genau umgekehrt. Interessant ist, dass ab 1999 die Geburtenziffer der Deutschen wieder ansteigt, während die der Nichtdeutschen stark abfällt. Ein Grund dafür könnte die Einbürgerung junger ausländischer Ehepaare sein, deren zukünftige Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

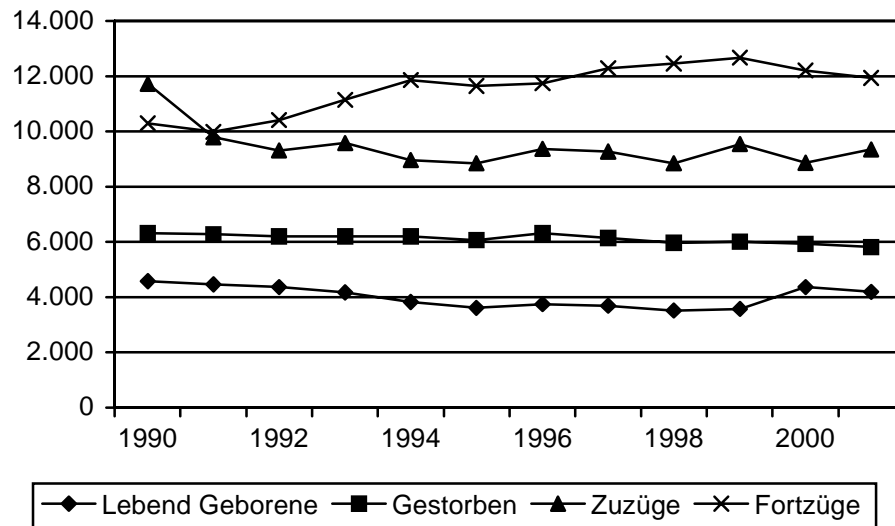
Die Tatsache, dass die deutsche Fertilitäts- unter der Mortalitätsrate liegt, spiegelt die fortschreitende Alterung der deutschen Bevölkerung wider. Das kommt auch bei der Altersverteilung zum Ausdruck (Abbildung 6). Die Altersstrukturen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung unterscheiden sich z.T. erheblich. Während bei den Nichtdeutschen mehr als die Hälfte jünger als 30 Jahre sind (Abbildung 7), ist diese Altersgruppe bei den Deutschen nur zu gut einem Viertel vertreten. Ein weiteres Viertel wird von den über 65-Jährigen eingenommen, die bei den Nichtdeutschen wiederum nur rund ein Zwanzigstel ausmachen.

Deutsche und Ausländer in Deutschland unterscheiden sich also nicht nur in ethnisch-kultureller, sondern auch in sozialstruktureller Hinsicht. Diese sozialstrukturellen Besonderheiten von Nichtdeutschen gilt es zu berücksichtigen, wenn es um die Beschreibung und Bewertung von ethnisch-kulturellen Konflikten geht.

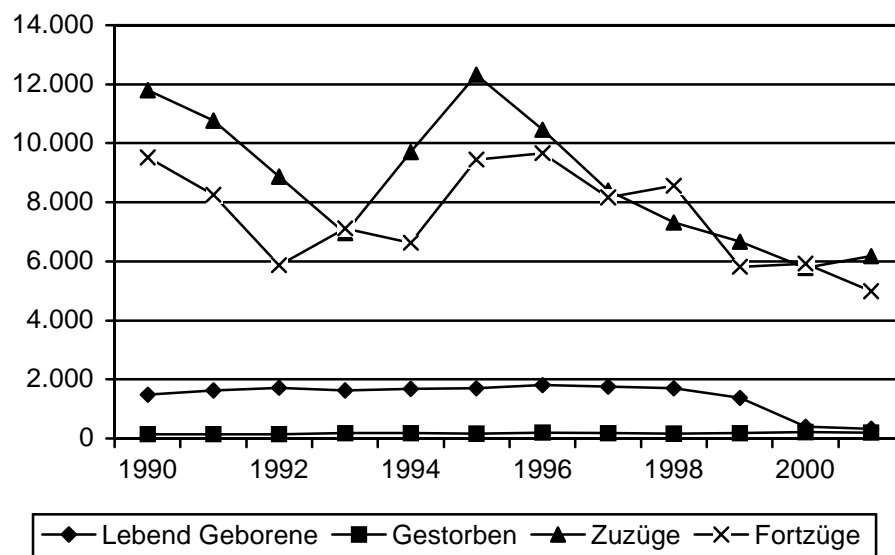
Abbildung 3: Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Duisburg 2000



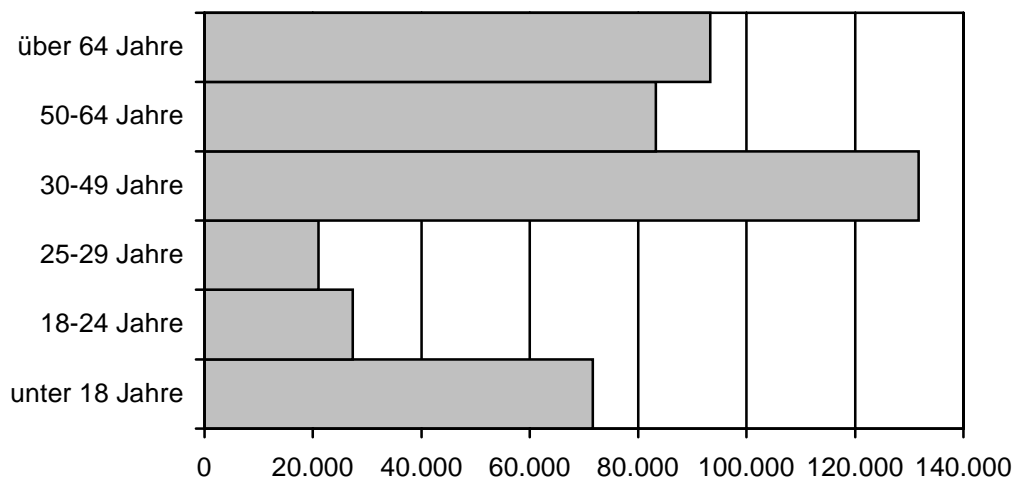
Quelle: Strohmeier (2002: 98).

Abbildung 4: Bevölkerungsbewegung der deutschen Bevölkerung in Duisburg 1990-2001

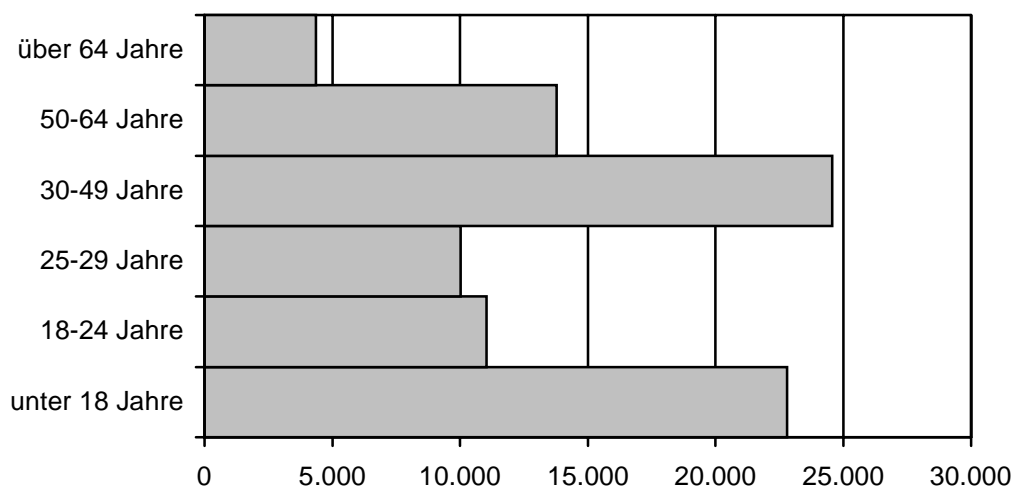
Quelle: Eigene Darstellung nach LDS NRW.

Abbildung 5: Bevölkerungsbewegung der nichtdeutschen Bevölkerung in Duisburg 1990-2001

Quelle: Eigene Darstellung nach LDS NRW.

Abbildung 6: Deutsche Bevölkerung in Duisburg nach Altersgruppen am 31.12.2000

Quellen: Eigene Darstellung nach LDS NRW; KVR-Datenbank.

Abbildung 7: Nichtdeutsche Bevölkerung in Duisburg nach Altersgruppen am 31.12.2000

Quellen: Eigene Darstellung nach LDS NRW; KVR-Datenbank.

3 Ethnisch-kulturelle Konfliktfelder

Wo Migration als Quelle ökonomischer, sozialer und kultureller Innovationen einst eine Großstadt in den Rang einer Metropole hob (Häußermann/Oswald 1997: 25f.), verwandelt sie heute eine Großstadt nicht selten in einen Krisenherd. Denn die Stadtgesellschaft leidet immer mehr unter der Last ethnisch-kultureller Konflikte, die sich nachteilig und nachhaltig auf die urbane Lebensqualität auswirken. Die bunte ethnische Vielfalt in den Städten als Anziehungspunkt scheint sich in einen Standortnachteil umzuwandeln. An die Stelle eines harmonischen *Miteinanders* oder zumindest akzeptierten *Nebeneinanders* der verschiedenen Ethnien rückt ein konfliktreiches *Gegeneinander*. Ethnisch-kulturelle Konflikte beschäftigen Stadtplanung, Sozialarbeit, Polizei und Kommunalpolitik gleichermaßen.

Im Folgenden wird entsprechend der Untersuchung von Heitmeyer/Anhut (2000) eine differenzierte Einteilung von ethnisch-kulturellen Konflikten in Ressourcen-, Rangordnungs- und Regelkonflikte vorgenommen. Ressourcen- und Rangordnungskonflikte sind auf strukturelle, Regelkonflikte auf kulturelle Probleme gerichtet (Schröder et al. 2000: 110). Diese stehen jedoch nicht isoliert nebeneinander, sondern beziehen sich aufeinander und durchdringen sich gegenseitig. Diese Konflikte existieren zunächst auch ohne sozialräumlichen Bezug und sind mit Blick auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen eines Landes zu erklären (Friedrichs 1998: 233). Die historische Situation im Aufnahmeland ist dabei stets zu berücksichtigen.¹⁴

3.1 Die Ethnisierung von Konflikten

Mit dem Begriff Konflikt wird in den Sozialwissenschaften eine besondere Form sozialer Beziehungen bezeichnet, nämlich „Gegensätzlichkeiten, Spannungen, Gegnerschaften, Auseinandersetzungen, Streitereien und Kämpfe unterschiedlicher Intensität zwischen verschiedenen sozialen Einheiten“ (Hillmann 1994: 432). Es lassen sich unter dem Gesichtspunkt der zugrunde liegenden Motive und Gegenstände Interessenkonflikte auf der einen und ethnisch-kulturelle Konflikte auf der anderen Seite unterscheiden. Zum ersten Typus werden Auseinandersetzungen gezählt, die sich auf ungleich verteilte Güter, wie z.B. Statuslagen, Machtpositionen, Einkommens- und

¹⁴ So lassen sich beispielsweise die „Integrationsleistungen“ der polnischen Einwanderer Ende 19. Jahrhunderts im Ruhrgebiet mit denen der türkischen Immigranten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur bedingt vergleichen (vgl. Esser 1988; Siebel 1997). Die damaligen wirtschaftlichen Bedingungen scheinen eine Integration von Ausländern erleichtert und damit weniger ethnisch-kulturelles Konfliktpotenzial produziert zu haben (vgl. Siebel 1997: 36ff.). Aber Häußermann/Siebel (2001: 69) fügen hinzu: „Es handelt sich weniger um eine Erfolgsgeschichte der Integration als um massive Selbstselektion“. Die weniger Integrierten bzw. weniger Integrationswilligen zogen weiter, die anderen Polen blieben, gründeten eigene Vereine, Zeitungen, Kirchgemeinden und Gewerkschaften. Sie legten ihren Außenseiterstatus allmählich ab, weil sie durch aktive Selbstorganisation – unter Aneignung und Einhaltung der deutschen „Spielregeln“ – ihre Interessen artikulieren und politischen Druck ausüben konnten.

Besitzverhältnisse beziehen. Der zweite Typus betrifft dagegen die Sphäre von Religionen, Sprachen, Ideologien, Werten und Identitäten. Ethnisch-kulturelle Konflikte entstehen, „wenn mindestens zwei verschiedene Ethnien einander im Raum begegnen, wenn sie in diesem Raum um kulturelle Hegemonie konkurrieren und wenn zwischen ihnen ein Machtgefälle besteht“ (Dangschat 1998: 21). Weil sie emotional besetzt und leicht mobilisier- und instrumentalisierbar sind, werden sie mit besonderer Vehemenz ausgetragen und können nur schwer einer rationalen Lösung zugeführt werden. In der Realität sind die Übergänge zwischen diesen beiden Konflikttypen allerdings fließend.

In jeder Gesellschaft werden soziale Konflikte ausgetragen, allerdings können in multikulturellen Gesellschaften diese Konflikte ethnisiert werden (Raithel 2002: 55; Schröder et al. 2000: 110). Schröder et al. (2000: 114) sehen in der Ethnisierung von Konflikten einen Zuschreibungsprozess, der in Gang gesetzt wird, wenn die „prinzipiell individuellen Güter in der Problemsicht der Einzelnen über das askriptive Merkmal Ethnizität in ein kollektives Gut umgewandelt [werden].“ Die Gefahr liegt darin, dass genuin soziale und strukturell bedingte Konflikte von ethnischen, also askriptiven Merkmalen überlagert werden (Raithel 2002: 55). So handelt es sich häufig gar nicht um ethnisch-kulturelle, sondern um Generationskonflikte zwischen älteren einheimischen Bewohnern und jungen Migranten (Häußermann/Siebel 2001: 67). Wie der Vergleich der Altersstrukturen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung gezeigt hat (Kapitel 2), könnte diesem Aspekt ein hoher Erklärungsgehalt zukommen. Außerdem nimmt die Bereitschaft von Deutschen, sich auf Integration von Ausländern einzulassen und daran mitzuwirken, mit zunehmendem Alter ab (Friedrichs 1998: 252). Angesichts des verstärkten Häuserkaufs durch Türken in Marxloh können auch Konflikte zwischen türkischen Vermietern und deutschen Mietern zu ethnischen Konflikten hochstilisiert werden – Konflikte im Mieter-Vermieter-Verhältnis stellen aber unabhängig davon, welcher Nationalität die beiden Parteien angehören, wohl eher die Regel als die Ausnahme dar (Hüttermann 2000: 285).

Der Begriff des Konflikts ist negativ besetzt und wird mit Gewalt und Aggression assoziiert. Dass Konflikte aber durchaus auch positive Kräfte freisetzen, belebende Impulse an die Gesellschaft weiter- bzw. zurückgeben und somit eine Voraussetzung für sozialen Wandel und gesellschaftliche Weiterentwicklung sein können, scheint vielen Menschen nicht bewusst zu sein. Eine harmonische und konfliktfreie Gesellschaft dürfte außerdem ebenso utopisch wie langweilig sein. So beklagt denn auch Christie (1977), dass es nicht etwa zu viel, sondern zu wenig Konflikte gäbe, an denen die Bürger eine konstruktive Konfliktbearbeitung erlernen und praktizieren könnten. In modernen Gesellschaften hätten professionelle Akteure, vor allem staatliche Institutionen, nicht nur ein Gewalt-, sondern auch ein Konfliktmonopol aufgebaut, so dass die Konfliktpartizipation der Bevölkerung weitestgehend eliminiert sei. Damit komme dem Bürger aber die Möglichkeit und damit die Fähigkeit abhanden, Konflikte „in Eigenregie“ zu lösen. Die Unerfahrenheit mit Konflikten dürfte sicherlich dazu beitragen, dass sich ethnisch-kulturelle Konfliktlinien verhärten und sich die Mitglieder der Konfliktparteien entweder resigniert zurückziehen und mit der Unlösbarkeit abfinden oder zu Mitteln der Konfliktlösung jenseits demokratischer Verfahren greifen.

3.2 Ressourcenkonflikte

Ressourcenkonflikte umfassen die Verteilung knapper Ressourcen und den Zugang zu gesellschaftlichen Teilsystemen (vgl. Schröder et al. 2000: 111). Menschen in ähnlichen sozialstrukturellen Situationen konkurrieren um dieselben knappen Güter, z.B. um Arbeitsplätze mit einem bestimmten Qualifikationsniveau oder um Wohnungen einer bestimmten Preisklasse. Konfliktverschärfend wirkt in erster Linie die Anzahl der Mitkonkurrenten, weniger deren ethnisch-kulturelle Vielfalt. Allerdings steigt mit zunehmendem Ausländeranteil unter den Konkurrenten die Gefahr der Ethnisierung dieser Konflikte.¹⁵

Das lässt sich beispielhaft an der Verantwortungszuschreibung für Arbeitslosigkeit ablesen. In der Befragung von Schröder et al. (2000: 113) machten die Türken im Vergleich zu den deutschen Befragten mehr als doppelt so häufig Aussiedler und Asylbewerber und genauso häufig „die vielen Ausländer“ verantwortlich für den Mangel an Arbeitsplätzen in Deutschland. Aus diesen Ergebnissen folgt jedoch nicht zwangsläufig eine generell höhere Fremdenfeindlichkeit von Türken. Menschen neigen umso mehr zu Ethnisierungen insbesondere von Ressourcenkonflikten, je prekärer ihre individuelle soziale Lage ist – unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit (Schröder et al. 2000: 114f.). Der Anteil unter den Türken, die in Deutschland unter solchen prekären Bedingungen leben, dürfte höher ausfallen als bei den Deutschen (siehe Kapitel 2). Entsprechend höher fielen deswegen auch ihre Werte in der Befragung aus.

In ihrer Untersuchung kamen Schröder et al. (2000: 116ff.) zu dem weiteren interessanten Ergebnis, dass eine starke Diskrepanz zwischen „tatsächlicher“ und wahrgenommener Ethnisierung von Konflikten besteht. Türken fühlten sich von mehr Deutschen für Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und mangelnde staatliche Unterstützung verantwortlich gemacht als die Deutschen in der Befragung angegeben hatten. Ein Grund für diese Diskrepanz könnte in dem Antwortverhalten der befragten Personen liegen. Es könnte sein, dass die Deutschen in der Befragung ihre eigenen Vorurteile im Sinne sozial erwünschten Verhaltens „schönten“ und/oder dass die Türken ihre Antworten dramatisierten, um sich selbst als „Opfer der Verhältnisse“ hinzustellen. Verzerreffekte wie diese können die Aussagekraft solcher Befragungsergebnisse, die im weiteren Verlauf noch an der einen oder anderen Stelle der Analyse herangezogen werden, stark einschränken.

Ethnisch-kulturelle Konflikte gewinnen in der Stadt dadurch eine besondere Schärfe, dass im Vergleich zu ländlichen Gegenden mehr Ausländer mit mehr Deutschen um immer weniger Güter konkurrieren (Friedrichs 1998: 238). Im Zuge der gegenwärtigen De-Industrialisierungs-, Rationalisierungs- und Globalisierungsprozesse steht deshalb eine Zunahme von Ressourcenkonflikten zu befürchten.

¹⁵ Fremdenfeindlichkeit als stärkste Form der Ethnisierung von Konflikten hängt jedoch wiederum nur peripher mit den „fremden Konkurrenten um Arbeitsplätze“ zusammen: Denn der größte Teil der Deutschen mit einer fremdenfeindlichen Einstellung hat weder Arbeitslosigkeit erfahren noch befürchten sie diese (Ahlheim/Heger 1999: 59ff.; vgl. auch Schweer 1997).

3.3 Rangordnungskonflikte

„Rangordnungskonflikte sind Ausdruck individueller Konkurrenz um Statuspositionen, durch die günstige oder ungünstige Voraussetzungen für den Zugang zu knappen gesellschaftlichen Gütern entstehen“ (Schröder et al. 2000: 119). Der individuelle Wettstreit um begehrte gesellschaftliche Rangordnungspositionen kann – wie bei den Ressourcenkonflikten – auf eine kollektive Ebene gehoben werden, wenn aus der Sicht der Individuen die Möglichkeiten des hierarchischen Auf- und Abstiegs auf der sozialen „Stufenleiter“ an bestimmten, z.B. ethnischen Gruppenmerkmalen festgemacht werden können (vgl. Schröder et al. 2000: 119).

Es geht bei Rangordnungskonflikten also um gesellschaftliche Partizipation, um Möglichkeiten, den Zugang zu knappen Ressourcen zu beeinflussen. Damit stehen sie in einem engen Zusammenhang mit Ressourcenkonflikten. Das Konfliktpotenzial ergibt sich daraus, dass die Forderungen der Einheimischen nach Schließung von Statuspositionen den Forderungen der Zuwanderer nach deren Öffnung gegenüber stehen (Müller 2000: 268). Wie schon bei den Ressourcenkonflikten zeigt sich auch hier eine Diskrepanz zwischen den bestehenden Unterordnungsforderungen der Deutschen und den Selbsteinschätzungen von Partizipationschancen der Türken (Schröder et al. 2000: 121): „Nur“ knapp ein Drittel der Deutschen spricht sich gegen eine stärkere gesellschaftliche Partizipation von Türken aus, während über 80% der Türken von geringen Partizipationschancen ausgehen; bei den beruflichen Partizipationschancen kommt die Diskrepanz besonders stark zum Ausdruck: Eine Minderheit der Deutschen von 3% spricht sich gegen bessere berufliche Platzierung von Türken aus, während fast die Hälfte der Türken sich auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen ausmalen.¹⁶

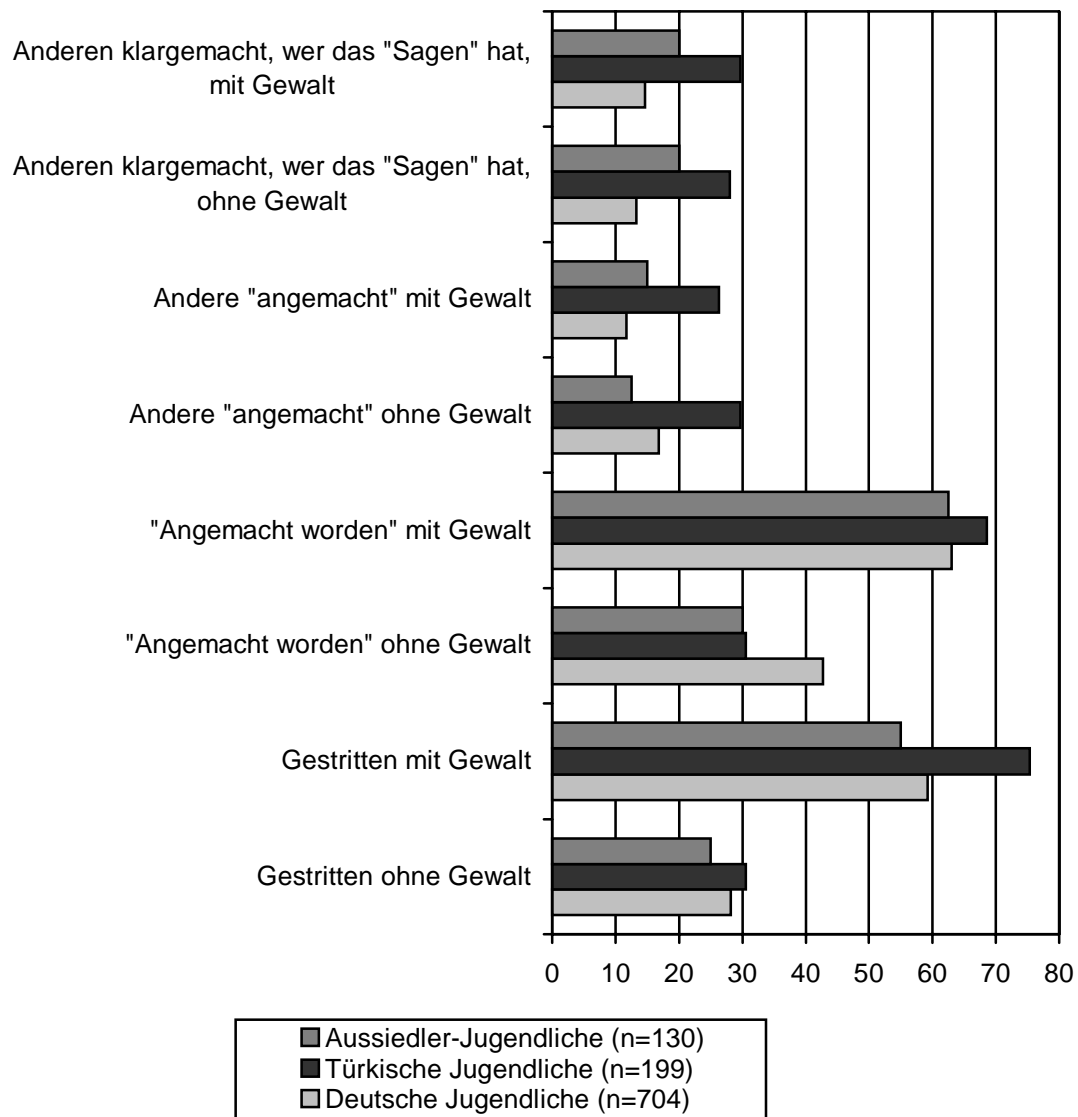
Rangordnungskonflikte können sich „auf der Straße“ in Form interethnischer Gewalt entladen und damit unmittelbar auf ethnisch-kulturelles Konfliktpotenzial aufmerksam machen (Müller 2000). Von Rangordnungskonflikten sind insbesondere Jugendliche betroffen, wobei türkische Jugendlichen von den meisten Konflikterfahrungen berichten (Abbildung 8). Sie sind es auch, die im Vergleich zu ihren Altersgenossen die höchste Gewalttätigkeitsrate aufweisen (Pfeiffer/Wetzels 2000: 15). Das ist ein weiterer Hinweis darauf, dass Türken desintegrierter sind als andere ethnische Minderheiten.

In den unterschiedlichen Werten bei „Angemacht werden“ (passive Konflikteinvolviertheit) und „Andere anmachen“ (aktive Konflikteinvolviertheit) spiegelt sich bei allen Befragten die jeweils externe Ursachenzurechnung für die Entstehung des Konflikts wider – getreu dem Motto: „Der andere fängt immer an.“ Man neigt anscheinend dazu, dass eigene „anmachende“ Verhalten als gewaltlos, das der anderen als gewalttätig zu qualifizieren. Denn aufgrund der hohen Werte bei „Streitereien mit Gewalt“, bei denen kein Verursacherzuordnung in der Frage impliziert war, muss man davon ausgehen, dass die meisten ethnisch-kulturellen Konflikte zwischen Jugendlichen von Gewalt begleitet werden. Dementsprechend dürften Stadtteile mit einem hohen Anteil an Jugendlichen und Ausländern in besonderem Maße von solchen Konflikten betroffen

¹⁶ Allerdings könnte auch diese Diskrepanz durch die bereits genannten Verzerrungseffekte (Kapitel 3.2) zustande gekommen sein, so dass auf weitere Interpretationen verzichtet wird.

sein. Das Beispiel Marxloh bestätigt diese Annahme (vgl. Hüttermann 2000; Strohmeier 2002: 98f.).

Abbildung 8: Verteilung der ethnisch-kulturellen Konflikterfahrungen in Duisburg nach Situationen 1997 (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung nach Müller (2000: 282).

3.4 Regelkonflikte

„Regelkonflikte ergeben sich aus den Anpassungsforderungen an gesellschaftlich dominierende Wert- und Normvorstellungen durch Alteingesessene einerseits und Forderungen nach Anerkennung kultureller Unterschiede (durch Migranten) andererseits“ (Müller 2000: 271). Das Muster ist hier nicht Konkurrenz, sondern der Umgang mit der Differenz zwischen unterschiedlichen Wert- und Normvorstellungen. Bei Regelkonflikten entzündet sich der Konflikt an der Frage, welche der zahlreichen, oft divergierenden Normen und Werte (vorrangige) Gültigkeit besitzt (Schröder et al. 2000: 126). Regelkonflikten geht eine sich verschiebende Machtbalance zwischen Einheimischen (Autochthonen) und Fremden (Allochthonen) voraus.

Elias/Scotson (1990) haben zur Erklärung von Regelkonflikten, die sie in einer englischen Stadt untersucht haben, das Konzept der „Etablierten-Außenseiter-Beziehung“ entwickelt, das sich auch auf die hiesige Situation übertragen lässt. So haben z.B. Hüttermann (2000) und May (2001) dieses Konzept ihren Fallstudien in Marxloh und der Dortmunder Nordstadt zugrunde gelegt. Nach Elias/Scotson (1990) gerät durch einen Prozess der „strukturellen Assimilation“ der ethnischen Minderheiten die eingelebte Statushierarchie im Stadtteil ins Wanken. Die „avancierten Fremden“ überwinden Statusgrenzen, die im alltäglichen Handlungserleben als selbstverständlich vorausgesetzt werden (Hüttermann 2000: 275). Die Rangordnung im Stadtteil wird umgekehrt, indem z.B. zunehmend Türken zuziehen, Geschäfte eröffnen, Häuser kaufen und Moscheen errichten (vgl. Schröder et al. 2000: 129ff.). Die Einheimischen spüren, dass ihnen die Definitionsmacht über den (halb-)öffentlichen Raum streitig gemacht wird und abhanden zu kommen droht. Durch die einsetzende sozial-selektive Abwanderung einkommensstarker deutscher Stadtteilbewohner steht schließlich eine sozial marginalisierte deutsche Minderheit einer relativ konsolidierten ausländischen (im Fall Marxloh und Bruckhausen: türkischen) Bevölkerungsmehrheit gegenüber (vgl. Staubach 1995: 220).

Regelkonflikte betreffen als einzige ethnisch-kulturelle Konfliktart nicht nur die unteren sozialen Schichten, sondern auch die oberen Schichten, die von Rangordnungs- und Ressourcenkonflikten kaum bis gar nicht betroffen sind. Sie brauchen auf Grund ihrer höheren Bildungsqualifikation und den damit verbundenen besseren Ausgangsbedingungen für den Zugang zu höheren Statuspositionen die türkischen Migranten, die meist mit geringen bis gar keinen Bildungsabschlüssen ausgestattet sind, nicht als Konkurrenten zu fürchten. Die unteren Schichten müssen sich jedoch das untere Arbeitsmarktsegment und die unteren „Stufen der Hierarchieleiter“ mit den Zuwanderern teilen. Die Regelkonflikte können dagegen bei den oberen Schichten sogar ausgeprägter sein, da hier liberale Werte (z.B. bezüglich des Rollenverständnisses der Frau oder der Einstellung zu Gewalt) mit konservativen kulturellen Ansichten der Nichtdeutschen kollidieren können (vgl. Kirbach 2003: 15; Siebel 1997: 36). Bei Regelkonflikten entscheidet also nicht die soziale *Nähe* und die daraus resultierende Konkurrenzsituation, sondern die soziale *Distanz* zwischen den Konfliktparteien über die Konfliktintensität.

Treten solche Regelkonflikte auf, zeigt sich häufig sehr schnell, dass die großbürgerliche Kritik an ethnisch-kulturellen Konflikten eher von Ambivalenz als von Authentizität geprägt ist. Sie bezieht sich auf diejenigen Konfliktfelder, von denen die

oberen Einkommensschichten nicht unmittelbar betroffen sind. Denn selbst die Minderheit, die sich für soziale und ethnische Randgruppen in der Stadt einsetzt, um den Bürgern das Elend der urbanen Gesellschaft vor Augen zu führen, tut dies aus der sicheren Warte der grünen und wohlbehüteten Vorstädte und Eigenheime in einem relativ „störungsfreien“ Kontext heraus (Dangschat 2002: 30; Görgens 2000: 170f.). Siebel (1997: 36) pointiert diesen Umstand folgendermaßen: „Die soziale und räumliche Spaltung der Städte bewahrt jene, die die multikulturelle Gesellschaft predigen, gnädig vor der Notwendigkeit, sie auch im Alltag leben zu müssen. Die Arbeits- und Wohnungsmärkte filtern die Zuwanderer auf Arbeitsplätze und in Stadtquartiere, wo sie Deutschen benachbart werden, deren berufliche Existenz und deren Wohnsituation unsicher sind, und die nicht zuletzt aufgrund dieser existenziellen Ungesicherheit am wenigsten in der Lage sind, das Zusammenleben mit Fremden zu praktizieren.“ Und Dangschat (2002: 29) hält die Idee des „Multikulturalismus“ sogar für ein „bigottes und verlogenes Konzept der bildungsbürgerlichen Mittelschicht für die bildungsbürgerliche Mittelschicht“.

Die Hauptlast der Integrationsarbeit haben die unteren und marginalisierten Gesellschaftsschichten zu tragen, die in jenen Stadtteilen wohnen, die von der allgemeinen Stadtentwicklung abgehängt sind und einen weit über dem Stadtdurchschnitt liegenden Ausländeranteil aufweisen; diese Menschen verfügen aber meistens nicht über die dafür erforderlichen Ambitionen, Kompetenzen und Ressourcen (Dangschat 2002: 30ff.). Andererseits gibt es jedoch auch genügend Gegenbeispiele, wo sich durch die regelmäßigen Interaktionen im Stadtteil – z.B. in Sportvereinen¹⁷ – interethnische Bekanntheit und Freundschaften entwickeln. Die pauschale Feststellung, dass höher gebildete und besser verdienende Bürger tatsächlich mehr Integration wollen und leisten als weniger Gebildete und Verdienende, geht damit an der Realität vorbei.

Ausgangspunkt von Regelkonflikten ist eine vielschichtige Normenpluralität innerhalb eines multikulturellen Gesellschaftsgefüges, die neben den in Gesetzesbüchern kodifizierten Normen existiert. Die durch die Normenpluralität erzeugte Unsicherheit äußert sich u.a. in Orientierungslosigkeit. Diese Orientierungslosigkeit bezieht sich nicht nur auf die Frage, ob eine bestimmte Norm existiert, sondern auch auf die Frage, ab wann es legitim ist, diese Norm nicht mehr einzuhalten. Diese „Legalitäts-Legitimitäts-Diskrepanz“ (Friedrichs 1997: 475) haben alle Gesellschaftsmitglieder zu bewältigen, bei den ausländischen Jugendlichen gestaltet sich diese Bewältigung jedoch besonders schwierig. Je länger die Familie in Deutschland lebt, desto mehr geraten die traditionellen Werte und Strukturen ins Wanken.

Friedrichs (1997) weist jedoch darauf hin, dass Normenpluralität keineswegs nur zu Unübersichtlichkeit und Orientierungslosigkeit führen, sondern auch eine größere Stabilität der Stadtgesellschaft leisten kann. Er begründet das damit, dass durch Normenpluralität die nötige Anpassungsfähigkeit an gesellschaftliche Wandlungen und Veränderungen bewahrt werde: „So sind Städte mit einer heterogenen Branchenstruktur in ökonomischen Krisen weniger anfällig als solche mit einer eher monostrukturellen. Warum sollten Gesellschaften, die eine Diversität der sozialen Gruppen und Normen

¹⁷ Allerdings ist inzwischen sogar der einstige „Integrationsmotor“ Sport von Schließungstendenzen hin zu ethnisch homogenen Sportvereinen und Mannschaften betroffen (vgl. Klein et al. 2000; Sen 2002: 58).

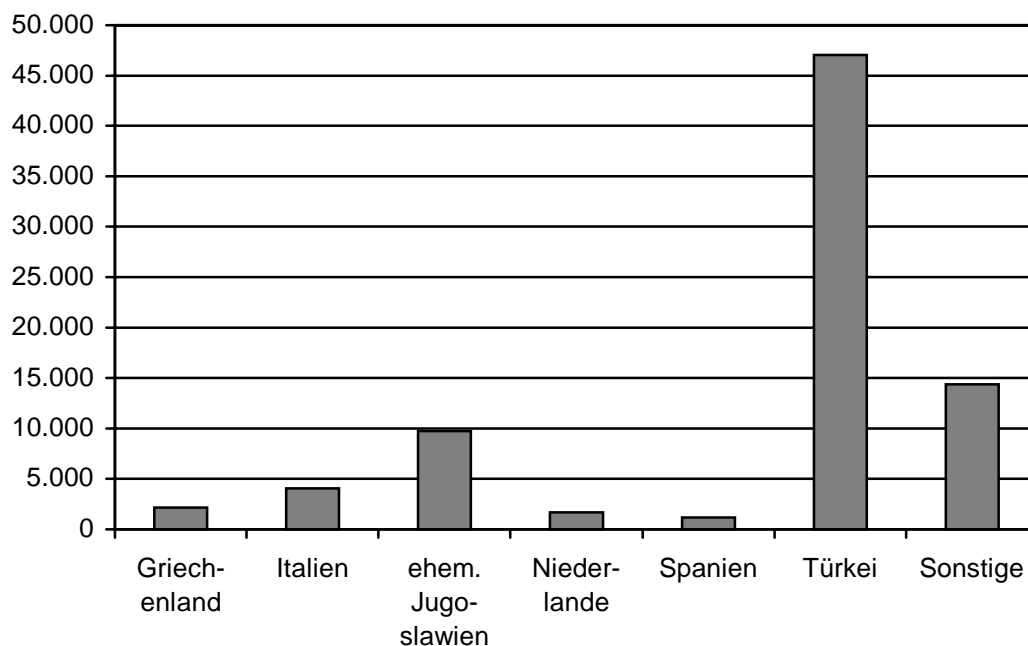
aufweisen, nicht ebenfalls in Phasen des Wandels widerstandfähiger sein als weniger plurale?“ (Friedrichs 1997: 428f.)

Dieser Einwand findet bei den Anpassungsforderungen, die sich seitens der deutschen Bevölkerung mit steigendem Ausländeranteil erhöhen, oftmals keine Beachtung (vgl. Raithel 2002: 73). Vielen scheint es offenbar auch nicht bewusst zu sein, dass rigorose Anpassungsforderungen meistens das verhindern, was sie eigentlich erreichen wollen: Auf erhöhte Assimilationserwartungen der Deutschen reagieren die Türken nämlich mit einer Abwehrhaltung und Abwertungen den Deutschen und anderen Ethnien gegenüber (Schröder et al. 2000: 197). Gerade die Bereitschaft, die Normen der Mehrheitsgesellschaft zu akzeptieren und für sich als verbindlich anzuerkennen, hängt – so Raithel (2002: 57) – eng mit dem Integrationsgrad zusammen: „Eine freiwillige Normenakzeptanz ist [...] nur auf der Basis gesicherter Integration erwartbar.“

4 Exkurs: Türken in Deutschland – zwischen Integration und Separation

Über die Hälfte aller Ausländer in Duisburg ist türkischer Nationalität (Abbildung 9). Ein derart hoher Anteil von Türken an der ausländischen Wohnbevölkerung ist charakteristisch für die Städte des Ruhrgebiets (Übersicht bei Petrowsky 2001: 195f.). Die Konflikte zwischen Deutschen und Türken, von denen in Duisburg knapp 50.000 leben, sind von besonderer Intensität geprägt (Heitmeyer/Anhut 2000). Aber auch im übrigen Bundesgebiet zeichnet sich ein besonderes Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Ethnien ab. Um die ethnisch-kulturellen Konflikte in Duisburg besser einordnen zu können, erscheint ein kurzer Exkurs über die Lebenssituation von Türken in Deutschland und ihr Verhältnis zu Deutschen sinnvoll.

Abbildung 9: Nichtdeutsche Bevölkerung in Duisburg nach Staatsangehörigkeit am 31.12.2000



Quellen: Eigene Darstellung nach LDS NRW; KVR-Datenbank; Ausländerzentralregister Bundesverwaltungsamt.

Denn ethnisch-kulturelle Konflikte zwischen der deutschen Mehrheit und anderen ethnischen Minderheiten sind von deutlich geringerem Ausmaß. So gibt es in Deutschland keine nennenswerten Konflikte z.B. mit Dänen, Briten, Nordamerikanern, Niederländern, Belgiern, Schweizern, Österreichern oder Franzosen. Und auch Asiaten und Latein- und Südamerikaner spielen im Zusammenhang mit ethnisch-kulturellen Konflikten hierzulande keine bedeutende Rolle. Selbst einstige Konflikte mit südländischen Arbeitsmigranten aus Spanien, Griechenland, Italien oder Portugal haben sich in-

zwischen weitestgehend beruhigt. Italiener und Spanier haben heute nach eigenem Bekunden „ein gutes Einvernehmen“ mit Deutschen. Sie berichten von guten Kontakten zu Deutschen, von einem guten Nachbarschaftsverhältnis mit Deutschen und von wenigen Konflikten; Türken dagegen haben eine deutlich geringere Integrationsbereitschaft und neigen am ehesten zu Indifferenz und Segregation (Friedrichs 1998: 251ff.).

4.1 Integration – ein schillernder Begriff

Zunächst soll jedoch der Begriff der Integration zumindest in seinen Grundzügen erläutert werden. Als sozialwissenschaftlicher Schlüsselbegriff geht er auf die Chicago School¹⁸ zurück. Integration kann als ein Zustand gleichgewichtiger und spannungsfreier Beziehungen zwischen ethnischen Minderheiten und der Bevölkerungsmehrheit des Aufnahmelandes verstanden werden (Zapf et al. 1987: 149). Soziale Gruppen können als integriert betrachtet werden, wenn sie einen diskriminierungsfreien Zugang zu einem Platz in der Gesellschaft haben, z.B. in Form eines Arbeits- oder Ausbildungsplatzes und einer Wohnung. Bei der Definition von Integration darf die Dynamik des Integrationsprozesses nicht unterschlagen werden. Denn der Grad der Integration kann sich im Zeitverlauf ändern.

Eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Integration ist Assimilation, was soviel bedeutet, dass sich die zugewanderten Ausländer an die sozialen Verhältnisse des Aufnahmelandes anpassen, indem sie ähnliche Verhaltensweisen und Einstellungen übernehmen (Zapf et al. 1987: 148). Es kann weiter zwischen kognitiver, struktureller, sozialer und identifikativer Integration bzw. Assimilation differenziert werden (vgl. Esser 1980; Kecskes 2000; Rauer/Schmidtke 2001). Allerdings werden in der jüngeren migrationssoziologischen Diskussion vermehrt Akkulturationskonzepte favorisiert. Akkulturation bedeutet eine „Annäherung der Minderheit an die Mehrheit, die aber auch bestimmte Elemente der Minderheitskultur aufnimmt“ (Anhut/Heitmeyer 2000a: 19). Eine unvollständige Integration wird als Akkommodation bezeichnet. Damit ist ein „beziehungsloses Nebeneinanderleben von Mehrheit und Minderheit“ gemeint (Anhut/Heitmeyer 2000a: 19). Der Begriff der Integration – oder vielmehr seine apodiktische Verwendung – ist umstritten. So kritisiert Potter (1996: 150ff.), dass dieser Begriff, der sich in verschiedene Teilaspekte zerlegen lässt, in der deutschsprachigen Stadtsoziologie kaum problematisiert wird. Was unter Integration verstanden wird, hänge von der subjektiven Wahrnehmung und Definition ab, die je nach Interessengruppe sehr unterschiedlich ausfallen kann.

¹⁸ Die Chicago School widmete sich als erste stadtsoziologische Forschungsrichtung dem Verhältnis von Aufnahme- und Einwanderungsbevölkerung und führte zahlreiche sozialökologische Untersuchungen durch. Die wohl bedeutendste Studie der Chicago School stammt von Park et al. (1925). Im Laufe der Jahre entwickelte sich aus der Chicago School auch ein kriminalökologischer Zweig, der vor allem durch die Studie von Shaw/McKay (1942) prominent wurde. Zur Chicago School vgl. zusammenfassend Bulmer (1984), Friedrichs (1981: 29ff.) und Williams/McShane (1994: 50ff.).

4.2 Das Spannungsverhältnis zwischen Deutschen und Türken in Deutschland

In Deutschland sind Türken im Vergleich zu anderen ethnischen Minderheiten weniger integriert und weniger zur Integration bereit. Was sind die Gründe für diese auffällige Diskrepanz? Wodurch wird die Intensität von Konflikten zwischen unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen beeinflusst?

Der unterschiedliche Grad an Integration könnte im Zusammenhang mit dem europäischen Einigungsprozess stehen. Italiener, Spanier und Griechen sind Mitglieder der EU. Die Deutschen akzeptieren sie als gleichberechtigte Partner in politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, und sie haben zumindest ein partielles Wahlrecht in Deutschland. In dieses Erklärungsmuster passt allerdings nicht die Volksgruppe der Jugoslawen, die einen ähnlich hohen Integrationsgrad wie die anderen Südeuropäer aufweisen (Friedrichs 1998: 251), aber wie die Türken nicht in der EU sind. Trotzdem könnte die Aufnahme der Türkei in die EU (vgl. hierzu Riemer 2003) ein Schritt in Richtung mehr Akzeptanz sein. Hierbei besteht allerdings die Gefahr, dass die Binnenkonflikte in der Türkei zwischen den westlich orientierten auf der einen und den fundamentalistischen Kräften auf der anderen Seite virulenter werden.

Eine andere Erklärung könnte sein, dass sich die Türken am meisten diskriminiert fühlen. Die zweite und dritte Generation der Türken reagiert auf Diskriminierungen viel sensibler als noch die erste Generation, die aber vermutlich auch geringere Ansprüche an die Integration stellte (Sen 2002: 61).¹⁹ Von den in Deutschland lebenden Italienern, Spaniern, Griechen und Jugoslawen fühlte sich 1991 nur jeder Zehnte von Fremdenfeindlichkeit betroffen, bei den Türken jedoch jeder Vierte (Friedrichs 1998: 248f.). Diese hohen Werte bei der wahrgenommenen Diskriminierung haben unterschiedliche Ursachen. Sie beruhen teilweise auf der strukturellen Benachteiligung im Bildungssystem (vgl. Kristen 2003). Die „institutionelle Diskriminierung“ (Spiewak 2003: 16) wird dadurch forciert, dass die Türken ihrerseits geringere Bildungsanstrengungen unternehmen. Im Gegensatz zu Spaniern etwa gründeten die Türken erst spät Elternvereine – türkische Nachhilfegruppen sind heute noch eine Seltenheit (Spiewak 2003: 16). Dieses mangelnde Bildungsengagement der türkischen Migranteneltern für ihre Kinder beruht häufig auf einer brisanten Mischung aus Unkenntnis, Unvermögen und Unwillen. Die Folge dieses gegenseitigen Aufschaukelungsprozesses ist eine zunehmende „ethnische Schulsegregation“ (Kristen 2003: 32), die bereits im Grundschulbereich ihren verhängnisvollen Lauf nimmt. Verhängnisvoll vor allem deshalb, weil es zu den Befunden der bundesrepublikanischen Bildungsforschung gehört, dass im deutschen stratifizierten Bildungssystem die Leistungen in der Grundschule und die Art des Grundschulabschlusses den weiteren Bildungsweg determinieren (vgl. z.B. Allmendinger 1989; Müller/Shavit 1998). Wegen der starken „Pfadabhängigkeit“ kann

¹⁹ Als in den 60er Jahren die ersten Gastarbeiter angeworben rechneten weder die Deutschen noch die Migranten damit, dass sie sich dauerhaft in Deutschland niederlassen würden. Eine Folge dieser beiderseitigen Fehleinschätzung und der deswegen ausbleibenden Integrationsbemühungen ist, dass selbst die dritte Generation vieler einstiger Gastarbeiter von einer vollen Integration immer noch weit entfernt ist (Münz 2002: 394).

diese Bildungsentscheidung nur noch sehr schwer im weiteren Bildungsverlauf erfolgreich korrigiert werden, was sich auch auf die beruflichen Chancen negativ auswirkt.

Ein weiterer Grund, der mit der ethnischen Bildungsbenachteiligung zusammenhängt, könnte darin liegen, dass die Sprachkompetenz bei den Türken im Vergleich zu anderen Ausländergruppen niedriger ist. Auch in diesem Punkt konstatiert Friedrichs (1998: 256), dass im Vergleich zu Griechen, Spaniern, Italienern und Jugoslawen die Türken die niedrigste Sprachkompetenz aufweisen. Türken unterhalten sich auch am häufigsten in ihrer Heimatsprache (vgl. Grabowski et al. 2002: 155). Die sprachlichen Kompetenzen und die schulischen Leistungen sind bei Kindern türkischer Migranten in Deutschland extrem schlecht – auch im Vergleich zu türkischen Migranten, die in den europäischen Nachbarnländern leben (Baumert/Schümer 2001: 394ff.; Spiewak 2003: 16). Da der Spracherwerb über alltägliche interethnische Kontakte im Kindesalter stattfindet, wird der Grundstein für die späteren schlechten Deutschkenntnisse der Türken bereits zu Beginn der ethnischen „Bildungssegregation“ in der Grundschule gelegt (vgl. Kristen 2003).

Die Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Türken liegt über der aller anderen ethnischen Minderheiten (vgl. Bittner 2003: 4; Friedrichs 1998: 243; Grabowski et al. 2002: 147). Das könnte auch dazu beitragen, dass Türken sich stärker diskriminiert fühlen. Die strukturellen und persönlichen Diskriminierungserfahrungen werden von einer „negativen Anerkennungsbilanz“ begleitet (vgl. Heitmeyer 1997: 53ff., 2003: 15). Durch mangelnde Anerkennung nimmt das Selbstbild vieler Türken Schaden. Sie machen sich im Vergleich zu Griechen, Italienern, Jugoslawen und Spaniern am meisten Sorgen um ihre wirtschaftliche Lage und sind mit ihrer gegenwärtigen Lebenssituation am unzufriedensten, so das Ergebnis einer Untersuchung von Zapf et al. (1987: 103ff.). Zapf et al. (1987: 120) definieren subjektives Wohlbefinden als „Gleichgewichtszustand zwischen Bedürfnissen und Ansprüchen einerseits sowie den tatsächlichen und wahrgenommenen Möglichkeiten ihrer Realisation andererseits“. Dem vergleichsweise hohen Aspirationsniveau vor allem der türkischen Jugendlichen in Bezug auf Beruf und Karriere steht nur eine geringe Chance zur Realisierung der dafür erforderlichen Bildungsabschlüsse gegenüber. Dieser Umstand dürfte somit hauptverantwortlich für die große Unzufriedenheit mit ihrer Lebenssituation sein. Aus der weit geöffneten Schere zwischen ihren Ansprüchen und den Realisierungsmöglichkeiten resultieren Frustrationen und Enttäuschungen, auf die wiederum mit Rückzug oder Kriminalität reagiert wird, was die Integrationschancen weiter vermindert (vgl. Heitmeyer et al. 1997: 49ff., 2003: 15).

Hinzu kommt, dass die türkischen Jugendlichen einem großen familiären Druck ausgesetzt sind. Sie sind im Vergleich zu anderen Ethnien viel stärker in familiäre Bezüge eingebunden. Die Vehemenz bezüglich der Anerkennungsforderungen der eigenen kulturellen Identität wird von dem familiären und soziokulturellen Netzwerk maßgeblich beeinflusst (Raithel 2002: 74). Nach Aussagen türkischer Jugendlicher wünschen sich mehr als die Hälfte der türkischen Eltern, dass ihre Kinder ein von Deutschen verschiedenes Leben führen (Heitmeyer et al. 1997: 153). Gleichzeitig sind türkische Jugendliche täglich mit den Möglichkeiten, wie sie in Deutschland leben können, und mit den Integrationserwartungen und -bemühungen der Mehrheitsgesellschaft konfrontiert. Aus den z.T. strengen Anforderungen der Familie, was die Lebensgestaltung angeht, entstehen bei den türkischen Jugendlichen psychosoziale Belastungen. Das äußert sich vor allem in Form von Unsicherheit und Selbstzweifel. Die Spannungen, die

aus dem Missverhältnis zwischen Möglichkeiten und Restriktionen struktureller und kultureller Art resultieren, empfindet jeder zweite türkische Jugendliche als stark oder sehr stark (Heitmeyer et al. 1997: 60ff., 153). Das sind zusammengenommen also eher schlechte Voraussetzungen, den „kulturellen Spagat“ erfolgreich meistern zu können.

Weiterhin könnte gerade die große Zahl der in Deutschland lebenden Türken eine Erklärung für die geringere Integrationsbereitschaft sein. Je größer die ethnische Community im Aufnahmeland ist, desto eher entwickelt sich eine „eigenethnische Ökonomie“ und eine eigene rundum versorgende Infrastruktur inklusive Freizeiteinrichtungen und Vereinswesen. Der hohe Grad der „Selbstversorgung“ führt dazu, dass sich die Kontakte bei der Arbeit, bei den alltäglichen Verrichtungen und in der Freizeit weitgehend auf die eigenen Landsleute beschränken. Im Endergebnis kann das zu der Bildung einer „ethno-religiösen Subnation“ führen, die zwar die Binnenintegration innerhalb der ethnischen Minderheit stärkt, die Integration in die Mehrheitsgesellschaft aber erheblich erschwert (Heitmeyer 1998: 451; Karstedt 2000: 32). Häußermann/Oswald (1997: 22) geben zu bedenken, dass sich heutzutage viele ethnische Communities in benachteiligten Stadtteilen verorten lassen, wo sie allmählich zerfallen. Solidarität und Binnenintegration verlieren unter dem wachsenden Druck von Arbeitslosigkeit und Marginalisierung spürbar an Integrationskraft (vgl. Kapitel 6.2). Tendenzen dieser Art sind in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an Türken bereits erkennbar. In Duisburg-Marxloh ist dieser Prozess weit fortgeschritten (vgl. Hüttermann 2000).

Den unterschiedlichen Lebensweisen der Migranten könnte aber auch unterschiedliches Konfliktpotenzial innewohnen. Weniger die Hautfarbe und Herkunft als vielmehr die erkennbare und erlebbare kulturelle Distanz zur einheimischen Mehrheitsgesellschaft kann entscheidend für die Intensität ethnisch-kultureller Konflikte sein. So werden Asiaten wegen ihrer unauffälligen Lebensart eher von Einheimischen akzeptiert als Menschen südländischer Herkunft, für die es beispielsweise eine kulturelle Selbstverständlichkeit darstellt, dass sich das häusliche und nachbarschaftliche Leben zu einem Großteil in den Hofbereichen abspielt (vgl. Hanhörster 1999: 109). Die damit einhergehende z.T. temperamentvolle und lautstarke Diskussions- und Streitkultur wird von den Einheimischen nicht selten als Lärmbelästigung und Bedrohung empfunden (Bürkner et al. 1999: 22f.; vgl. auch Hanak 1996b: 68ff.). Hier stoßen zwei unterschiedliche kulturelle Auffassungen über die Art und den Umfang, wie der öffentliche Raum genutzt wird, aufeinander. Aber auch dieser Aspekt hat nur eine eingeschränkte Erklärungskraft. Schließlich müssten dann Spanier und Italiener, die eine ähnliche „öffentliche Lebensweise“ kultivieren, ähnlichen Diskriminierungen ausgesetzt sein und das auch so empfinden, was – wie dargelegt – aber nicht der Fall ist.

Hiermit sind einige Gründe aufgezählt worden, warum das Verhältnis zwischen Deutschen und in Deutschland lebenden Türken vergleichsweise stark mit Konflikten und Spannungen aufgeladen ist. Die Vielzahl von Umständen, die gerade in der Summe konfliktverschärfend wirken, verdeutlicht, wie schwierig und aufwändig, aber auch wie notwendig eine nachhaltige Problemlösung ist.

5 Ethnisch-kulturelle Konflikte und soziale Probleme – eine Endlosschleife?

Die Frage, ob ethnisch-kulturelle Konflikte Auslöser, Begleit- oder Folgeerscheinungen von sozialen Problemen sind, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Zu komplex sind die sozialen und sozialpsychologischen Neben- und Wechselwirkungen dieser Phänomene. Es kann lediglich festgestellt werden, dass ethnisch-kulturelle Konflikte und soziale Probleme in einem mehr oder weniger engen Zusammenhang stehen.

Welche Zusammenhänge und Kausalitätsbezüge es gibt, soll hier ausführlicher dargestellt werden. Dazu werden aus der Vielzahl sozialer Probleme drei herausgegriffen, die von gesteigerter Relevanz für die Analyse ethnisch-kultureller Konflikte sind und teils tatsächlich, teils nur vermeintlich migrationsbedingt sind: Ausländerfeindlichkeit, Ausländerkriminalität und Kriminalitätsfurcht haben in Deutschland mittlerweile Dimensionen angenommen haben, die im Hinblick auf ihr Bedrohungspotenzial für das demokratische Zusammenleben in der Stadt alles andere als vernachlässigt werden dürfen.

5.1 Ausländerfeindlichkeit

Eine unvollständige oder fehlgeschlagene Integration von Ausländern verstärkt unter deutschen Staatsbürgern „law and order“-Einstellungen, da sie ihre Anpassungsforderungen als nicht erfüllt ansehen. Mit „law and order“-Einstellungen sind hier Meinungsstandpunkte gemeint, die reaktionäre, genauer: punitive, autoritäre und sozialdarwinistische Positionen beinhalten und in der Regel eng mit Fremdenfeindlichkeit verknüpft sind (vgl. Ahlheim/Heger 1999: 51ff.; Heitmeyer et al. 1997: 108). Das ist nicht nur bei Deutschen, sondern auch bei Türken, insbesondere bei türkischen Jugendlichen, zu beobachten. Sie grenzen sich nicht nur von den Deutschen, sondern auch von anderen ethnischen Minderheiten stark ab.

Dieser Befund steht im Gegensatz zu den „romantisierenden Vorstellungen über Solidaritäten von Benachteiligten“ (Heitmeyer et al. 1997: 107ff.; vgl. auch Schröder et al. 2000: 113). Heitmeyer et al. (1997: 110) fassen zusammen: „Je größer die Integration ist, desto niedriger sind die ‚law and order‘-Positionen und Ausgrenzungsforderungen (Asylbewerber/Aussiedler), um in der Konkurrenz als schon ‚Etablierte‘ aufzutreten zu können.“ Umgekehrt formuliert sind bei einem niedrigen Integrationsgrad „law and order“-Einstellungen auch bei den ausländischen Bürgern vermehrt zu beobachten. Sie sprießen natürlich besonders schnell dort, wo bereits ein fruchtbarer „Nährboden“ für reaktionäres Gedankengut vorhanden ist. In denjenigen türkischen Familien in Deutschland, die ihre Wertvorstellungen aus einem fundamentalisierten Islam herleiten, ist das häufig der Fall. Ebenso wie die Abgrenzung zur deutschen Lebensweise und die traditionelle Geschlechterrollenzuschreibung werden „law and order“-Einstellungen intergenerational vermittelt (Heitmeyer et al. 1997: 107ff.). Es ist weiterhin zu beobachten, dass das kulturelle Kapital für Individuen eine umso größere Bedeutung gewinnt, je

weniger sie über soziales und ökonomisches Kapital verfügen. Kultur fungiert dann als Distinktionsmittel, zur Selbstwerterhöhung und als psychologische Stütze für Versagen und für Verlust von sozialem und ökonomischem Kapital.

Gegen sie gerichtete Ausländerfeindlichkeit stellt für ethnische Minderheiten eine große psychische Belastung dar und gehört beispielsweise für fast die Hälfte der südeuropäischen Gastarbeiter zu deren größten Sorgen und Problemen (Thränhardt et al. 1994: 228). Umgekehrt macht sich insgesamt mehr als die Hälfte der deutschen Bundesbürger große Sorgen über die Zahl der Zuwanderer (Ahlheim/Heger 1999: 23). In Duisburg halten dagegen nur 11% der Bürger „Ausländer, Aussiedler und Asylsuchende“ für eines der größten Probleme der Stadt; damit landet dieses Thema bei der Problemnennung aber immerhin auf den zweiten Platz hinter „Arbeitslosigkeit“ und vor „Kriminalität/Gewalt“ (Stadt Duisburg 2003: 3ff.). Und auch hier verdeckt das Umfrageergebnis der Gesamtstadt die ortsteilspezifischen Unterschiede in der Problemwahrnehmung: In Bruckhausen sehen viele deutsche Bewohner Ausländer als Problem des Stadtteils (Tobias/Boettner 1992: 43ff.).

Wenn eine Verdichtung von Fremdheit stattfindet, z.B. durch die erhöhte visuelle und auditive Präsenz von Fremdheit und fremder kultureller Symbole (z.B. Kopftuch, Moschee, Gebetsruf) oder durch persönliche ethnisch-kulturelle Konflikterfahrungen, kann bei der einheimischen Bevölkerung Überfremdungsangst entstehen; Überfremdungsangst muss jedoch nicht zwangsläufig auch in Fremdenfeindlichkeit umschlagen (Anhut/Heitmeyer 2000a: 12). Nichtsdestotrotz steigt die Verunsicherung der Einheimischen. Eine Distanzierung von Ausländern, die sich zunächst in einer geringen Integrationsbereitschaft und später in Fremdenfeindlichkeit manifestieren kann, entsteht aber nicht nur in „Ausländervierteln“ wie Bruckhausen oder Marxloh. Auch dort, wo wenig Ausländer leben und die einheimische Bevölkerung dementsprechend wenig Erfahrung im Zusammenleben mit Ausländern gesammelt hat, ist eine reservierte Haltung gegenüber Ausländern häufig weit verbreitet (vgl. Böltken et al. 2002: 407ff.).

Denn wenn Fremdheit auf Unerfahrenheit im Umgang mit Fremdheit trifft, kann sich daraus eine „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ (Geißler 2002: 306) entwickeln. Dieses Phänomen ist im Osten Deutschlands weit verbreitet. Dort trifft man auf eine im Vergleich zum Westen ungleich höhere Fremdenfeindlichkeit, obwohl in den neuen Bundesländern die Ausländeranteile mit ca. 2% erheblich niedriger sind als im Westen (Ahlheim/Heger 1999: 29ff.). Auch werden in den neuen Bundesländern härtere Anpassungsforderungen erhoben (vgl. Statistisches Bundesamt 2002: 49ff.). In der DDR wurden die wenigen Ausländer, die es dort gab, getrennt von der einheimischen Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht; es handelte sich dabei überwiegend um vietnamesische Arbeitsmigranten, die nur befristete Arbeitsverträge hatten und kaum über Partizipationsrechte am öffentlichen Leben verfügten (Schulz 2002: 123). Somit gehen die Ursachen für die größere Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern auch auf die fehlgeschlagene Migrations- und Integrationspolitik der DDR zurück. Das ist aber nicht der einzige Grund für die tendenziell höhere Xenophobie der ehemaligen DDR-Bürger. Die durch den Zusammenbruch der DDR und die Wiedervereinigung verursachte Umbruchsituation spielt hierbei sicherlich die entscheidende Rolle. Schließlich lebten auch in der Bundesrepublik zu Beginn der Migrationswelle die südeuropäischen Arbeitsmigranten in Sammelunterkünften, weitgehend isoliert von der einheimischen Bevölkerung.

Das Phänomen der „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ scheint die *Kontakthypothese* zu bestätigen, wonach soziale Integration durch räumliche Nähe und direkte Kontakte im Wohnumfeld gefördert wird. Aus der Kontakthypothese folgt häufig die Forderung nach ethnisch gemischtem Wohnen. Allerdings gibt es auch empirische Belege für die antagonistische *Konflikthypothese*. Danach findet Integration durch räumliche Trennung statt, weil unfreiwillige Nachbarschaften von sozialen oder ethnischen Gruppen vermieden und damit Konflikte vermindert werden. In der Forderung nach räumlicher Trennung findet die Konflikthypothese ihre Entsprechung.

Beide Hypothesen erscheinen plausibel, aber die größte Integrationskraft kann wahrscheinlich erst dann erreicht werden, wenn beiden Forderungen Rechnung getragen wird. Die Menschen unterschiedlicher Ethnien müssen sowohl genügend Austauschmöglichkeiten, als auch genügend Rückzugsmöglichkeiten haben. Denn die Ablehnungsquoten gegenüber Ausländern schnellen nicht nur in den Stadtgebieten mit den niedrigsten, sondern auch in denen mit den höchsten Ausländeranteilen in die Höhe. Die Ablehnung äußert sich z.B. in den hohen Stimmenanteilen von rechtsextremen Parteien (vgl. Friedrichs 1998: 258). Die physische Nähe allein ist also nicht entscheidend für Integration, sondern vielmehr der soziale Kontext, in dem Kontakte stattfinden (Häußermann/Siebel 2001: 53ff.): Wer hat zu wem unter welchen Bedingungen Kontakt? An dieser Frage muss sich eine Sozialraumanalyse mit ethnisch-kulturellem Fokus orientieren, wenn sie sich nicht nur in einer bloßen Beschreibung von (Schein-)Korrelationen offizieller Statistiken erschöpfen will.

5.2 Ausländerkriminalität

Eine hohe Ausländerkriminalität kann zweifellos als „Ausdruck einer Integrationskrise“ (Luft 2002: 10), als „Seismograph für misslungene Integration“ (Reich 2003: 51) angesehen werden. Allerdings ist bei der Bewertung der Art und des Ausmaßes von Ausländerkriminalität eine differenzierende Analyse erforderlich, die häufig aber – bewusst oder unbewusst – unterbleibt. „Kriminalität [wird] als ein Phänomen gesehen, das von außen in das Wohnquartier hineingetragen wird, und zwar aufgrund der verstärkten Zuwanderung von Fremden“ (Bürkner et al. 1999: 21). Die eingewanderten Stadtteilbewohner assoziieren Kriminalität mit der Anwesenheit von Ausländern. Sie machen Ausländer, Aussiedler und Jugendliche für die (steigende) Kriminalität verantwortlich – so das Ergebnis einer Umfrage von Schweer/Thies (2000: 339). „Vor allem ethnische, seltener soziale Minoritäten werden von der Bevölkerungsmehrheit bevorzugt für soziale Probleme jedweder Couleur als Verursacher angesehen. Dieser Abwehrmechanismus dient letztendlich der Wiederherstellung subjektiver Kontrolle; die Bürger wissen, wer für die Kriminalität und damit verbunden die Beeinträchtigung der Lebensqualität verantwortlich ist.“ (Schweer/Thies 2000: 341). Auch in der Studie von Fuchs/Lamnek (1992: 163f.) äußern viele deutsche Bürger die Meinung, dass Asylanten und Gastarbeiter – im Gegensatz zu Aussiedlern und Inländern – überproportional viele Straftaten begehen würden.

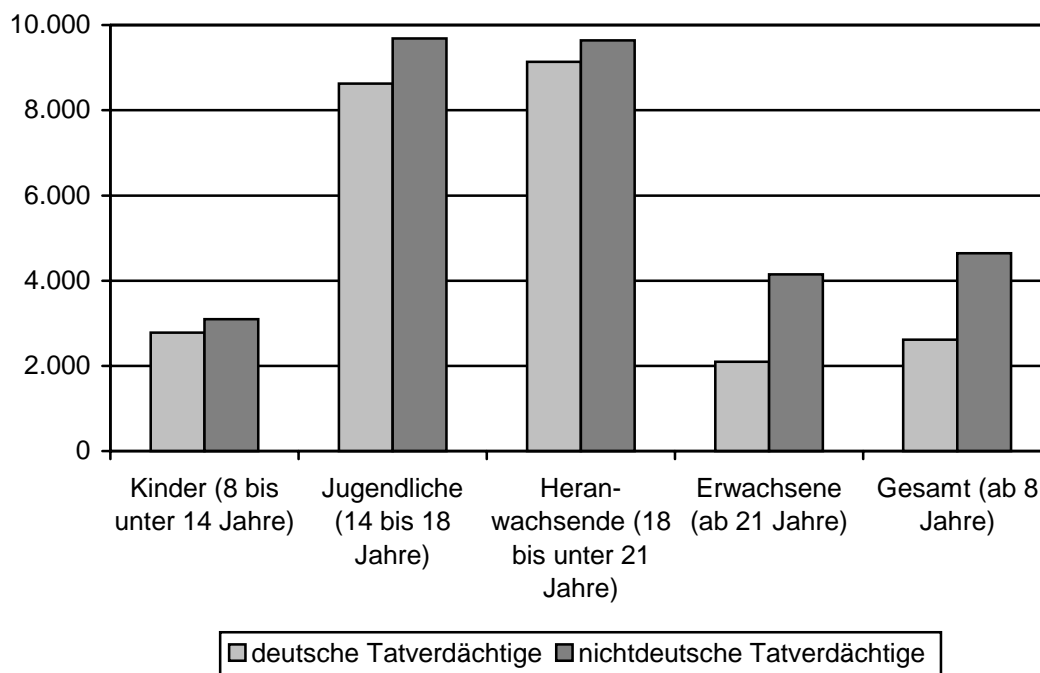
Ein erster Blick auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die Verurteiltenstatistik und die Strafvollzugsstatistik scheint die stereotype Einschätzung der Bevölkerung zunächst zu bestätigen. Der Ausländeranteil an den Tatverdächtigen (Abbildung 10), Angeklagten, Verurteilten und Häftlingen liegt über ihrem Anteil an der Bevölkerung. Und es gibt tatsächlich bestimmte Kriminalitätsformen, die in einem engen Zusammenhang mit Migration stehen, und bestimmte Gruppen von Ausländern, die im hohem Maße kriminell sind (vgl. Albrecht 2001; Reich 2003; Steffen 2001; Walter 2001).

Es sind vor allem die sich nur kurzfristig in Deutschland aufhaltende Ausländer – oftmals professionelle Banden –, die verstärkt im Bereich von Waffen-, Menschen-, Drogen- und Falschgeldhandel kriminell in Erscheinung treten; die bereits langfristig in Deutschland lebenden Ausländer unterscheiden sich hinsichtlich ihres kriminellen Verhaltens dagegen kaum von der deutschen Bevölkerung (Geißler 2003; Wassermann 1995: 7). Außerdem beeinflusst auch die Ethnie des Täters das Anzeigeverhalten von Opfern und Zeugen von Verbrechen (vgl. Mansel/Albrecht 2003) ebenso wie die strafrechtliche Reaktion der formellen Kontrollinstanzen (vgl. Ludwig-Mayerhofer/Niemann 1997). Das hat zur Folge, dass Ausländer häufiger angezeigt, angeklagt und verurteilt werden, also eher in einen Kriminalisierungsprozess geraten als Deutsche.

Die offiziellen Zahlen der PKS, die einen überproportional hohen Anteil von ausländischen Tatverdächtigen ausweist, kommen aufgrund mehrerer methodischer Verzerrungen zustande. Sie weisen eine hohe Fehleranfälligkeit schon bei der polizeilichen Erfassung auf und lassen sich erst unter Hinzunahme sozialstruktureller Daten und kriminologischer Erkenntnisse angemessen interpretieren. Das wird heute selbst von der Polizei nicht bestritten (vgl. Diskussion zwischen Geißler 1995 und Schwind 1995; vgl. auch Albrecht 1994: 268f.; Polizeipräsidium Bielefeld 2003: 14; Polizeipräsidium Duisburg 2003; Stadler/Walser 1996; Walter 2001; ausführlich Kummer 1993). So ist z.B. der Anteil männlicher Jugendlicher und Heranwachsender unter den Ausländern

sehr viel höher als bei den Deutschen (vgl. Kapitel 2) – das ist aber genau jene Gruppe, die gänzlich unabhängig von ihrer Nationalität überproportional häufig kriminell und kriminalisiert wird. Zu dem Geschlechtereffekt (mehr ausländische Männer) und dem Alterseffekt (mehr ausländische jüngere Menschen) kommen noch der Regionaleffekt (mehr ausländische Großstadtbewohner) und der Schichteffekt (mehr ausländische Arme) hinzu.

Abbildung 10: Tatverdächtigenbelastungszahlen²⁰ in Duisburg nach Altersklassen 2002



Quelle: Eigene Darstellung nach PKS (Polizeipräsidium Duisburg 2003).

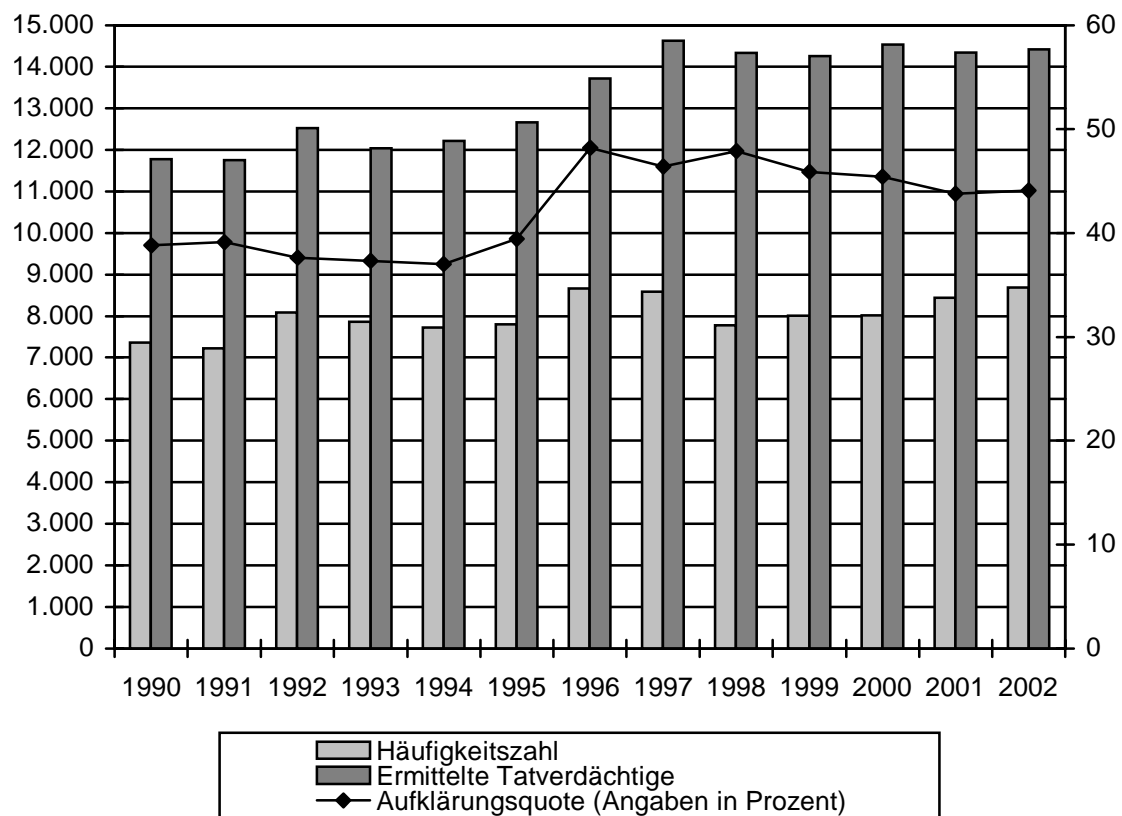
Nur wenn man diese Unterschiede im Sozialprofil der Ethnien bei der Analyse ausreichend berücksichtigt, kann von einem angemessenen Gruppenvergleich die Rede sein. Und stellt man die Kriminalitätsraten der Ausländer dann jenen der Deutschen mit einem vergleichbaren Sozialprofil gegenüber, gelangt man sogar zu dem Ergebnis, dass ausländische Arbeitsmigranten und ihre Familien sogar gesetzestreu sind; allerdings scheint es der Elterngeneration nicht gelungen zu sein, den hohen Grad der eigenen Gesetzestreue an ihre Kinder weiterzugeben, die immer häufiger als Mehrfach- und Intensivtäter kriminell auffallen (vgl. Geißler 2003: 376ff. m.w.N.).

Duisburg gehört nach der PKS immer noch – trotz eines leichten Anstiegs bei den Häufigkeitszahlen²¹ und ermittelten Tatverdächtigen (Abbildung 11) – zu den sichersten

²⁰ Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) ist die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen ab dem Alter von acht Jahren errechnet auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils. Zur Fehleranfälligkeit der TVBZ vgl. Polizeipräsidium Duisburg (2003: 18).

Großstädten Deutschlands (Abbildung 12). Die übrigen Großstädte in Nordrhein-Westfalen weisen im Vergleich mit den drei Stadtstaaten und den ostdeutschen Städten ebenfalls geringe Kriminalitätsraten auf. Auch in der Duisburger Polizeistatistik finden sich überproportional viele Ausländer und Jugendliche. Sowohl der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger als auch der Anteil junger Tatverdächtiger (8-21 Jahre) an der Gesamtzahl der ermittelten Tatverdächtigen oszillierte in den vergangenen Jahren bei der 30%-Marke. Die Tatverdächtigenbelastungszahlen der nichtdeutschen Tatverdächtigen liegen in allen Altersklassen über denen der Deutschen, wobei Jugendliche und Heranwachsende die mit Abstand höchsten Werte aufweisen (siehe Abbildung 10). Die Zahl der Mehrfachtatverdächtigen im Alter von 8-21 Jahren mit fünf und mehr Straftaten ist aber seit 1997 von 246 auf 177 im Jahr 2002 gesunken.

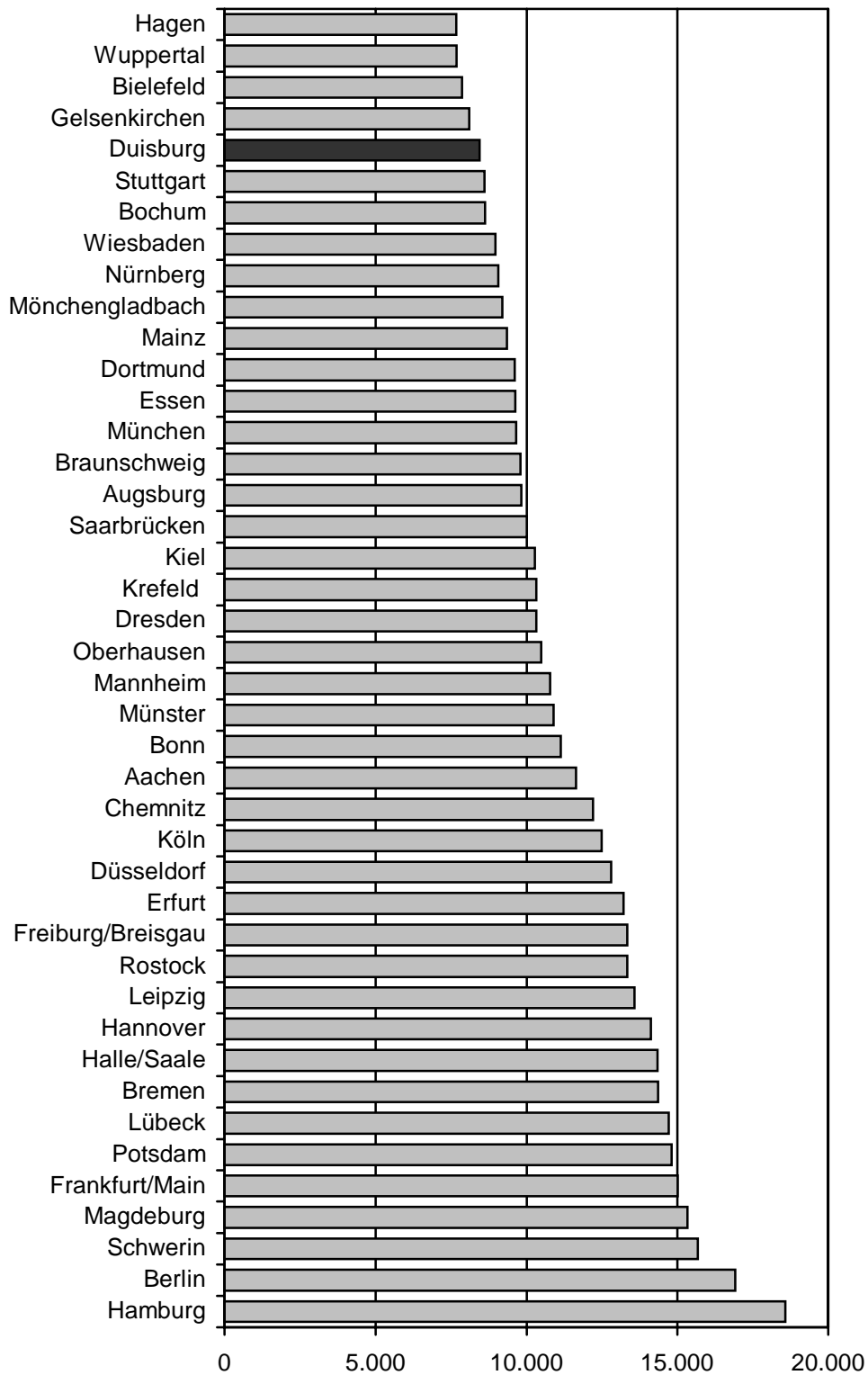
Abbildung 11: Häufigkeitszahl, ermittelte Tatverdächtige und Aufklärungsquote in Duisburg 1990-2002



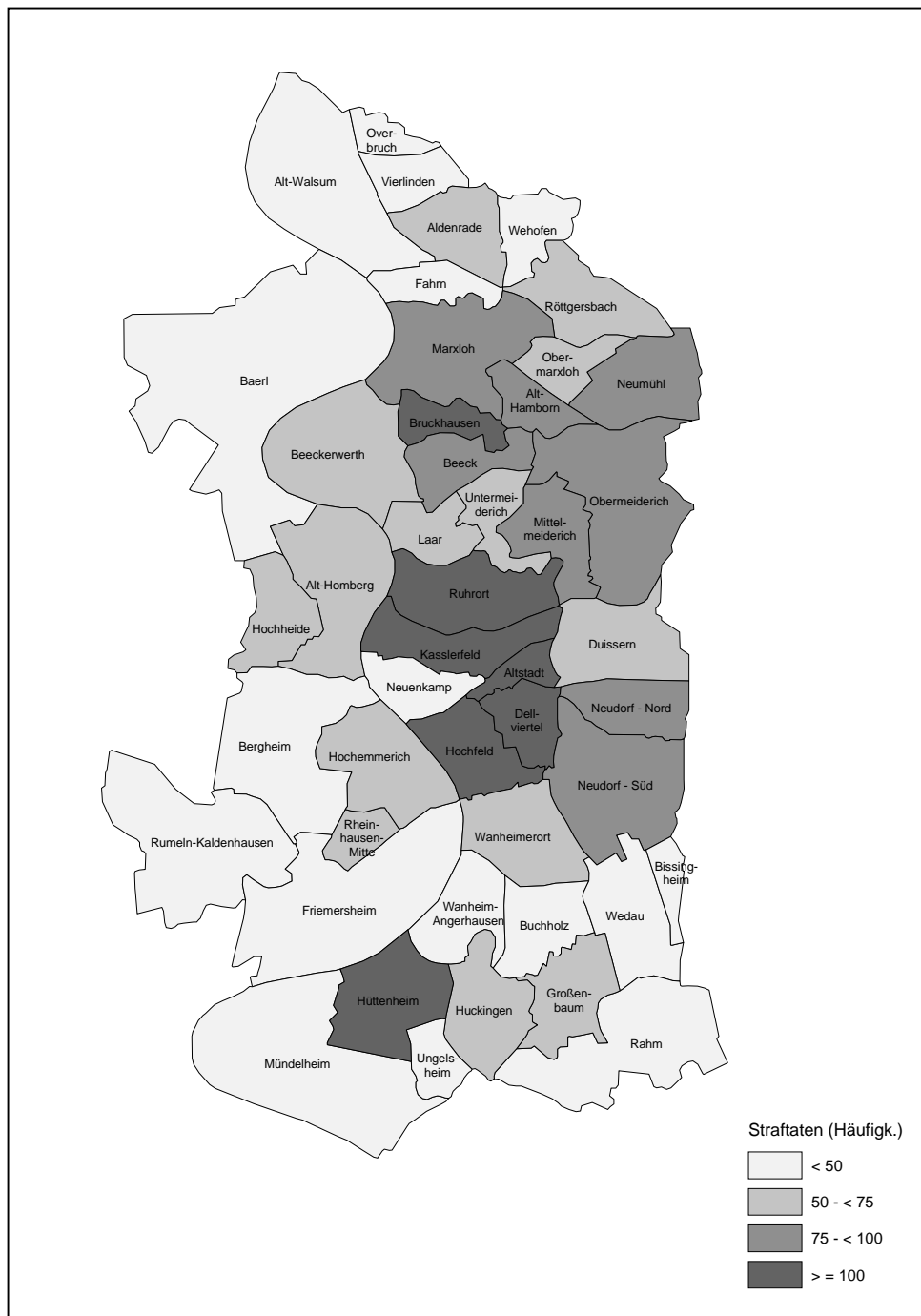
Quelle: Eigene Darstellung nach PKS (Polizeipräsidium Duisburg 2003).

²¹ Die Häufigkeitszahl ist die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner.

Abbildung 12: Kriminalitätsbelastung deutscher Großstädte über 200.000 Einwohner 2001 (Straftaten pro 100.000 Einwohner)



Quelle: PKS (Polizeipräsidium Bielefeld 2003: 7).

Abbildung 13: Straftaten pro 1.000 Einwohner in Duisburg 2002

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Polizeipräsidiums Duisburg.

Auf Stadtteilebene sind erhebliche Disparitäten hinsichtlich der quantitativen und deliktsspezifischen Kriminalitätsbelastung festzustellen (siehe Abbildung 13, Abbildung 16).²² So sind der Nordosten und die Innenstadt stärker von Kriminalität betroffen als der Südwesten. Die Spitzenplätze belegen mit weitem Abstand die Innenstadtviertel Altstadt (336) und Dellviertel (246). Am Ende liegen die südlich gelegenen Stadtteile Rahm (25), Mündelheim (24) und Ungelsheim (18). Wie kommt es zu solchen starken Unterschieden innerhalb des Stadtgebiets?

Die Unterschiede können mit den divergierenden Sozialstrukturen in den einzelnen Stadtteilen erklärt werden. Tatorte und Täterwohnorte liegen häufig nicht weit auseinander, so auch in Duisburg: Rund 70% der polizeilich erfassten Delikte begeht der Täter in seinem Wohnort oder in dessen unmittelbaren Umgebung (vgl. BMI/BMJ 2001: 461; Polizeipräsidium Duisburg 2003: 17). In Anbetracht der Tatsache, dass Jugendliche und Ausländer in den offiziellen Kriminalitätsstatistiken überproportional häufig auftauchen (Abbildung 10), ist die hohe Kriminalitätsbelastung im Duisburger Norden nicht weiter verwunderlich. Hier sind sowohl die höchsten Jugendquotienten²³ als auch die höchsten Ausländeranteile anzutreffen (Strohmeier 2002: 98f.).

Wie erklärt sich aber die hohe Kriminalitätsbelastung in den Innenstadtvierteln, die ganz andere Sozialstrukturen haben?

Zur Beantwortung dieser Frage kann man die „routine-activity“-Theorie (Cohen/Felson 1979) heranziehen. Danach gibt es drei Grundelemente für die Genese von Kriminalität: die Anwesenheit eines motivierten Täters (motivated offender), die Verfügbarkeit eines geeigneten Tatobjekts (suitable target) und die Abwesenheit von fähigen Beschützern des Tatobjekts gegen Rechtsverletzung (absence of a capable guardian). Die Stadt stellt sich hiernach als Raum dar, in dem sich aufgrund der Struktur der Alltagsaktivitäten (routine-activities) unterschiedlich verteilte Gelegenheiten bieten, Delikte zu begehen. „Die Verteilung von ‚Ereignissen‘ abweichenden Verhaltens im Raum folgt der Verteilung der Gelegenheiten zu solchem Verhalten“ (Karstedt 2000: 29).

Innerhalb des gelegenheitstheoretischen Ansatzes gibt es zwei Strömungen. Während die einen der Reizwirkung des Tatobjekts die größere kriminogene und zugleich viktimogene Wirkung unterstellen, ist es für die anderen die fehlende soziale Kontrolle, die den Täter zur Tatbegehung veranlasst. Der größte Mangel der „routine-activity“-Theorie wird darin gesehen, dass ihre Aufmerksamkeit auf die Endphase des Viktimisierungsprozesses gerichtet ist. Sie fragt zu wenig danach, wie es zur Motivation des Täters kommt und worin die Anziehungskraft des Tatobjekts besteht (vgl. Schneider 2000: 394). Die Kriminalitätsbelastung eines Ortes ist also nicht allein von den Sozialstrukturen der dortigen Bewohner, sondern auch von den örtlichen Gelegenheitsstrukturen für kriminelles Handeln abhängig.

Die Innenstadt zeichnet sich also deswegen durch hohe Kriminalitätsbelastungsziffern aus, weil mehr Tatgelegenheiten – vor allem für Vermögensdelikte – vorhanden sind,

²² Da die PKS keine ortsteilbezogene Auswertung erlaubt, wurde eine gesonderte Statistik der Polizei Duisburg herangezogen, die die registrierten Straftaten in den Stadtteilen pro 1.000 Einwohner angibt.

²³ Der Jugendquotient ist die Anzahl der unter 18-jährigen Personen auf 100 der 18-65-Jährigen (Strohmeier 2002: 38).

und nicht etwa deswegen, weil dort mehr motivierte Täter wohnen.²⁴ Die soziale Kontrolle ist gering (wenig Wohnbevölkerung, viele Einpersonenhaushalte, hohe Mieterfluktuation etc.), während die „target attractiveness“ hoch ist (große Auswahl von potenziellen Objekten und Opfern wegen der starken Konzentration von Wirtschaft, Kultur und Tourismus und den damit verbundenen Pendler- und Passantenströmen).

Ähnlich lässt sich auch die deliktsspezifische Kriminalitätsbelastung in den Stadtteilen erklären (Abbildung 16). Hier fällt zunächst auf, dass im ansonsten sicheren Stadtteil Rahm die Zahl der registrierten Wohnungseinbrüche ähnlich hoch ist wie in der Altstadt, in Bruckhausen und in Marxloh. Das lässt sich damit erklären, dass es zwar in benachteiligten Stadtvierteln „weniger zu holen“ gibt, die informelle soziale Kontrolle dafür aber wegen der hohen Bevölkerungsfluktuation und ethnischen Heterogenität schwächer ausgeprägt ist (siehe Kapitel 6.1). Demgegenüber kann der motivierte Täter in den privilegierten Stadtteilen der gehobenen Mittelschicht von „reicher Beute“ ausgehen, muss aber gleichzeitig mit einer höheren Entdeckungswahrscheinlichkeit rechnen, da Nachbarschaften noch weitgehend intakt sind und somit die informelle soziale Kontrolle höher ist.

Damit konnten die Zusammenhänge zwischen Ausländer- und Jugendanteil, Sozial- und Gelegenheitsstrukturen, Kriminalitätsaufkommen und ethnisch-kulturellen Konflikten nur angerissen werden. Die Berücksichtigung weiterer Faktoren, die für die unterschiedliche Kriminalitätsbelastung in den Stadtteilen verantwortlich sind und für deren Analyse zudem weitere Daten erhoben und ausgewertet werden müssten, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es sei auch nochmals darauf hingewiesen, dass eine Sekundäranalyse auf der Grundlage der Zahlen der PKS stets vor dem Problem steht, mit deren begrenzten Aussagekraft zu hantieren.²⁵ Schließlich kann das polizeilich registrierte Kriminalitätsaufkommen aufgrund eines tatsächlich gestiegenen Kriminalitätsaufkommens, eines veränderten Anzeigeverhaltens seitens der Bevölkerung und/oder einer gesteigerten Kriminalitätsbekämpfung seitens der Polizei zustande kommen. „Die

²⁴ Bei der Interpretation des Wertes im Innenstadtbereich muss berücksichtigt werden, dass das Missverhältnis zwischen Tagbevölkerung und Einwohnerzahl dort besonders groß ist („Tag-/Nacht-Gefälle“). Würde sich dieser Wert auf die Tagbevölkerung, also die Anzahl der Menschen, die sich im Laufe des Tages in der Innenstadt aufhalten (z.B. Touristen, Pendler), und nicht auf die gemeldeten Einwohner beziehen, wäre er wahrscheinlich niedriger als in den Außenbezirken; dort sind tagsüber weniger Menschen unterwegs, weil sie z.B. in der Innenstadt arbeiten (vgl. Ammer 1992: 36ff.). Am Beispiel der Innenstadt zeigt sich auch, dass ein hohes Sicherheitsgefühl (wegen der permanenten Präsenz von anderen Personen) und ein hohes Kriminalitätsaufkommen (wegen der „günstigen“ Gelegenheitsstrukturen) durchaus nebeneinander existieren können.

²⁵ Über das Für und Wider der Aus- und Verwertbarkeit der PKS ist in der Polizeiforschung schon viel gestritten worden (vgl. Frevel 1999: 46ff.; Hauf 1992, 1994, 1995; Kury/Obergfell-Fuchs 1998; Rupprecht 1989). Gegen die PKS als Grundlage für wissenschaftliche Analysen sprechen sich vehement Dinges/Sack (2000: 44) aus. Murck (1980: 32f.) dagegen verteidigt sie trotz ihrer offenkundigen Schwächen und Unzulänglichkeiten als tauglichen Indikator für das Kriminalitätsaufkommen. Zwar könne die PKS seiner Ansicht nach wegen der Messprobleme (hierzu Murck 1980: 13ff.) nur ein Tätigkeitsbericht der Polizei sein, der die qualitative wie quantitative Arbeitsbelastung der Polizeibeamten erfasst; sie erfülle aber eine „Nachfragefunktion“ (Murck 1980: 179), die Rückschlüsse auf Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und die Kriminalitätsslage zulässt. Zumindest besteht weitgehender Konsens darin, dass für eine aussagekräftige Interpretation der Kriminalitätsentwicklung über die Häufigkeitszahlen der PKS hinaus weitere kriminalstatistische Maßzahlen (Übersicht bei Ammer 1992: 41ff.) herangezogen und stärkere Anstrengungen im Bereich der Dunkelfeldforschung unternommen werden müssen.

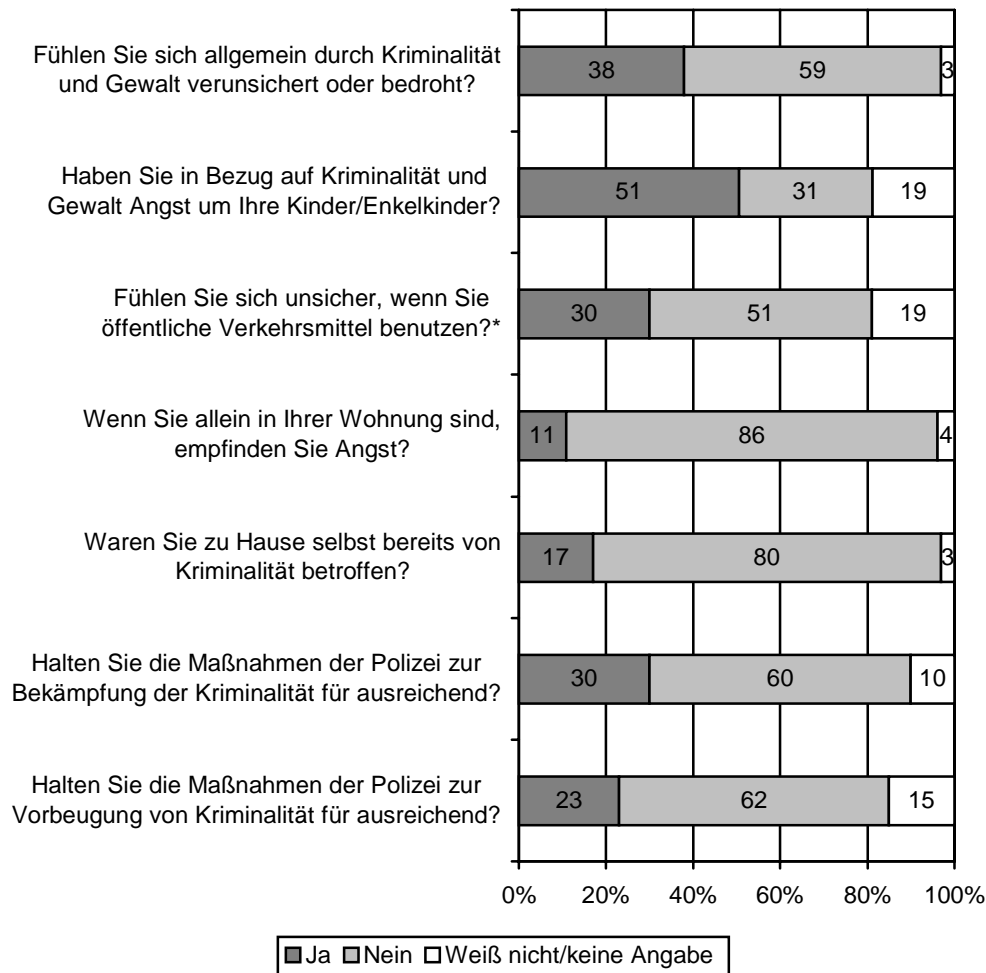
Crux einer jeden Aussage zur Kriminalitätsentwicklung ist, dass unklar ist, ob die statistischen Zahlen die Entwicklung der ‚Kriminalitätswirklichkeit‘ widerspiegeln oder lediglich eine vor allem durch das Anzeigeverhalten beeinflusste Verschiebung der Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld“, fasst Heinz (1998: 401) das Dilemma zusammen.

5.3 Kriminalitätsfurcht

Ein Phänomen, das im Sicherheitsdiskurs einen immer höheren Stellenwert gewinnt, ist das schwindende Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Die Kriminalitätsfurcht erfasst immer weitere Kreise der Bürgerschaft und unterliegt ihren eigenen bislang noch wenig erforschten Gesetzmäßigkeiten. Sie wird auch für die Stadtflucht der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Deswegen setzen immer mehr Präventivmaßnahmen der Verwaltung und der Polizei an der Erhöhung des Sicherheitsgefühls an. Die Kriminalitätsängste der Bürger werden begleitet von Forderungen an die Polizei nach einer stärkeren Bekämpfung und Vorbeugung von Kriminalität (Abbildung 14).

Der Begriff der Kriminalitätsfurcht wird häufig in einem weiteren Sinn gebraucht. Er beschränkt sich deshalb nicht nur auf die Angst vor Straftaten; auch Verhaltensweisen, Bedrohungen und Umstände außerhalb des Strafrechts fließen in die Bewertung der Individuen ein (Frevel 1999: 60f.; Obergfell-Fuchs/Kury 1995: 49f.). Somit ist Kriminalitätsfurcht nicht nur als Erwartung krimineller Schädigungen zu verstehen, sondern als eine Reaktion auf vielschichtige Unsicherheitserfahrungen. Diese Unsicherheitserfahrungen finden nach Hanak (1996a: 72f.) auf drei Ebenen statt. Zu der *Ebene unmittelbarer Wahrnehmung* können Symptome wie Anonymität, Verlust von Ruhe und Beschaulichkeit, Präsenz von Randgruppen im öffentlichen Raum (z.B. Obdachlose, Drogenabhängige, Punks, Skinheads, Ausländer), Zeichen von Zerfall (z.B. Vandalismus, Müll, Verunreinigungen, Graffiti) und Gewaltformen in der Grauzone von Rohheiten und Belästigungen gezählt werden.²⁶ Die *Ebene mittelbarer Wahrnehmung* umfasst die von Bekannten, Verwandten und Nachbarn berichteten Kriminalitätserfahrungen sowie die mediale Berichterstattung über Kriminalität. Auf *höherer Ebene* schließlich spielen existenzielle Unsicherheiten und diffuse Ängste hinsichtlich Arbeitsplatz- und Statusverlust, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit eine Rolle.

²⁶ Diese Zeichen der Unordnung und sozialen Desorganisation („signs of incivility“, „signs of social disorder“), die physische, bauliche und Verhaltenskomponenten enthalten wie Vandalismus, Graffiti, zerfallene Bausubstanz, Autowracks, Betteln, öffentlicher Alkohol- und Drogenkonsum etc., werden von den Bewohnern als Indikatoren für verloren gegangene Selbstkontrollmechanismen der Bürgerschaft und für den Niedergang ihres Stadtteils interpretiert. So argumentieren Wilson/Kelling (1982) mit ihrer vielzitierten „broken-windows“-Theorie. Der allmähliche Verfall eines Stadtteils setzt – so Wilson/Kelling weiter – einen sich selbst zirkulär verstärkenden Prozess in Bewegung setzt, der durch eine gleichzeitige Zunahme von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht begleitet wird. Dieser Erklärungsansatz hat dank seiner „alltagstheoretischen Plausibilität“ (Hermann/Laue 2003: 72) eine enorme Popularität erfahren und ebenso zahlreiche Nachahmer wie Kritiker über die Grenzen der USA hinaus gefunden (vgl. Hecker 1997; Hess 1996; Streng 1998).

Abbildung 14: Sicherheitsempfinden der Bürger in Duisburg 2000 (Angaben in Prozent, gerundet)

* Die ursprüngliche Frage lautete: „Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie öffentliche Verkehrsmittel benutzen?“ Die Frage wird hier jedoch zur Vereinheitlichung mit den anderen Fragestellungen „umgedreht“.

Quelle: Eigene Darstellung nach Stadt Duisburg (2001).

Kriminalitätsfurcht bezieht sich auf verschiedene Bedrohungen durch Kriminalität (Abbildung 14). Die Furcht, an bestimmten Orten Opfer von Verbrechen zu werden, steht z.B. häufig im diametralen Verhältnis zu der polizeilich registrierten Kriminalitätsbelastung dieser „Angsträume“: In Park- und Grünanlagen fühlen sich die Bürger sehr unsicher (vgl. Murck 1980: 74; Stadt Bielefeld 1998: 18; Stadt Duisburg 2001: 5), obwohl hier relativ wenig Straftaten begangen werden – umgekehrt fühlen sie sich in der Innenstadt unter vielen Menschen trotz eines hohen Kriminalitätsaufkommens relativ sicher (vgl. Zuber 2000: 276). Es kann ergänzt werden, dass der Effekt der subjektiven *Stadtteil*probleme auf die Kriminalitätsfurcht in der Regel größer ist als der Effekt der

subjektiven *Gesamtstadt*probleme; die „Problemnähe“ stellt sich also als eine weitere wichtige Einflussgröße dar (vgl. Hermann/Dölling 2001: 83).

Weil die Zahl potenzieller Einflussfaktoren sehr groß ist und ihr „Mischungsverhältnis“ individuell genauso stark variiert wie das Ausmaß der einzelnen Faktoren, gehört die valide Messung der Kriminalitätsfurcht zu einer der anspruchvollsten methodischen Herausforderungen der kriminologischen Forschung. Es lässt sich eben nicht genau und nur sehr schwer herausfiltern, ob hohe Furchtwerte auf den hohen Ausländeranteil, auf die hohe Kriminalitätsbelastung, auf die vielen Auseinandersetzungen unterhalb der Strafbarkeit, auf die soziodemographisch selektive Zusammensetzung der deutschen Stadteilbewohner oder auf etwas ganz anderes zurückzuführen sind. Ein sich gegenseitig verstärkendes Mehrfaktorenmodell dürfte deswegen die größte Erklärungskraft für Kriminalitätsfurcht besitzen (vgl. Hermann/Dölling 2001: 31; Murck 1980: 78; Noll/Schröder 1995: 318; Reuband 1999a: 153; ausführlich Boers 1991). Monokausale Erklärungsversuche zur Genese von Kriminalitätsfurcht – wie sie in der Politik gelegentlich formuliert werden – sind dagegen mit Vorsicht zu genießen.

Als zusätzliche Schwierigkeit bei der Messung von Kriminalitätsfurcht erweist sich, dass Kriminalität und Gewalt in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung starken Schwankungen unterliegen (vgl. Stadt Duisburg 2001, 2002, 2003): Mitte und Ende der 90er Jahre erreichte die Problemnennung „Kriminalität und Gewalt“ in Duisburg Werte von über 10%. Danach sanken die Werte wieder, bevor sie dann seit 2000 erneut leicht anstiegen auf zuletzt 7% (2002) und damit in etwa das Niveau Ende der 80er Jahre erreichten. Diese Diskontinuitäten können als Bestätigung der Aussage von Dinges/Sack (2000: 50) interpretiert werden, dass die subjektiven Aspekte des öffentlichen Sicherheitsdiskurses sehr eng und regelmäßig dem Zyklus seiner politischen und staatlichen Thematisierung folgen.

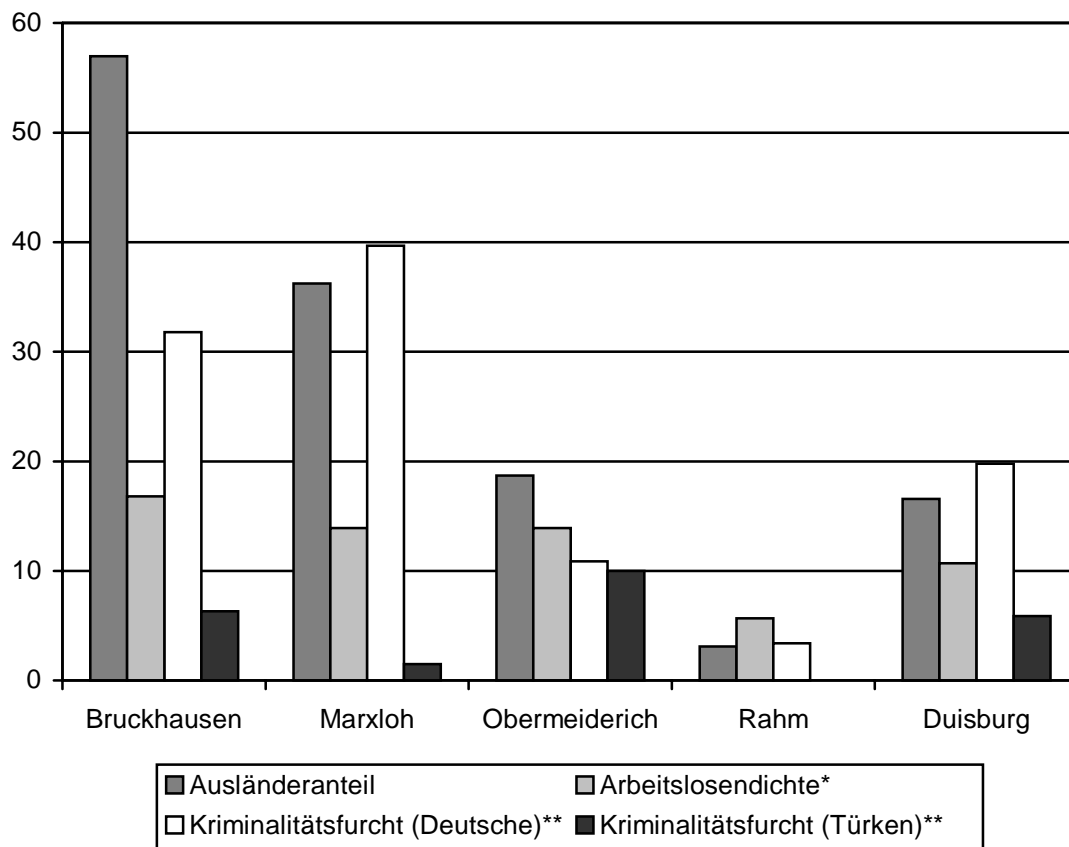
Die drei von Hanak (1996a) skizzierten Ebenen von Kriminalitätsfurcht beziehen sich auf soziale Umstände und Veränderungen, die auch Ausgangspunkte für ethnisch-kulturelle Konflikte sind. Ressourcen- und Rangordnungskonflikte stehen in enger Verbindung mit den Ängsten der Einheimischen vor Arbeitsplatz- und Statusverlust. Regelkonflikte tauchen häufig als Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum auf. Somit kann man eine hohe Kriminalitätsfurcht in Stadtteilen mit einem hohen Ausländeranteil als ein – wenn auch grobes – Indiz für eine hohe Intensität ethnisch-kultureller Konflikte interpretieren.

Die Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung ist in Duisburg von Stadtteil zu Stadtteil unterschiedlich groß (Abbildung 15). Aber es zeigt sich tatsächlich, dass sie unter anderem in einem, wenn auch nicht linearen Zusammenhang mit dem jeweiligen Ausländeranteil steht. Während „allgemeine Unsicherheitsgefühle“ deutscher Jugendlicher im gesamten Stadtgebiet auf einem annähernd gleich hohen Niveau liegen und in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Anwesenheit von Ausländern stehen (Müller 2000: 292ff.), rufen viele Ausländer im Stadtteil bei den Deutschen – anscheinend – große Kriminalitätsfurcht hervor. Damit würde die These bestätigt, dass Kriminalitätsfurcht durch eine Art wohnungsumfeldnahen „Clash of Civilizations“ (Huntington 1993a) verstärkt wird (vgl. Hanak 1996b: 66ff.; Hüttermann 2000: 279f.).

Das Bild des kriminellen Ausländers ist auch das Resultat von medial unterstützten Zuschreibungsprozessen. Aber nicht nur Personengruppen, sondern auch Räume werden als kriminell, als „Angsträume“ definiert. Der „gute“ oder „schlechte“ Ruf eines Stadt-

viertels beispielsweise rührt nicht selten von seiner (vermeintlichen) Kriminalitätsbelastung her. Dabei wird pauschal von hohen Kriminalitätsraten auf eine korrespondierende kriminelle Energie der Stadtteilbewohner geschlossen. Tatsächlich spiegeln die regionalen Belastungsziffern aber lediglich die potenzielle Betroffenheit von kriminellen Aktivitäten wider (vgl. Rommelspacher et al. 1998: 37; Kapitel 5.2). So verwundert es nicht, dass nach der Untersuchung von Rommelspacher et al. (1998: 37) die nördlichen Stadtteilen Vierlinden, Overbruch, Alt-Walsum und Aldenrede einen guten, Meiderich-Beeck, Bruckhausen, Beeckerwerth, Unter-, Mittel- und Obermeiderich dagegen einen schlechten Ruf haben.

Abbildung 15: Kriminalitätsfurcht, Arbeitslosendichte und Ausländeranteil in ausgewählten Duisburger Stadtteilen 1997 (Angaben in Prozent)



* in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung (nach Berechnung der BfA).

** Frage: „Und wie ist das in Ihrem Stadtteil? Fühlen Sie sich durch Kriminalität und Gewalt verunsichert und bedroht?“ Die Antwortoptionen lauteten: „deutlich“, „etwas“, „gar nicht“, „keine Angaben“. Hier sind die Prozentwerte für „deutlich“ angegeben.

Quelle: Eigene Darstellung nach Hüttermann (2000: 279).

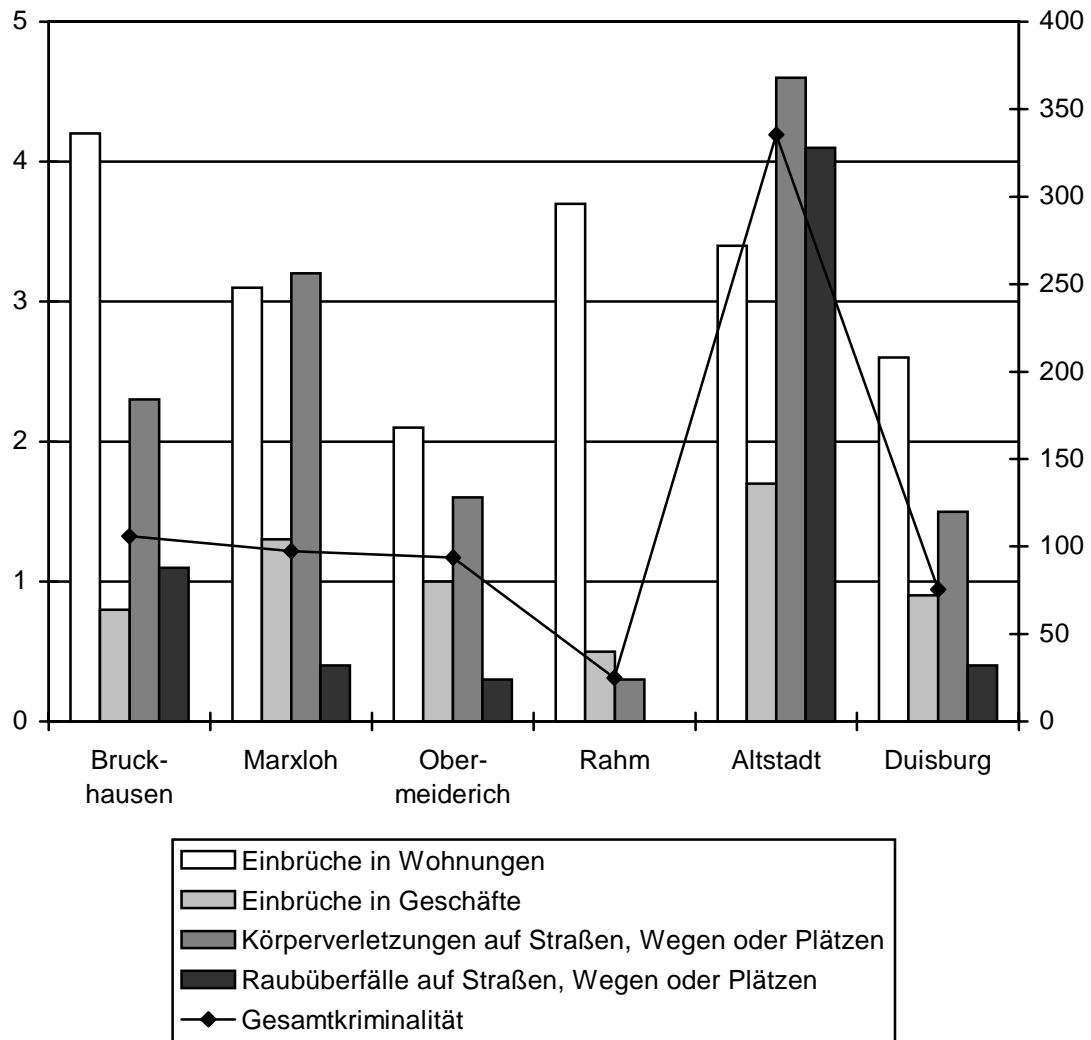
Die Berichterstattung in den lokalen Zeitungen hat einen großen Einfluss auf die Generierung von „Angsträumen“. Sie berichten z.T. vorzugsweise dann über kriminelle Vorfälle, wenn sie sich in benachteiligten Stadtteilen ereignen;²⁷ dabei wird häufig verdrängt, dass Straftaten „weniger vom Ort als vom Milieu, in dem sie stattfinden, abhängig sind“ (Bentler 2001: 37). Die Wahrscheinlichkeit, in einem benachteiligten Stadtteil Opfer einer Straftat zu werden, steigt nicht schon allein mit dem Aufenthalt, sondern erst, wenn man einem bestimmten Milieu angehört, in dem Kriminalität und Viktimisierung häufiger vorkommen (vgl. Hermann/Dölling 2001). So richtet sich Jugendkriminalität in der Mehrzahl der Fälle gegen Jugendliche selbst. Sie sind damit überproportional Täter wie Opfer (vgl. Albrecht 2001: 203; Heinz 1998: 414f.; Mansel 2001). Das trifft auch auf türkische Jugendliche zu. Sie fallen nicht nur vermehrt als Mehrfach- und Intensivtäter auf, sondern sind in Deutschland – neben türkischen Ehefrauen – am häufigsten Opfer von innerfamiliärer Gewalt (Pfeiffer/Wetzels 2000: 18f.).

Ein Grund für die überdurchschnittliche Kriminalitätsfurcht der deutschen Bewohner von Bruckhausen und Marxloh könnte aber auch in der überdurchschnittlichen Kriminalitätsrate in diesen Stadtteilen liegen (Kapitel 5.2). Neben dem quantitativen könnte zudem das deliktsspezifische Kriminalitätsaufkommen für die Ängste der Stadtteilbewohner verantwortlich sein. In Marxloh und Bruckhausen liegen die registrierten Straftaten pro 1.000 Einwohner für Körperverletzung und Wohnungseinbrüche weit über dem Duisburger Durchschnitt (Abbildung 16). Es handelt sich dabei um Kriminalitätsformen, die die Privatsphäre unmittelbar betreffen – im Gegensatz etwa zu Versicherungsbetrug oder Korruption – und damit in besonderem Maße Unsicherheit und Angst erzeugen (vgl. Friedrichs 1997: 495). Die erhöhte Gewaltdelinquenz ist z.T. auch das Resultat von ethnisch-kulturellen Konflikten (siehe auch Kapitel 3.3, Abbildung 8). Allerdings scheint diese Erklärung allein nicht auszureichen. Denn im Ortsteil Rahm fürchtet sich kaum jemand vor Kriminalität, obwohl die Zahl der Wohnungseinbrüche dort ähnlich hoch ist wie in Bruckhausen und Marxloh.

Eine weitere Erklärung für die hohe Furcht vor Kriminalität könnte in den ebenfalls mit ethnischen-kulturellen Konflikten zusammenhängenden Verhaltensweisen unterhalb der Grenze zur Strafbarkeit liegen. Das, was von den Bewohnern als „Nährboden von Kriminalität“ betrachtet wird, wirkt sich oftmals stärker als die strafrechtliche Delinquenz auf die Entstehung und Verstärkung von Kriminalitätsfurcht aus (vgl. Rommelspacher et al. 1998: 40). Die „disorder“- und „incivilities“-Erscheinungen auf der Ebene unmittelbarer Wahrnehmung beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl deswegen oftmals stärker als die allenfalls punktuellen „crime“-Erfahrungen, weil sie täglich sichtbar und erfahrbar sind und gleichermaßen als Vorstufe und Indiz für das Ausmaß von Kriminalität betrachtet werden (vgl. Karazman-Morawetz 1996: 35).

²⁷ Daneben unterliegt die mediale Kriminalitätsberichterstattung einer ganzen Reihe von teils bewussten, teils unbewussten Verzerrungen (vgl. Beiträge in Dölling et al. 1998; Murck 1980: 80ff.; Reuband 1999b, 2000; Scharf et al. 1999; zu ihren – möglichen – Auswirkungen auf Kriminalitätsfurcht vgl. Feltes/Ostermann 1985; Reuband 1998). Eine falsche und selektive Informationsverbreitung durch die Medien und eine nicht minder falsche und selektive Informationsverarbeitung und -wahrnehmung durch die Medienkonsumenten können dabei miteinander verschmelzen (Murck 1980: 68).

Abbildung 16: Straftaten pro 1.000 Einwohner nach ausgewählten Deliktsarten und Stadtteilen in Duisburg 2002



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten des Polizeipräsidiums Duisburg.

Diese täglichen Auseinandersetzungen und Provokationen sind in Marxloh ebenfalls relativ hoch, was u.a. auf die hier stark ausgeprägte „Street Corner Society“²⁸ türkischer Jugendlicher zurückzuführen ist (Hüttermann 2000). Auch die physischen Verfallerscheinungen an Privathäusern und im öffentlichen Raum sind in Marxloh und Bruckhausen unübersehbar. Seit Mitte der 90er Jahre taucht in den bereits erwähnten Bürgerumfragen der Stadt Duisburg auch das „Straßenbild“ bei den Problemnennungen auf. Hierunter sind Hinweise auf „incivility“ und „disorder“ (z.B. Hundedreck, Ratten, schlechter Straßenzustand, Graffiti, Abfall auf Straßen und in Grünanlagen) zusammen-

²⁸ Zu diesem Phänomen jugendlicher Cliquenbildung grundlegend Whyte (1943).

gefasst, was die Bürger vor allem in den Stadtteilen Marxloh, Bruckhausen, Rheinhausen, Laar, Hochfeld, Wehofen und Mündelheim/Ehingen als Problem wahrnehmen (vgl. Stadt Duisburg 2002: 3).

Schließlich könnten die differentiellen Kriminalitätsängste in den Duisburger Stadtteilen in den differentiellen soziodemographischen Bevölkerungsstrukturen begründet sein. Zu den wenigen empirischen Befunden aus der „Furchtforschung“ gehört nämlich, dass Unterschichtsangehörige, Frauen und ältere Menschen tendenziell mehr Angst vor Kriminalität haben als Oberschichtsangehörige, Männer und junge Menschen. Hält man sich das Sozialprofil der deutschen Bewohner in Marxloh und Bruckhausen vor Augen (vgl. Strohmeier 2002: 41ff., 100), wo vergleichsweise viele ältere Menschen und einkommensschwache Haushalte wohnen, scheinen die hohen Furchtwerte nachvollziehbar. Dieser Hinweis macht auch deutlich, warum bei den wohlhabenden Bürgern in Rahm die hohe Betroffenheit durch Wohnungseinbrüche nicht von Kriminalitätsfurcht begleitet wird.

Unabhängig davon, ob die obigen Einschätzungen weitere Teile der Bevölkerung, dass Ausländer krimineller seien als Inländer, nun berechtigt ist oder nicht, könnte darin zumindest eine Erklärung für die hohe Kriminalitätsfurcht in Stadtvierteln mit einem hohen Ausländeranteil liegen. Einheimische Stadtteilbewohner fühlen sich durch die Anwesenheit und Sichtbarkeit von Ausländern unsicherer. Allerdings müssen noch weitere Faktoren hinzutreten, da die Relation zwischen Ausländeranteil und Kriminalitätsfurcht keineswegs stabil, geschweige denn linear ist. Wahrscheinlich gibt es bestimmte Schwellenwerte, die je nach sozialem Kontext unterschiedlich hoch ausfallen und somit schwer quantifizierbar sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Zusammenhang Kriminalitätsfurcht und Ausländeranteil eher statistischer Natur ist und durch andere intervenierenden Variablen, von denen hier einige kursorisch genannt worden sind, erklärt werden kann.

6 Ethnisch-kulturelle Konflikte und Segregation

Ethnisch-kulturelle Konflikte werden häufig in einem Atemzug mit Segregation genannt. Ursachen und Folgen von Segregation beschäftigen die Kommunalpolitik, die Stadtplanung, die Stadtsoziologie und -geographie gleichermaßen. Von den einen wird sie als Zeichen des Rückzugs und der Integrationsverweigerung der Ausländer, von den anderen wird sie als natürliches Bedürfnis der Zuwanderer, von wieder anderen als exotische Touristenattraktion gesehen (z.B. die „China-Towns“ in nordamerikanischen Großstädten). Segregationsprozesse finden entlang unterschiedlicher Differenzierungen statt. Sie können sich gegenseitig verstärken, aufheben oder überlagern. Wie räumliche Mobilität und demographischer Wandel zusammenwirken, welche Einflussfaktoren bei Segregation zu berücksichtigen sind, welche Argumente für und gegen Segregation sprechen und wie weit die Segregation in deutschen Städten schon vorangeschritten ist, ist Thema dieses Kapitels.

6.1 Räumliche Mobilität und demographischer Wandel

Die Stadt ist kein statisches Gebilde. Sie ist ständig in Bewegung. Das gilt auch und insbesondere für ihre Bevölkerung. Menschen sterben, Menschen werden geboren. Menschen ziehen fort, in einen anderen Stadtteil, in eine andere Stadt, in ein anderes Land, Menschen ziehen zu. Menschen füllen eine Stadt mit Leben, gestalten und verändern sie, geben ihr ein neues Gesicht, eine neue Identität. Die Wanderungsmotive und die Häufigkeit des Umzugs hängen eng mit dem Lebenszyklus der Individuen zusammen – z.B. Ausbildungsbeginn, Arbeitsplatzwechsel, ein neuer Partner, Familiengründung oder Eigentumserwerb. Die Wahl eines Wohnstandortes und die Wohnzufriedenheit sind aber auch von externen Faktoren abhängig – z.B. Infrastruktur und Kultur, Arbeitsplatz- und Freizeitangebot, Umwelt- und Kriminalitätsbelastung.

Die Situation im Ruhrgebiet ist durch z.T. dramatische Entvölkerungstendenzen gekennzeichnet.²⁹ Es sind überwiegend junge Ehepaare, die den Kernstädten des Ruhrgebiets den Rücken kehren. Hauptmerkmal dieser abwandernden Haushalte ist ihr hohes Einkommen.³⁰ Die Tatsache, ob sie Kinder haben oder ob sie ein „Haus im Grünen“ bauen wollen, ist mittlerweile von nachrangiger Bedeutung bei Wanderungsentscheidungen; beispielsweise ziehen auch immer mehr kinderlose Ehepaare in Mietwohnungen außerhalb der Kernstädte (vgl. Blotevogel/Jeschke 2003: 147f.). In jedem Fall ver-

²⁹ Allerdings sind innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte des Kern-Ruhrgebiets deutliche Differenzierungen erkennbar: Während Essen, Duisburg und Bochum durch die Stadt-Umland-Wanderungen große Abwanderungsüberschüsse gegenüber dem restlichen Nordrhein-Westfalen und dem restlichen Bundesgebiet aufweisen, profitieren Bottrop, Mülheim, Oberhausen und Herne von den Abwanderungen aus den benachbarten Großstädten (Blotevogel/Jeschke 2003: 150).

³⁰ Die Wanderungsbilanzen erwerbstätiger Personen sind in Duisburg (und im noch stärkeren Ausmaß in Essen und Dortmund) negativ, während Düsseldorf und Köln auf positive Wanderungsbilanzen zurückblicken können (Blotevogel/Jeschke 2001: 27).

lieren die Großstädte qualifizierte Arbeitskräfte und zahlungskräftige Konsumenten, so dass ihre Steuereinnahmen³¹ sinken und sich die demographische Entwicklung zuspitzt (vgl. von Loeffelholz/Rappen 2002).

Zwar bleiben einige der abwandernden Erwerbspersonen der Stadt als Arbeitnehmer und Konsumenten (von Gütern des episodischen und spezialisierten Bedarfs) erhalten (vgl. Blotevogel/Jeschke 2001: 49, 2003: 142f.). Das bedeutet aber auch zusätzliche finanzielle und umweltbedingte Belastungen für die Städte, die ihre Verkehrsinfrastruktur entsprechend ausbauen müssen. Die zentrifugalen Abwanderungsbewegungen der Bevölkerung erschweren es dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), auf die dispersen Standort-Verästelungen angemessen und zeitnah zu reagieren. Der Trassenbau neuer Schienenwege beispielsweise ist ein teures und langwieriges Unterfangen. Die Bündelungs- und Auffangmöglichkeiten der Transportströme reduzieren sich immer mehr, so dass Suburbanisierung und Umlandwanderungen letztlich zu einer stärkeren Immissionsbelastung in den Städten führen, insbesondere entlang der Hauptverkehrsstraßen; es entstehen außerdem Zusatzkosten, um Straßen auszubauen, in Stand zu halten und zu sanieren (vgl. Danielczyk et al. 2002: 21f.; Strohmeier 1991: 203). Die Städte befinden sich in der Zwickmühle, „aus den Steuereinnahmen einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung die immer anspruchsvoller werdende Infrastruktur für eine weit größere Bevölkerung finanzieren zu müssen“ (Häußermann/Oswald 1997: 16). Daneben schwellen durch die soziale Selektivität der Abwanderungen die Sozialkosten für die Städte weiter an.³²

Die Abwanderungen sind auch dahingehend selektiv, dass die mobilen Bevölkerungsgruppen insbesondere diejenigen Stadtteile verlassen, die die größten Strukturprobleme und Konfliktpotenziale aufweisen. Diese Viertel erhalten nun endgültig das Stigma eines Stadtteils mit einem niedrigen sozialen Rang, der sich durch einen weiter ansteigenden Ausländeranteil sowie eine alternde und sozial marginalisierte deutsche Bevölkerung auszeichnet (vgl. Strohmeier 2002: 41ff.). Häußermann/Kaplan (2000: 232) machen auf einen weiteren Punkt aufmerksam: „Wenn Familien abwandern, gehen konflikt-moderierende Potentiale verloren.“ Und damit erhöht sich der durch Alterung und Singularisierung verursachte höhere Anteil von Einpersonenhaushalten in den Großstädten weiter. Die Familie wird „entinstitutionalisiert“ und „entnormalisiert“; sie wird zu einer Lebensform neben vielen anderen, die in Zukunft nur noch für Mittelschichten im Umland von Kernstädten und für Ausländer und Armen in Großstädten charakteristisch sein könnte (vgl. Strohmeier 1991).

³¹ Neben den Verwaltungs- und Benutzergebühren, örtlichen Verbrauchs- und Aufwandsteuern (Bagatellsteuern wie Hundesteuer) und den Gemeinden allein zustehenden Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) werden die Gemeinden am Aufkommen der Umsatz- und zu einem größeren Teil an der Lohn- und Einkommenssteuer über einen bestimmten Zuweisungsschlüssel beteiligt (Überblick bei Heinz 2000: 178ff.).

³² Da umgekehrt in ländlichen Gebieten eine über die Notversorgung hinausgehende Betreuung von sozialen Randgruppen (Drogenabhängige, Obdachlose etc.) eher selten ist, zieht es soziale Randgruppen in die nächste Großstadt mit ihren besseren Möglichkeiten, breit gefächerte Beratungs- und Betreuungsangebote wahrzunehmen und den Kontakt zur „Szene“ aufzunehmen und zu intensivieren. Es werden Sogeffekte ausgelöst, die die Wirksamkeit des städtischen Angebots torpedieren und entweder zu einer Überlastung des bestehenden Angebots oder zu einem weiteren Ausbau und somit zu einer „Kostenspirale“ führen (vgl. Wolf 1999: 14).

Die Umlandwanderungen sind allerdings nur ein Teil der städtischen Mobilitätsströme. Eine andere, nicht minder sozial-selektive Wanderungsbewegung vollzieht sich innerhalb der Stadt unter dem Etikett „Gentrification“ (hierzu ausführlich Beiträge in Blasius/Dangschat 1996; Beiträge in Friedrichs/Kecskes 1996; Häußermann/Siebel 1987; Krätke 1995: 176ff.). Darunter versteht man eine Aufwertung meist innenstadtnaher Stadtquartiere. Die Hauptkennzeichen von „Gentrification“ sind die Erneuerung des Wohnungsbestandes und der Zuzug von Mitgliedern höherer Einkommensschichten, v.a. von sogenannten „Dinks“ (Double Income No Kids) und „Yuppies“ (Young Urban Professionals). Diese „neuen Urbaniten“ haben hohe Bildungsqualifikationen und hohe Konsum- und Wohnansprüche, die sie zentrumsnah und nicht etwa im Umland befriedigen möchten. Ihr Lebensentwurf und -stil richtet sich (noch) nicht an der bürgerlichen Familie aus, sondern ist freizeit- und konsum-, aber auch karrierebetont. Es entstehen durch Sanierung und Umbau neue Wohnungen, die sich durch ihren komfortablen und modernen Zuschnitt auszeichnen. Es entstehen Einzelhandelsgeschäfte und Boutiquen, Kneipen und Restaurants, die sich mit den Attributen „Szene“ und „Noblesse“ schmücken. Es entstehen „edle Nischen“ und „gute Adressen“.

Diese Wanderungsbewegungen in Kombination mit einem sehr hohen Anteil an Mietwohnungen – ein Charakteristikum für benachteiligte Stadtteile – erzeugen zwangsläufig eine hohe Mieterfluktuation. Viele Zuziehende bleiben nur für kurze Zeit und haben wenig Ambitionen, soziale Bindungen im Stadtteil einzugehen, wie die Untersuchungen in Duisburg-Marxloh und Dortmund-Nordstadt gezeigt haben (Bell 2003: 109; Rommelspacher et al. 1998: 29ff.). Weil Neubürger wie Alteingesessene immer weniger Interesse daran haben, Kontakte im Stadtteil zu knüpfen, tritt an die Stelle von funktionierenden Nachbarschaften und Stadtteilbekanntschaften zusehends Isolation, Verunsicherung und Anonymität. Unerwünschte Nachbarschaften erweitern sich zu überforderten Nachbarschaften. Das Engagement der Bürger (z.B. in Bürgerinitiativen, Kirchen, Arbeitsvereinen oder an von den Kommunen initiierten Stadtteilprojekten) sowie die Wahlbeteiligung nimmt in solchen Stadtteilen mit steigender Mobilitätsrate³³ ab (Hüttermann 2000: 279ff.; Staubach 1995: 223; vgl. auch Häußermann/Kaplan 2000: 270f.; Rommelspacher et al. 1998; Santel 2002; Strohmeier 2002).

Die neu geschaffenen Infrastrukturangebote in Marxloh, die zur Stabilisierung der Situation beitragen sollen (vgl. hierzu Zimmer 1995), weisen einen äußerst geringen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung auf (vgl. Bell 2003: 93). Das erklärt auch die geringe Beteiligung seitens der Bürger an solchen Projekten. Bei der Kommunalwahl 1989 in Duisburg reichte die Spanne der Wahlbeteiligung in den Wahlbezirken von knapp 65% in Großenbaum, Wedau, Huckingen, Duissern und Buchholz bis knapp 50% in Marxloh-West, Hochfeld, Bruckhausen, Obermeiderich-Nord und Neumühl; bei der Landtagswahl 2000 lag die Wahlbeteiligung in Marxloh sogar nur noch bei knapp 37% (vgl. Stadt Duisburg 1989, 2000). Diese Zahlen verdeutlichen, wie schnell aus aktiven Stadtteilbewohnern passive Gestaltungspessimisten werden können.

Je stärker die Fluktuation ist, desto niedriger ist auch die informelle soziale Kontrolle (Friedrichs 1997: 499). Durch das mangelnde Zuständigkeitsgefühl für den öffentlichen

³³ Die Mobilitätsrate eines Stadtteils erhält man, wenn man die Zahl der Fortzüge mit der Zahl der Zuzüge multipliziert und dann durch den Bestand dividiert.

und halböffentlichen Raum und die damit verbundene abnehmende informelle soziale Kontrolle werden Desorganisationserscheinungen (Müll, Vandalismus, Graffiti etc.) begünstigt, was wiederum das Unsicherheitsgefühl und die Kriminalitätsfurcht verstärkt (siehe Kapitel 5.2). Diese nun für jedermann täglich sichtbaren Verfallserscheinungen im unmittelbaren Wohnumfeld wirken als zusätzliche Push-Faktoren auf die noch verbliebenen, aber umzugswillige Haushalte, die sich eine Wohnung in einem anderen Stadtteil leisten können.

Ethnisch-kulturelle Konflikte tragen dazu bei, die Wohnzufriedenheit der Stadtteilbewohner zu verringern.³⁴ Das kommt in den Zahlen vor und nach der Muezzin-Debatte Anfang 1997 in Marxloh zum Ausdruck (Rommelspacher et al. 1998: 13).³⁵ Hier zeigte sich, dass die Stimmungslagen bezüglich der Wohnzufriedenheit in ethnisch gemischten Wohngebieten sehr labil sind und schnell umkippen können. Als Indizien für einen Zusammenhang zwischen steigenden ethnisch-kulturellen Konflikten und sinkender Wohnzufriedenheit können die Zahlen herangezogen werden, die das Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten der Stadt Duisburg (2003: 12) im Rahmen seiner regelmäßig durchgeführten Bürgerbefragung ermittelt hat. Danach liegt die Wohnzufriedenheit und die Zufriedenheit mit den Umweltbedingungen im Stadtbezirk Hamborn, wo viele Ausländer wohnen, bei der deutschen wie ausländischen Bevölkerung am unteren Ende der Skala, während der Stadtbezirk Süd die größte Wohnzufriedenheit auf sich vereinigen kann. Wie schon bei der Erfassung des Ausmaßes der Kriminalitätsfurcht ist auch bei der Erfassung der Wohnzufriedenheit anzumerken, dass man das komplexe Ursachenbündel nur schwer entwirren, die einzelnen Anteile nicht eindeutig ermitteln und kausale oder statistische Zusammenhänge nur schwer voneinander unterscheiden kann.

Wanderungsmotive und Wohnzufriedenheit sind im hohen Maße von subjektiven Einschätzungen abhängig. Die Wohnung ist emotional stark aufgeladen. Sie ist Lebensmittelpunkt und gilt als Statussymbol (vgl. Häußermann/Siebel 1998: 737), so dass sich daran Rangordnungskonflikte entzünden können. Mehr als die Hälfte der in der Untersuchung von Blotevogel/Jeschke (2001: 65ff.) befragten Personen, die 1998 und 1999 Duisburg in Richtung Umland verlassen hatten, gaben an, dass die „Verbesserung des sozialen Umfeldes“ eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für einen Wohnortwechsel gespielt habe. Es fällt auf, dass diese Gruppe der Befragten zusätzlich das Umzugsmotiv „Bedrohung durch Kriminalität am alten Wohnort“ häufiger nannte (28% gegenüber 17% bei allen Befragten insgesamt) und am häufigsten aus dem Bezirk

³⁴ Die Wohnzufriedenheit ist bei türkischen Migrant*innen dem Anschein nach allerdings generell auf einem höheren Niveau anzusiedeln. In Nordrhein-Westfalen sind weniger als 10% der Türken mit ihren Wohnverhältnissen unzufrieden (Zentrum für Türkeistudien 2000: 8). Auch ältere Menschen sind in der Regel zufriedener mit ihrer Wohnsituation (vgl. Stadt Duisburg 2003: 10), wobei das häufig lediglich die Folge einer bewussten oder unbewussten Anpassung an gegebene Lebensumstände ist. Dieser „Gewöhnungseffekt“ tritt ein, wenn Menschen die Erfahrung gemacht haben, dass sie ihre Lebensumstände kaum noch grundlegend verändern können. Bei der Messung von Wohnzufriedenheit ist also immer auch das unterschiedliche Anspruchsniveau zu berücksichtigen. Diese höhere Wohnzufriedenheit bei älteren Menschen könnte der Grund dafür sein, dass sie sensibler auf jugendliche Störungen im Wohnumfeld reagieren und in Stadtteilen mit hohem ausländischen Jugendquotienten eher zu einer Ethnisierung dieses Generationskonfliktes neigen (siehe Kapitel 3).

³⁵ Eine ähnliche Situation ist aktuell durch den geplanten Neubau einer Begegnungsstätte und Moschee in Marxloh gegeben (vgl. DITIB 2003).

Hamborn wegzogen. Für ein Viertel dieser Personen war auch der „hohe Ausländeranteil“ ein Grund für den Umzug (Blotevogel/Jeschke 2001: 62). Hier manifestiert sich, wie in der Beurteilung der Wohnsituation einzelne Argumente und Umstände unbewusst und unreflektiert miteinander vermennt und damit subjektiv aufgewertet werden.

6.2 Degradations- und Segregationsprozesse

Die selektiven Abwanderungsprozesse von einkommensstarken Haushalten können der Auftakt für Segregationsprozesse sein, die das sozialräumliche Gefüge der Stadt nachhaltig verändern (vgl. Häußermann 2000: 16). „Denn die Kombination aus selektiven Fort- und Zuzügen und einer Verarmung der ortsansässigen Bevölkerung führt zu einer weiteren Verdichtung von Haushalten in Problemlagen“ (Bell 2003: 109). Eine Untersuchung der beiden Großstädte Bielefeld und Bremen (Farwick 2001: 67ff.) hat gezeigt, dass in Gebieten, die schon in den 70er Jahren eine vergleichsweise hohe Sozialhilfedichte aufwiesen, die Konzentration von Armut stetig zugenommen hat. Häußermann/Kapghan (2000: 221) beschreiben diesen Prozess so: „Aus einem Arbeiterquartier wird dann ein Arbeitslosenquartier [...]. Soziale Ungleichheit setzt sich – wenn es keine sozialstaatliche Intervention gibt – in sozialräumliche Segregation um.“

In diesen benachteiligten Quartieren – meistens handelt es sich um traditionelle Arbeitergebiete in unattraktiver Lage oder um randstädtische Großwohnsiedlungen der 60er und 70er Jahre – dreht sich die Spirale der sozialen Auslese immer schneller. An dessen Ende steht eine residentielle Segregation der immobilen und benachteiligten „A-Gruppen“ (Arme, Alte, Ausländer, Alleinerziehende). Die zunehmende Selektivität der Außen- und Binnenwanderungsprozesse heizt diese „Abwärtsspirale“ weiter an (vgl. Roggethin 2001: 81). Der zirkulär-kumulative Degradationsprozess („filtering down“) entwickelt schnell eine unkalkulierbare Eigendynamik, so dass schon im Anfangsstadium eine Gegensteuerung nur noch schwer möglich ist (vgl. Krätke 1995: 182ff.).

Segregation wird in den Sozial- und Raumwissenschaften häufig als residentielle Segregation definiert, d.h. eine räumliche Konzentration sozialer Gruppen mit gleichen oder ähnlichen soziodemographischen, sozioökonomischen oder eben ethnischen Merkmalen, die durch die ungleiche Verteilung ihrer Wohnstandorte im städtischen Raum entsteht (vgl. Dangschat 1998: 29ff.). Segregation ist ein universelles Phänomen, das schon solange existiert, wie es Städte gibt. Sie entsteht „in einem sehr komplexen Geflecht verschiedener Einflussfaktoren, zu denen z.B. Wohnungspreise, Siedlungsstruktur, Verkehrsinfrastruktur und Arbeitsmarkt auf der quasi-objektiven Ebene sowie sozioökonomischer, soziodemographischer, soziokultureller und ethnischer Differenzierung auf der Individualebene zählen“ (Frevel 2002: 85). Allerdings ist Segregation an sich noch nicht das Problem, sondern erst die Art und Weise seines Zustandekommens.

Dem Begriff Segregation haftet ein ausgesprochen negatives Image an. „Ist die Existenz türkischer Diskotheken, türkischer Fußballvereine, türkischer Wohnviertel oder Lebensmittelgeschäfte ein Zeichen misslungener Integration? Wo hört das legitime Bestreben, im Verbund mit den Landsleuten zu sein, auf und wandelt sich in eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts?“, fragt Sen (2002: 61) und deutet damit an, wie schmal der Grat ist, auf dem sich Segregation und Integration bewegen. Das Verhältnis

dieser beiden Begriffe zueinander kann – je nach dem, in welchem sozialen Kontext sie eingebettet sind – als Gegensatz- oder Geschwisterpaar bezeichnet werden.

Neben den sozialräumlichen Ursachen von Segregation spielt also die Problemdefinition und -zuschreibung eine entscheidende Rolle. Schließlich geben Elite- oder Künstlerviertel keinen Anlass zur sozialpolitischen Diskussion. Im Gegenteil: Die raumplanerische Diskussion hebt häufig auf die Schaffung solcher Viertel zum Imagegewinn der Stadt ab. Häußermann/Siebel (2001: 52f.) merken dazu an: „Räumliche Konzentration wird nur dann als Problem betrachtet, wenn es sich um die Absonderung von Gruppen handelt, deren Andersartigkeit von der Mehrheit als bedrohlich definiert wird. [...] Warum erklärt man dieses Interesse [mit ‚seinesgleichen‘ benachbart zu sein – Anm. d. Verf.] gerade bei Angehörigen der Unterschicht oder den Zuwanderern für illegitim und störend, die doch besonders auf informelle soziale Netze angewiesen sind?“

Auch die Belegungspraxis mancher Wohnungsbaugesellschaften hat einen starken Einfluss auf die Genese und Forcierung von Segregationsprozessen (Hanhörster 1999; Hanhörster/Mölder 2000). Private Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften sind auf der einen Seite häufig nicht genügend dafür sensibilisiert, dass eine einseitige Belegung mit problematischen Mietparteien (z.B. Sozialhilfeempfänger) einen das gesamte Wohngebiet destabilisierenden Kreislauf in Gang setzt, der meistens irreversibel ist. Um die Leerstände, die aus dem Wegzug von einkommensstarken Haushalten resultieren, zu verringern und die laufenden Kosten zu decken, verzichten die großen Wohnungsgesellschaften zugunsten der Wirtschaftlichkeit auf eine sozialverträgliche, d.h. vor allem sozioökonomische und ethnische Belegungssteuerung. Diese Praxis zeigt sich besonders in jenen Stadtteilen, in denen starke Abwanderungsprozesse ablaufen – und das sind meistens jene Stadtteile, in denen sich bereits ein gewisses Konfliktpotential aufgebaut hat (Blotevogel/Jeschke 2001; Strohmeier 2002). Befristete Mietverträge, eine Überbelegung in Kleinwohnungen und eine überdurchschnittliche Mieterfluktuation sind die Folgen.

Die „Abwärtsspirale“ dreht sich immer weiter, so dass sich zunächst kleinräumige soziale Brennpunkte entwickeln, die aber auf den gesamten Stadtteil übergreifen und damit die sozialräumliche Polarisierung vorantreiben. Eine Restabilisierung ist kaum noch und wenn, dann nur unter großen sozialpolitischen und finanziellen Kraftanstrengungen möglich. Die Vermieter als „urban manager“ des Wohnungsmarktes lenken die „A-Gruppen“ zusehends in benachteiligte Gebiete, indem manche von ihnen z.B. feste „Ausländerquoten“ einführen oder ihre Wohnungen grundsätzlich nicht an Ausländer vermieten (vgl. hierzu Häußermann/Siebel 2001: 25ff.).

6.3 Segregation – Motor oder Bremse für Integration?

Segregation hat sowohl positive als auch negative Seiten (vgl. Esser 1986; Frevel 2002: 85f.; Häußermann/Siebel 2001: 43ff.). Es muss bei der Analyse von Segregation zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation unterschieden werden (vgl. Häußermann 2000: 18). Allerdings sind beide Prozesse häufig nicht trennscharf voneinander abgrenzbar (Hanhörster 1999: 99).

Der oft als selbstverständlich vorausgesetzte Zusammenhang zwischen räumlicher Segregation und gesellschaftlicher Isolation ist dabei keineswegs zwingend und zwangsläufig (vgl. Keim 1997: 273ff.). Segregation kann auch positive Effekte haben. „Die räumliche Nähe zu Personen des gleichen Kulturkreises eröffnete vielen Familien die Chance, ethnisch-kulturelle Netzwerke aufzubauen, die insbesondere in der Phase des Einlebens und Etablierens in der deutschen Gesellschaft von hoher Bedeutung waren“ (Hanhörster 1999: 101). Vor dem Hintergrund, dass sich Einwanderung in Deutschland mittlerweile zunehmend als „Kettenwanderung“ in Form von Familiennachzug oder „Heiratsmigration“ darstellt, erscheint dieser Einwand einleuchtend. Häußermann (1998: 149) bezeichnet ethnische Kolonien als „Orte der Eingewöhnung und des Übergangs“. Siebel (1998: 59) sieht in freiwilliger Segregation sogar die Voraussetzung für soziale Integration, die es erlaubt, Konflikte zumindest durch räumliche Distanz zu mildern. Freiwillige Wohnsegregation stellt „als eine Art Spannungsventil den Kompromiss des real existierenden Miteinanders der ‚Andersartigen‘ im segregierten Nebeneinander“ her, schließt sich Holzner (2000: 132) an. Auch die Interessenartikulation ethnischer Minderheiten dürfte in solchen Kolonien besser organisierbar sein. Kurz: Integration durch Separation.

Zudem fühlen sich – so Holzner (2000: 132) – Stadtteilbewohner in Wohngebieten, „wo man sich unter Seinesgleichen zu Hause weiß“, vor „Anderen, Andersartigen und Andersgesinnten“ sicherer (siehe Abbildung 15). Die durch ethnische Konzentration gefestigten Netzwerke sind zugleich „vitale Elemente der Sozialkontrolle“ (Karstedt 2000: 37), die die objektive und subjektive Kriminalitätsbelastung eines Stadtteils stabil halten können. Auch Hermann/Dölling (2001: 63ff.) fanden in ihrer Untersuchung heraus, dass die Kriminalitätsfurcht in Stadtteilen, in denen Menschen unterschiedlicher Milieuzugehörigkeit wohnen, höher ist als in Stadtteilen mit vergleichsweise homogener Bevölkerung, wobei Milieuzugehörigkeit und ethnische Zugehörigkeit häufig zusammenfallen. Die desintegrierenden Folgen von Kriminalitätsfurcht (siehe Kapitel 5.2) können durch freiwillige Segregation ebenfalls abgemildert werden.

Durch Segregation verringert sich zudem die Menge von ethnisch-kulturellen Konfliktgelegenheiten. Im Fall des stadtplanerischen Gegenentwurfs einer „perfekten Diffusion“ mit einer vorgeschriebenen „Ausländerquote“ pro Stadtteil³⁶ würden sich wahrscheinlich viel mehr Nachbarschaftsstreitigkeiten zwischen Deutschen und Ausländern ergeben, weil einfach mehr Gelegenheiten vorhanden sind. Die differierenden Lebensweisen und -kulturen finden ihre Reibungspunkte häufig in der Ausgestaltung alltäg-

³⁶ In der deutschen Migrationssoziologie steht man solchen Desegregationsversuchen kritisch gegenüber (vgl. Bell 2003: 54). Allerdings sind derartige „ethnisch ausgewogenen“ Bevölkerungsstrukturen angesichts der ökonomischen und gesellschaftlichen Gegenkräfte mit planerischen Mitteln allein ohnehin kaum herstellbar.

licher Verrichtungen. Die Gefahr der Ethnisierung dieser Konflikte bliebe bestehen. Es sei denn, dass die Diffusion von Assimilation begleitet würde. Aber dieser Zusammenhang dürfte erstens genauso wenig zwingend sein wie bei Segregation und Desintegration und würde zweitens kaum eine kulturelle Vielfalt mit ihren belebenden Impulsen für die Gesellschaft hervorbringen. Die „politisch korrekte“ Forderung nach „ethnischer Mischung“ übersieht, dass es gerade der Zwangscharakter ist, der bei Segregation wie Desegregation die angesprochenen negativen Effekte nach sich zieht.

Die vitalisierenden Impulse von Segregation werden aber dann abgeschwächt, wenn sich Ausländer in ihre jeweilige ethnische Enklave zurückziehen und damit kein wechselseitiger Austausch zwischen den Ethnien stattfinden kann. Es finden keine Überschneidungen und Überlappungen sozialer Kreise und Netzwerke statt, was ja Urbanität erst konstituiert und Normen stabilisiert (Karstedt 2000: 38). So entstehen vor allem in Berlin und den Großstädten des Rhein-Ruhr-Gebietes „ethno-religiöse Subnationen“, in denen z.B. die Türken sich in die eigene ethnische, kulturelle und religiöse Nische zurückziehen und nur noch türkische Fernsehsender einschalten, türkische Zeitungen lesen, in türkischen Geschäften einkaufen und den Ehepartner unter ihresgleichen suchen.

Die räumliche und soziale Nähe zu den eigenen Landsleuten birgt also nicht nur Integrationspotenziale, sondern auch die Gefahr der Abschottung, wenn nämlich aus ethnischen Netzwerken informelle ethnische „Nischenökonomien“ und „Schattenökonomien“ mit ihren negativen, weil isolierenden Begleiteffekten bis hin zur organisierten Kriminalität hervorgehen (vgl. Albrecht 2001: 208; Karstedt 2000: 38). Treffen diese Entwicklungen räumlich aufeinander, trägt Segregation dazu bei, dass sich die Benachteiligungen insbesondere kleiner Minderheiten zementieren. Es bilden sich gleichzeitig „Parallelgesellschaften“ größerer Migrantengruppen heraus, die letztlich als „Mobilitätsfallen“ wirken (Heitmeyer 1998: 464; vgl. auch Esser 1986; Sen 2002). „Aus dem Strudel multipler und kumulativer Benachteiligung, der mit dem unfreiwilligen Wohnen in solchen Quartieren verbunden ist, gibt es nach einer gewissen Zeit kein Entrinnen mehr“ (Häußermann/Kaplan 2000: 233). In Marxloh zeichnen sich solche „parallelgesellschaftlichen“ Tendenzen bereits ab (vgl. Hüttermann 2000).

6.4 Ghettoisierung – auch in Deutschland?

Ghettoisierte Wohngebiete wie in französischen Vorstädten (vgl. Loch 1998) oder in US-amerikanischen Innenstadtvierteln (vgl. Marcuse 1998) gibt es in Deutschland derzeit – medialer und parteipolitischer Unkenrufe zum Trotz – noch nicht, so der einhellige Tenor der deutschen Stadtsoziologie (z.B. Bentler 2001: 34; Grabowski et al. 2002: 149; Häußermann/Siebel 2001: 41f.). Auch tritt in deutschen Städten in erster Linie die sozioökonomisch determinierte Statusdifferenzierung und erst danach die Ethnie als Segregationsfaktor auf (Frevel 2002: 85). Die Ethnie als dominanter Segregationsfaktor wird aber als eine notwendige Voraussetzung qualifiziert, wenn man ein Stadtviertel als Ghetto definiert. Allerdings macht gerade die kaum entwirrbare Verflechtung von sozioökonomischer Ungleichheit und ethnischer Differenzierung eine Bewertung der Segregation von Ausländern schwierig. Zudem gibt es hierzulande nur wenige auf einzelne Städte beschränkte Fallstudien, die empirisches Material für die Zu- oder Abnahme von Segregation liefern. Die oft verwendeten Segregationsindizes bilden die Realität nur unvollständig, wenn nicht falsch ab, indem sie z.B. die Polarisierung bei der ausländischen Bevölkerung zwischen dem sich etablierenden und integrierenden Mittelstand und dem marginalisierten Milieu verdecken (vgl. Häußermann/Siebel 2001: 30ff.).

Zwei Drittel der in Nordrhein-Westfalen lebenden Türken beispielsweise wohnt in Vierteln mit überwiegend deutscher Bevölkerung, nur jede fünfte Familie lebt in ethnisch geprägten Gebieten (Zentrum für Türkeistudien 2000: 6, 2002: 15). Und selbst im Ballungsraum Ruhrgebiet weisen die meisten Stadtteile einen geringen und nur wenige einen exorbitant hohen Ausländeranteil auf. Dazu gehört neben Marxloh und Bruckhausen z.B. auch die Dortmunder Nordstadt, wo nicht nur prozentual, sondern auch in absoluten Zahlen vergleichsweise viele Ausländer wohnen. In der Nordstadt leben insgesamt rund 54.000 Menschen (in Marxloh sind es 19.000, in Bruckhausen 6.500); der Ausländeranteil liegt hier bei 42%, der Anteil türkischer Bewohner bei 17% (vgl. zur Nordstadt May 2002; Staubach 1995: 41ff.; ausführlich Bell 2003).

Im Kontrast zum Befund der bundesweiten Untersuchung von Friedrichs (1998) unterhalten türkische Migranten in Nordrhein-Westfalen mehrheitlich persönliche Kontakte zu Deutschen (Zentrum für Türkeistudien 2000: 6). Bei in Hamburg lebenden Türken ist dagegen eine im Vergleich zu anderen Ausländergruppen starke Separationsorientierung zu beobachten (Grabowski et al. 2002: 155ff.). Ungeachtet des wichtigen Hinweises von Häußermann/Siebel (2001: 38), dass „Streuungs“- und „Konzentrations“-Effekte hinsichtlich der Wohnstandorte von Ausländern gleichzeitig und nebeneinander auftreten können, scheinen sich innerhalb der Bundesrepublik regionale Unterschiede bezüglich der Ausländerintegration anzudeuten. Das hebt den Stellenwert lokaler Gegebenheiten für das interethnische Zusammenleben hervor.

Aber auf Block- und Hausebene ist auch in Deutschlands Städten schon eine starke Verdichtung ethnischer Minderheiten anzutreffen (vgl. Hanhörster 1999: 98). In den Stadtteilen mit hohen Ausländeranteilen konzentrieren sich die Ausländer noch mal auf bestimmte Wohnblöcke, wo dann nahezu 100% Ausländer leben. In Marxloh ist es z.B. das Wohngebiet westlich der mitten durch den Stadtteil verlaufenden Bundesautobahn A59, das überwiegend von Nichtdeutschen bewohnt wird und mit großen städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Problemen belastet ist; demgegenüber weist der

östliche Teil des Stadtteils einen mittleren bis gehobenen Wohnstandard auf und wird überwiegend von Deutschen bewohnt (vgl. Bell 2003: 66; Hanhörster 1999: 102; Rommelspacher 1998: 12).

Hinzu kommt, dass ethnische Segregation auf Stadtteilebene mit einer neuen sozialen Homogenität überzogen wird (Hanhörster 1999: 107), was eine soziale Polarisierung der Gesamtstadt zur Folge hat. Auch Heitmeyer et al. (1998: 9) konstatieren, dass die einzelnen Stadtteile soziodemographisch, sozioökonomisch und soziokulturell zusehends homogener und die Gesamtstadt entsprechend heterogener wird. Dabei folgt die räumliche Verteilung der Benachteiligungen dem Verteilungsmuster der Ethnien (Rommelspacher et al. 1998: 12): „Je höher der Anteil der Nichtdeutschen liegt, um so höher ist auch der Anteil der benachteiligten Deutschen“. Dem schließt sich Strohmeier (2002: 37) an: „Der Ausländeranteil ist heute ein Indikator für die Verbreitung benachteiligter Lebenslagen von ‚Inländern‘ im Stadtteil“. Häußermann/Kapphan (2000), Bultkamp (2001) und Grabowski et al. (2002) kommen in ihren Fallstudien in Berlin, Hannover bzw. Hamburg zu ähnlichen Ergebnissen.

Allerdings handelt es sich hierbei in erster Linie um einen *statistischen* und nicht um einen *kausalen* Zusammenhang (Häußermann/Siebel 2001: 57f.). Der Ausländeranteil ist nur ein Symptom, nicht die Ursache der sozialen Defizite in diesen Stadtteilen (Schulz 2002: 141). Blotevogel/Jeschke (2001: 92) führen dazu aus: „Dieser Indikator [Ausländeranteil – Anm. d. Verf.] korreliert lediglich statistisch häufig mit anderen Merkmalen, die die soziale Position der Haushalte beschreiben, da unter der ausländischen Bevölkerung die Anteile der Personen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung sowie die Anteile der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und der Haushalte mit niedrigem Einkommen überproportional hoch sind.“

7 Zusammenfassung

Großstädte üben auf Immigranten eine große Anziehungskraft aus. Angesichts der sozioökonomischen Umstrukturierungsprobleme nehmen viele Einheimische die Zuwanderung von Ausländern aber zusehends nicht mehr als wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung, sondern als Bedrohung wahr. An die Stelle eines harmonischen Miteinanders oder zumindest akzeptierten Nebeneinanders der verschiedenen Ethnien rückt ein konfliktreiches Gegeneinander.

Ethnisch-kulturelle Konflikte gewinnen in benachteiligten Stadtteilen wie Duisburg-Marxloh an Schärfe und Intensität. Sie weisen sowohl strukturelle als auch kulturelle Dimensionen auf. Um die unterschiedlich gelagerten Konfliktlinien – nämlich Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen, um Statuspositionen und Partizipation und um Wert- und Normgeltung – auf den verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens besser trennen und genauer analysieren zu können, ist eine Unterteilung in Ressourcen-, Rangordnungs- und Regelkonflikte notwendig. Erschwerend bei der Analyse kommt allerdings hinzu, dass die drei Konfliktarten in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen. Bei der Beschreibung und Bewertung von ethnisch-kulturellen Konflikten ist außerdem stets das unterschiedliche Sozialprofil der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung zu berücksichtigen, was z.B. die Altersstrukturen, die Schichtzugehörigkeit und das Bildungsniveau betrifft.

Ein besonderes Spannungsverhältnis hat sich zwischen Deutschen und Türken in Deutschland aufgebaut. Dafür gibt es mehrere Gründe, die in ihrer Summe für diese Spannung verantwortlich sind. Hierzu gehören z.B. die wirtschaftliche und politische Isolation der Türkei gegenüber dem westlichen Europa, insbesondere gegenüber der EU, das Zusammenwirken von objektiv strukturellen und von den Türken subjektiv wahrgenommenen Diskriminierungen, ihre geringen Deutschkenntnisse, der hohe Grad „ethnischer Selbstversorgung“ durch die Größe der in Deutschland lebenden türkischen Community, die auffällige Diskrepanz zwischen ihren hohen Ansprüchen und geringen Realisierungsmöglichkeiten hinsichtlich Bildung, Beruf und Karriere, die nicht minder auffällige Diskrepanz zwischen den Erwartungen der türkischen Familie und der deutschen Mehrheitsgesellschaft, lebensweltliche Mentalitätsunterschiede und unterschiedliche Auffassungen über die Nutzung des öffentlichen Raums. Somit ist es nicht allein der hohe Ausländeranteil, sondern vor allem der hohe Anteil der Türken an den Ausländern und deren Konzentration auf einige wenige Stadtteile, was in Duisburg die Entstehung ethnisch-kultureller Konflikte begünstigt hat.

Ethnisch-kulturelle Konflikte entstehen nicht im „luftleeren Raum“. Ausländerfeindlichkeit, Ausländerkriminalität und Kriminalitätsfurcht sind Beispiele für Kristallisationspunkte, an denen sich ethnisch-kulturelle Konflikte entzünden und weiter aufladen können. Hier werden die Grenzen zwischen Vorurteilen und Tatsachen schnell unscharf. Das haben die Untersuchungen in Duisburg im Rahmen des Forschungsprojekts von Heitmeyer/Anhut (2000) gezeigt. Strukturelle Merkmale werden von askriptiven Merkmalen überlagert, genuin soziale Konflikte werden ethnisiert.

Ausländerfeindlichkeit macht sich vor allem dort breit, wo entweder eine räumliche Verdichtung von Fremdheit oder Unerfahrenheit im Umgang mit Fremdheit anzutreffen ist. Bei der Untersuchung von Ausländerkriminalität sind die höhere Kriminalisierungs-

wahrscheinlichkeit von Ausländern durch die informellen und formellen Instanzen der Sozialkontrolle auf der einen Seite und die differentiellen Sozialstrukturen der ausländischen Bevölkerung und die daraus resultierenden Geschlechter-, Alters-, Regional- und Schichteffekte auf der anderen Seite mit einzubeziehen.

Die in den Duisburger „Problemvierteln“ Marxloh und Bruckhausen stark ausgeprägte Kriminalitätsfurcht insbesondere der deutschen Bevölkerung beruht auf mehreren Faktoren. Hierzu ist die höhere Belastung dieser Stadtteile durch „crime“- „incivilities“- und „disorder“-Erscheinungen zu zählen. Auch ist die informelle soziale Kontrolle und damit die nachbarschaftliche Anteilnahme gegenüber Kriminalität schwach ausgeprägt, was durch die hohe Mieterfluktuation begünstigt wird. Der hohe Ausländeranteil wirkt vor allem auf die deutschen Stadtteilbewohner auch und gerade in Bezug auf Kriminalität beängstigend. Von besonderer Bedeutung ist die soziodemographische Bevölkerungsstruktur mit einem vergleichsweise hohen Anteil von Personen, die – unabhängig vom Wohnort – generell „furchtsamer“ sind und zu denen vor allem ältere und/oder einkommensschwache Personen zu rechnen sind.

Ethnisch-kulturelle Konflikte haben weitreichende Auswirkungen auf das soziale Klima besonders in den Bezirken der Stadt, in denen hohe Anteile von marginalisierten einheimischen Bevölkerungsgruppen auf hohe Ausländeranteile treffen. Das äußert sich z.B. in zunehmender Kriminalitätsangst und abnehmender Wohnzufriedenheit der Stadtteilbewohner. Die teilweise dadurch ausgelösten Wanderungsbewegungen verschärfen die primär sozioökonomisch und sekundär ethnisch determinierten Segregationsprozesse und damit die sozialräumliche Polarisierung der Stadt. Gentrification und Umlandwanderungen machen die Stadtteile homogener und die Gesamtstadt heterogener. Die Stadtgesellschaft fragmentiert und zementiert sich. Die Aufwertung innenstadtnaher Ortsteile wird begleitet durch eine Degradation von Ortsteilen, die von der Stadtentwicklung immer mehr „abgekoppelt“ und immer mehr zum Sammelbecken von Verarmten und Verarmenden werden. Die durch sozial-selektive Wanderungsbewegungen verstärkten Verarmungsprozesse der Bevölkerung zeigen sich besonders drastisch in Bruckhausen (vgl. Tobias/Boettner 1992). Duisburg ist insgesamt massiv von Abwanderungen vor allem erwerbstätiger und einkommensstarker Bevölkerungsgruppen betroffen (Blotevogel/Jeschke 2001), wodurch Segregations- und Polarisierungsprozesse verstärkt werden.

Ethnische Segregation ist eine besondere Ausprägung dieser Entwicklung, die in Deutschland – im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten oder Frankreich – allenfalls kleinräumig stattfindet und (noch) keine Ghettoisierung darstellt. Segregation wird häufig vorschnell als Problem definiert und stigmatisiert. Dabei wird nicht zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation unterschieden, obwohl dieses Merkmal darüber entscheidet, ob Segregation integrationsfördernd oder integrationshemmend wirkt. Freiwillige und auf eine Übergangszeit des Einlebens befristete Segregation stärkt nicht nur kurzfristig die Binnenintegration der Einwanderer und langfristig deren Integration in die Mehrheitsgesellschaft. Sie vermindert auch unfreiwillige Nachbarschaften, migrationsbedingte Kriminalitätsfurcht, ethnisch-kulturelle Konfliktgelegenheiten und gesellschaftliche Isolation. Die Gefahren dysfunktionaler Segregation dürfen jedoch nicht unterschätzt werden: Rückzug der Migranten aus dem öffentlichen Leben, Herausbildung von „ethno-religiösen Subnationen“ und Verfestigung von parallelgesellschaftlichen Strukturen. Für die negativen Seiten von Segregation ist Marxloh ein mahnendes Beispiel; die Konfliktlinien zwischen deutscher und türkischer Bevölkerung

haben sich dort schon sehr verfestigt (vgl. Hüttermann 2000). Das sichtbare Engagement türkischer Geschäftsleute in Marxloh zeigt aber auch die positiven Seiten von Segregation.

Um die Ursachen und Folgen von ethnisch-kulturellen Konflikten wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, muss eine breitere Debatte über die Zielvorstellungen der „multi-kulturellen Einwanderungsgesellschaft“ in Gang kommen. Ihre Chancen und Grenzen müssen stärker und offener diskutiert werden. Schule wie Wissenschaft, Politik wie Verwaltung müssen sich den lange Zeit ignorierten und verdrängten Problemen stellen und neue kooperative Konzepte für deren Bekämpfung entwickeln und in die Praxis umsetzen. Ihnen allen kommt die Aufgabe zu, Rahmendingungen zu schaffen, Anreize zu bieten und Signale zu setzen, um bestehende Integrationsdefizite zu verringern und in Zukunft zu verhindern. Nicht zuletzt müssen sich aber die Bürger, Ausländer wie Einheimische, ihrer demokratischen Pflicht und Verantwortung für den Erhalt und die Gestaltung der Gesellschaft bewusst werden. Sie müssen sich aktiv in den Integrationsprozess einbringen, damit die sich bereits abzeichnenden „demokratiefreien Zonen“ in den Städten wieder zu Orten der Begegnung und des Austausches werden.

8 Problemzentrierte Handlungsempfehlungen

Ethnisch-kulturelle Konflikte formieren sich zunehmend zu einem Problem, das nicht auf einzelne Stadtteile beschränkt ist, sondern nachteilige Konsequenzen für die gesamte Stadtgesellschaft hat und die Kommunalpolitik vor große Herausforderungen stellt. Wie die bisherigen Ausführungen deutlich zu machen versucht haben, müssen schnell Lösungen gefunden werden, um zu verhindern, dass die ethnisch-kulturellen Konflikte sich weiter verschärfen. Vereinzelt werden bereits neue Wege gegangen und neue Integrationskonzepte auf städtischer Ebene implementiert (Beispiele bei Schuleri-Hartje 2002). Doch was muss von kommunaler und staatlicher Seite, aber auch auf gesellschaftlicher Ebene konkret getan werden, um die genannten Probleme in ihrer Gesamtheit erfolgreich zu bewältigen oder zumindest nicht weiter anwachsen zu lassen?

Handlungsfeld Migrationspolitik

Entscheidend für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung der Bundesrepublik wird sein, wie die zukünftige Migrationspolitik gestaltet wird. Politik und Verwaltung tun sich in Deutschland immer noch schwer damit, Integration und Migration als eigenständiges Politikfeld anzusehen und zu bearbeiten. Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland und muss dies schon aus rein pragmatischen – nämlich demographischen und ökonomischen – Gründen auch sein. Doch ein staatsrechtliches und -politisches Bekenntnis dazu steht bis heute aus. Ebenso verharret die Bundesrepublik in einer „Laissez-Faire“-Haltung gegenüber ihren Zuwanderern.

Das ist auch ein Punkt in der Kritik von Luft (2002: 16ff.) an der deutschen Integrations- und Migrationspolitik. Er fordert ein Ende der „Schönfärberei“, einen Kurswechsel vom Integrations*angebot* zur Integrations*pfl*icht, einen Abschied vom Ökonomismus der 60er und 70er Jahre und eine offensive Auseinandersetzung mit der politischen Zielvorstellung der „multikulturellen Gesellschaft“ (vgl. hierzu auch Strasser 1999; Strasser/Köster 1998). Auch Münz (2002: 395) hält eine offene politische Diskussion, „die den Einheimischen den Nutzen von Zuwanderung plausibel macht, die Chancen aufzeigt und die Probleme nicht verschweigt“, für zwingend erforderlich. Und dazu gehört – so Münz weiter – „eine aktive Verständigung darüber, wer hier einwandern soll und wie viele Personen aus demographischen und ökonomischen Gründen ins Land geholt werden sollen.“

Diese Diskussion muss aber nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der EU geführt werden. Denn ernsthafte Argumente gegen ein einheitliches Zuwanderungs- und Einbürgerungsgesetz sowie gegen eine Kooperation und einen „Ausgleichsmechanismus“ in Flüchtling- und Asylfragen innerhalb der EU lassen sich kaum finden. Allerdings prallen solche Anstrengungen nach wie vor an den divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten ab. Deswegen existieren z.B. immer noch unterschiedliche Asylbestimmungen innerhalb der EU.³⁷ Ein weiterer interessanter Aspekt ist das Verhältnis

³⁷ Deutschland ist trotz stetigen Rückgangs mit einer für europäische Verhältnisse vergleichsweise großen Zahl von Asylsuchenden konfrontiert. Im Jahr 2000 waren es knapp 80.000 – bei einer Anerkennungsquote von nur 3% (Statistisches Bundesamt 2002: 49). Die Behörden haben gewaltige Kapazitätsprobleme.

zwischen Einwanderungs- und Entwicklungspolitik, das es neu auszutarieren gilt. Während die Niederlande, Dänemark und Schweden (und Norwegen als Nicht-EU-Mitglied) zwischen 0,8 bis 1,0% des Bruttonettoprodukts (BSP) für Entwicklungshilfe ausgeben, erreicht Deutschland keine 0,3% (die USA übrigens nicht einmal 0,1%) (Europäische Kommission 2000: 35). Gleichzeitig sind diese Länder – besonders Norwegen – verstärkt um internationale Zusammenarbeit in der *Bekämpfung der Ursachen* von Flüchtlingsbewegungen bemüht, während sich Staaten wie Deutschland auf die *Verwaltung der Folgen* von Flüchtlingsbewegungen beschränken; ergänzend zu diesen Bemühungen verfolgen die oben genannten Staaten eine in manchen Teilen restriktivere Einwanderungs- und Asylpolitik (vgl. ICMPD 1994). Eine solche Strategie ist eher dazu geeignet, die bestehenden Probleme in den Herkunftsländern der Migranten und die neuen migrationsbedingten Probleme in den Aufnahmeländern zu entschärfen.

Das Desinteresse an einer ausgewogenen und transparenten Zuwanderungspolitik, die auch Integrationsforderungen und nicht nur Integrationsangebote beinhaltet, scheint aber weniger politisches Versäumnis als vielmehr politisches Kalkül. Mit ihrer stillschweigenden Verweigerung entzieht sich die Politik der Verantwortung für die Integration von Migranten und delegiert die mangelnde Integrationsbereitschaft und –leistung stattdessen an die Bürger. Außerdem werden „Wahlkampfschlager“ wie Ausländerkriminalität und Asylbetrug anscheinend ungern von der Politik aufgegeben – der „Freund Feindbild“ eignet sich besonders gut zum Polarisieren und Popularisieren. Zumindest aber wird bei der bisherigen halbherzigen und janusköpfigen Migrations- und Integrationspolitik offenbar in Kauf genommen, dass sich ein politisches Vakuum auftut und denjenigen Parteien Stimmenanteile verschafft, die mit rechtspopulistischen Programmen dieses Vakuum ausfüllen (vgl. Jaschke 1994: 90ff.).

Handlungsfeld Einbürgerung

Auch die Debatte um Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft scheint am falschen Ende anzusetzen. Nur 25% türkischer Jugendlicher erwarten von der deutschen Staatsangehörigkeit eine Verbesserung ihrer Situation, was die überzogenen Erwartungen, wenn nicht Fehleinschätzungen innerhalb einer solchen Integrationspolitik verdeutlicht (Heitmeyer et al. 1997: 110). Ungefähr die Hälfte der türkischen Migranten hegt auch gar keine Absicht, sich einbürgern zu lassen und ihre türkische Staatsangehörigkeit zu verlieren (Zentrum für Türkeistudien 2000: 13; vgl. zur Einbürgerung auch Beiträge in Assimienios/Shajanian 2001; Sauer 2001; Thränhardt 2000). So liegt der Anteil der Einbürgerungen gemessen an der ausländischen Wohnbevölkerung selbst in Berlin, wo wegen einer großen Einbürgerungskampagne vergleichsweise viele Einbürgerungen stattfinden, trotz steigender Tendenz immer noch bei nur 2,7% (Schulz 2002: 126).

Das mit Abstand größte Problem, das auch nach Ansicht der türkischen Migranten einer Einbürgerung entgegensteht, ist, dass sie die deutsche Sprache nur rudimentär oder gar nicht beherrschen; die mangelnde Sprachkompetenz bereitet ihnen Schwierigkeiten be-

zitäts- und Vollzugsprobleme. Und für die Antragsteller bedeutet das Ausharren in großer Ungewissheit im „bürokratischen Gestrüpp“ zwischen Aufenthaltsbefugnis, -bewilligung, -berechtigung, -erlaubnis und -duldung und unter harten Restriktionen (z.B. keine Arbeitserlaubnis) wiederum starke psychische Belastungen und wenig Perspektiven (vgl. Mayer-Timpe 2004).

sonders im Umgang mit Behörden und Ämtern (vgl. hierzu Beiträge in Riehle 2001), weniger bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche oder am Arbeitsplatz (Zentrum für Türkeistudien 2000: 11f.). Hier muss die Verwaltung handeln. Sie muss ihre Seite der doppelwandigen Sprachmauer einreißen, damit sich die Kommunikation zwischen Bürokratie und Ausländern verbessert. Auf der anderen Seite sind auch die Migranten gefordert, sich die deutsche Sprache anzueignen. Wenn sie das nicht aus eigener Kraft schaffen, erscheinen verpflichtende Deutschkurse unausweichlich.³⁸

Handlungsfeld Wahlrecht

Mit der sinkenden Wahlbeteiligung in benachteiligten Stadtteilen als Indikator für politisches Desinteresse stellen sich Kommunalpolitiker die Frage, „ob sich in solchen Stadtteilen noch Investitionen lohnen, die keine (wahl-)politische Dividende mehr abwerfen“ (Anhut/Heitmeyer 2000b: 563). Wenn in Marxloh mit seinem hohen Ausländeranteil und hohem Jugendquotienten kaum jemand von seinem Wahlrecht Gebrauch macht oder machen darf, werden Kommunalpolitiker eher im Duisburger Süden Stadtteilinvestitionen tätigen, weil sie dort mit Wählerstimmen dafür „belohnt“ werden. Es lassen sich in benachteiligten Stadtteilen unpopuläre politische Maßnahmen nicht nur leichter durchsetzen, weil hier keine ausreichend organisierte und einflussreiche Interessenvertretung vorhanden ist, sondern es wirkt sich auch weniger negativ auf Wählerstimmen aus (vgl. Bentler 2001: 39; Dangschat 2002: 28; Häußermann/Siebel 2001: 31, 44). Dieser sich nach der Logik der Politik vollziehende Prozess kann eine „schleichende Segregation“ nicht unerheblich beschleunigen. Eine Änderung des Wahlrechts dahingehend, dass auch ausländische Mitbürger, die in einer deutschen Gemeinde gemeldet sind, zumindest bei Kommunalwahlen wählen dürfen, könnte diesen „Teufelskreislauf“ von benachteiligten Stadtquartieren durchbrechen.

Ein Wahlrecht für Ausländer entspräche auch einer Forderung von Keim (1997: 275f.), der es für sinnvoller hält, statt von „Integration“ von „sozialer Inklusion“ zu sprechen. In Anbetracht der unterschiedlichen Verwendung des Begriffs Integration und seiner größtenteils ideologischen Aufladung mit Wünschen, die in Zeiten weit fortgeschrittener gesellschaftlicher Ausdifferenzierungen illusorisch sind, erscheint eine Relativierung tatsächlich angebracht. Im Gegensatz zu vielen Integrationsbemühungen, die in der Praxis häufig von vorneherein zum Scheitern verurteilt sind, sind soziale Inklusionsprozesse mit einem Anspruch verbunden, „der etwas bescheidener ausfällt und daran ausgerichtet sein sollte, rechtliche Diskriminierungen und Ausgrenzungsprozesse zu vermeiden“ (Keim 1997: 276).

³⁸ Inzwischen spricht sich laut einer Umfrage der Berliner Ausländerbeauftragten selbst unter den Türken eine deutliche Mehrheit für verpflichtende Sprachkurse aus (vgl. Goddar 2003: 15).

Handlungsfeld Wohnungspolitik

Ein spezielles Interventions- und Regulierungsinstrument stellt die Wohnungspolitik dar. Sie hat großen Einfluss auf Segregationsprozesse in der Stadt. Wohnungspolitische Maßnahmen können jedoch erst in der Kombination mit ganzheitlichen Strategien und integrierten Ansätzen unter Einbezug möglichst vieler Akteure (Sozialarbeit, Stadtplanung, Wohnungsamt, private Wohnungsbaugesellschaften, Stadtteilbewohner) Wirkung entfalten (Hanhörster 1999: 115). Denn die Stadtplanung kann vielleicht noch in dem allerdings weiter schrumpfenden Bestand der staatlichen Sozialwohnungen³⁹ Einfluss nehmen – im privaten Wohnungsbau ist ihr das nicht mehr möglich (vgl. Häußermann 2000: 14ff.). Hier besteht Kooperationsbedarf. Allerdings stehen sich dabei die ökonomischen Interessen der Wohnungsgesellschaftlichen und die sozialpolitischen Interessen der Kommunalverwaltung oftmals unversöhnlich gegenüber, so dass eine behutsame Annäherung der Akteure notwendig ist.⁴⁰

Vornehmliche Aufgaben liegen für Farwick (2001: 176) auch darin, zukünftigen Segregationsprozessen entgegenzuwirken und bestehende sozialräumliche Strukturen zu entflechten. In diesem Zusammenhang können die oft beklagten Schrumpfungswellen in den Großstädten auch Chancen beinhalten. Strategien zur gezielten Entflechtung und Schrumpfung müssen jedoch in vielen Städten erst noch entwickelt werden.

Wichtig bei der Beschreibung, Bewertung und Beeinflussung von Segregationsprozessen und deren Folgewirkungen ist die Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation. Aus dieser Erkenntnis leiten Bell (2003: 53) und Häußermann/Siebel (2001: 89f.) die Forderung für die kommunale Planungspolitik ab, dass eine *sozioökonomische* Segregation vermieden werden sollte. Eine *ethnische* Segregation – unter der Prämisse der Freiwilligkeit und der zeitlichen Begrenzung – solle dagegen geduldet und sogar mit dem nötigen Fingerspitzengefühl gefördert werden. Allerdings nur solange, bis ethnische Kolonien nicht zu statischen und geschlossenen Gebilden erstarren, *funktionale* Segregation nicht in *strukturelle* Segregation umschlägt und „communities of choice“ nicht zu „communities of fate“ werden. Die Politik solle freiwillige Segregation nicht behindern, aber den Übergang aus der ethnischen Kolonie in die Mehrheitsgesellschaft mit allen Mitteln unterstützen.

Handlungsfeld Schule

Eine besondere Stellung bei der Lösung ethnisch-kultureller Konflikte kommt der Schule zu. Eine wichtige Voraussetzung für Integration liegt darin, dass sich Einheimische und Zugewanderte verständigen können. Dass offenkundig erhebliche Sprachschwierigkeiten bei Migranten(-kindern) bestehen, müsste Anlass genug sein, die sprachlichen Fähigkeiten nicht verkümmern zu lassen, sondern zu fördern (Romelspacher et al. 1998: 46). Ansonsten verstärken sich die ethnischen Bildungsbenachteiligungen mit ihren desintegrativen Folgen und die Kommunikationsbarrieren zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. In der Schule ist Segregation, die auf Ge-

³⁹ In Duisburg ist der Sozialwohnungsbestand von knapp 90.000 Wohnungen im Jahr 1989 auf knapp 53.000 Wohnungen am Ende des Jahres 2001 abgesunken (vgl. Bell 2003: 108).

⁴⁰ Andererseits sind gerade die großen Wohnungsbaugesellschaften an der Erhaltung ihrer städtischen Standorte interessiert, da sie wirtschaftlich auf urbane Dichte angewiesen sind.

meindeebene eine Integration nicht grundsätzlich ausschließt und das interethnische Zusammenleben auch positiv beeinflussen kann (Kapitel 6.2), fehlt am Platz. Angesichts des stratifizierenden Schulsystems der Bundesrepublik und der ethnisch divergierenden Bildungschancen und -anstrengungen erscheint es nur in der Primarstufe möglich und sinnvoll, in *allen* Grundschulen Schulklassen mit annähernd dem gleichen Ausländeranteil einzurichten. Die gleichberechtigte Partizipation an den „goods of modernity“, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, setzt in der heutigen Wissensgesellschaft eine gleichberechtigte Partizipation an Bildung voraus. Deswegen müssen integrationsfördernde Maßnahmen möglichst früh im Lebenslauf von Migranten ansetzen, sonst bleiben sie auf der Ebene oberflächlicher Symptombehandlung und euphemistischer „Multi-Kulti-Rhetorik“ (Häußermann/Oswald 1997: 22) stehen.

Eine weitere Aufgabe für die Schule besteht darin, eine „Erziehung zur Demokratie“ (Dollase 2000: 29) zu leisten, um zu verhindern, dass deutsche wie nichtdeutsche Kinder in rechtsextreme oder terroristische Gefilde abdriften. Notwendig ist eine Schule, die die Kulturen ihrer Schüler zum Unterrichtsthema macht und ihre Schüler darüber diskutieren lässt. Ebenso muss bei der liberalen „Aufklärungswut“ der Pädagogen im Sexualunterricht auf die kulturellen Differenzen zwischen deutschen und Migrantenkindern Rücksicht genommen und das seit Mitte der 90er Jahre existierende Konzept der „interkulturellen Pädagogik“ auf breiter Basis etabliert werden (Herkendell 2003: 27; Sen 2002: 61).

Es muss vor allem ein neues Selbstverständnis von Schule bestimmt werden (vgl. Auernheimer 2001). Das schließt auch eine Neuregelung der Zuständigkeiten im Schulwesen mit ein. Die Kommunen und vor allem die Schule selbst müssen mehr Autonomie und Eigenverantwortlichkeit, Handlungsspielraum und -möglichkeiten erhalten, was etwa ihre Finanzverwaltung oder Personalentscheidungen betrifft. Verstärkte Anstrengungen müssen dahingehend unternommen werden, einen konstruktiven Dialog zwischen Lehrern und Eltern nichtdeutscher und/oder benachteiligter Kinder herzustellen. Die Schule muss sich dem Stadtteil öffnen, mit den gesellschaftlichen „Schlüsselakteuren“ zusammenarbeiten und sich ihrer Verantwortung zur Herausbildung bürgerschaftlicher Kompetenzen bewusst werden. Dafür muss sie mit den erforderlichen finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

Die kooperative Einbeziehung von den Akteuren vor Ort zur Problemlösung darf sich jedoch nicht ausschließlich auf die „üblichen Verdächtigen“ (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Parteien etc.) beschränken, sondern muss sich auch auf Sport- und Nachbarschaftsvereine, mittelständische und Kleinbetriebe und schließlich den „funktionslosen Bürger“ erstrecken. Eine solche gemeinwesenorientierte Schule stellt einen wichtigen Baustein zur Etablierung einer „Anerkennungskultur“ dar, mit deren Hilfe bürgerschaftliches Engagement gewürdigt wird und einen gesellschaftlichen Vorbildcharakter (wieder-)erlangt (vgl. Olk 2003: 314ff.). „So gesehen ist die Durchführung von Wohnumfeldmaßnahmen keine ‚kleinbürgerliche Befriedungsstrategie‘, wie in manchen Quartieren von politischen Quartiersgruppen behauptet wird, sondern eine Möglichkeit der Aneignung des Lebensbereiches und damit Basis für soziales und politisches Engagement“ (Häußermann/Kapppan 2000: 264). Partizipation findet im Stadtteil, im sozialen Nahraum statt. Wo Partizipationsmöglichkeiten geschaffen und wahrgenommen werden, steigt die Wahrscheinlichkeit von Integration. Und wo Integration funktioniert, entsteht auch Identifikation – mit dem Stadtteil und mit der Mehrheitsgesellschaft.

Handlungsfeld Wissenschaft

Die Wissenschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Lösung und Deeskalation von ethnisch-kulturellen Konflikten leisten, indem sie z.B. Konfliktanalysen durchführt und daraus praktikable Vorschläge zur Konfliktlösung formuliert oder bestehende Modelle staatlicher Konfliktmediation evaluativ begleitet und beurteilt. Insbesondere die Sozialwissenschaften können mit ihren Instrumenten der empirischen Sozialforschung und ihrem „methodischen Sachverstand“ dazu beitragen, dass sich die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung stets auf aktuelles, vollständiges und ausreichend detailliertes statistisches Material stützen kann (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2001: 2).

Die Aufgaben der Wissenschaft bestehen demnach in der Evaluation, Diagnose und Prognose von sozialstrukturellen Prozessen und Veränderungen auf Stadtteilebene, z.B. mittels Stadtteilmonitoring. Gegenstand von Stadtteilmonitoring als prozessbegleitende Wirkungsanalyse können die komplexen Wechselbeziehungen zwischen kleinräumlicher Strukturentwicklung und wahrgenommener Lebensqualität sowie Beeinflussbarkeit durch stadtteilorientierte Handlungsmaßnahmen sein. So könnte ein „Frühwarnsystem“ installiert werden, das sich jedoch nicht nur auf die Sekundäranalyse von (quantitativen) amtlichen Daten beschränken darf, sondern in dessen Rahmen auch eigene (qualitative) Primärerhebungen durchgeführt werden müssen (vgl. Häußermann/Siebel 2001: 82).

Die Migrationsforschung muss allerdings mehr als bisher die Fehleranfälligkeit ihrer Methoden problematisieren. Die Migrationsforscher scheinen sich offenbar nicht darüber im klaren zu sein, dass interkulturelle Missverständnisse die Forschungsergebnisse erheblich verzerren und verfälschen können (vgl. Beck-Gernsheim 2003). Weiterhin ist eine interdisziplinäre Vernetzung nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, um über eine sektorale Betrachtung hinaus zu einer ganzheitlichen Bewertung gelangen zu können. Die Defizite, die im Bereich des Wissenschaft-Praxis-Transfers bestehen, müssen ebenfalls durch kooperative Strategien und Strukturen beseitigt werden.

9 Ausblick

Migration und Integration stellen unmittelbar miteinander verknüpfte Politikfelder dar, die von elementarer Bedeutung für die Gesellschaft sind. Mit der Beantwortung der Zuwanderungs- und Einbürgerungsfrage werden gleichzeitig die Weichen für eine erfolgreiche Integration von Ausländern gestellt. Vielleicht ließen sich einige Konfliktlinien mit Hilfe eines Integrationsmodells ausradieren, das unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einwandernden Ethnien und Kulturen einen Kompromissweg zwischen „salad bowl“ und „melting pot“ geht. Das „Bindemittel“ dafür muss die Politik zur Verfügung stellen. Die Entwicklung der Stadtteile und ihrer Bildungseinrichtungen kann man als die wichtigsten Handlungsempfehlungen für die Politik nennen. Krummacher/Waltz (2000: 234ff.) sprechen deswegen zu Recht auch von einer „interkulturellen Stadtpolitik als Zukunftsaufgabe“.

Wenn diese Zukunftsaufgabe nicht bald energisch angegangen wird, werden schon mittelfristig „demokratiefreie Zonen“ innerhalb der Stadt entstehen, in denen soziale Kontrolle nur noch formell von oben hergestellt wird, in denen nicht einmal das Minimum politischer Partizipation in Form der Wahlbeteiligung vorhanden ist, in denen keine Bildung als Voraussetzung für politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe an der Gesellschaft vermittelt wird und in denen der Sozialhilfebezug zur lebensweltlichen Normalität wird. Mit zunehmender Armut im Wohnquartier steigt die Verweildauer in einer Armutslage deutlich an. Und mit der räumliche Konzentration von Personen, die langfristig auf Sozialhilfebezug angewiesen sind, steigt wiederum die Gefahr, dass sich in den betroffenen Wohnquartieren destruktive Handlungsmuster, Lebensverhältnisse und Milieus herausbilden (Farwick 2001). Bestehende Subventionsmentalitäten und Abhängigkeitskulturen, die gerade im Ruhrgebiet weit verbreitet sind (vgl. Blotevogel 2003: 10), verfestigen sich. Sie können den Prozess der „inneren Kündigung“ (Häußermann/Kapppan 2000: 233) gegenüber der Gesellschaft beschleunigen – mit gravierenden Folgen: Verwahrlosung, Gewalt, Kriminalität.

Friedrichs/Blasius (2000: 92, 180ff.) haben in ihrer Untersuchung von benachteiligten Stadtteilen in Köln herausgefunden, dass eine Person umso mehr abweichendes Verhalten billigt, je mehr sie auf ihr Wohngebiet „fixiert“ ist, d.h. je mehr Zeit sie dort verbringt, je kleiner ihr soziales Netzwerk ist und je mehr sich dieses Netzwerk auf Personen beschränkt, die ebenfalls dort wohnen.⁴¹ Es wird nämlich eine „interne Rückwirkung“ erzeugt, die eine stärkere Dominanz der abweichenden Normen mit einem entsprechenden gruppenspezifischen Konformitätsdruck verursacht. „Wenn Kinder oder Jugendliche überhaupt niemanden kennen, der einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgeht, entwickeln sie keine Vorstellung davon, dass pünktliches und regelmäßiges Aufstehen und die Aufrechterhaltung einer äußeren Ordnung (Selbstdisziplin) eine Lebens-

⁴¹ Allerdings liegt kein linearer Zusammenhang vor. Die Billigung abweichenden Verhaltens erfolgt erst ab einem vergleichsweise hohen Schwellenwert. Nach Wilson (1987) sind benachteiligte Wohngebiete nicht nur durch ein hohes Ausmaß abweichenden *Verhaltens*, sondern auch durch ein hohes Ausmaß abweichender *Normen* gekennzeichnet. Für die Wilson-These spreche – so Friedrichs/Blasius (2000: 90) – die weite Verbreitung von bestimmten Formen abweichenden Verhaltens in benachteiligten Stadtvierteln, dagegen die gleichzeitige hohe Ablehnung solcher Verhaltensformen – bis eben zu jenem Schwellenwert.

möglichkeit darstellen, die mit gewissen Vorteilen verbunden sein kann“ (Häußermann/Kapghan 2000: 230f.). Das Armutsgebiet wird zum Ort der mangelnden Ressourcen, des Lernens „falscher“ Handlungsmuster und der Stigmatisierung und Diskriminierung (vgl. Farwick 2001: 156ff.).

Bei der Debatte um die Krise von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich nicht ausschließlich um einzelne *Stadtteil*probleme, sondern in erster Linie um ein *Stadt*problem handelt, ein Problem, das die gesamte Stadtgesellschaft angeht. Denn die Krise beschränkt nicht nur auf „abgehängten Stadtviertel der weniger Privilegierten“, die zu Sammelbecken der Modernisierungsverlierer mutieren; sie avanciert zu einer Integrationskrise der gesamten Stadt, die auch in die „eingeingelten Milieus der Wohlhabenden“ eindringt (Heitmeyer et al. 1998: 9f.). Und auch wenn sich ethnisch-kulturelle Konflikte nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilen, sondern sich in Stadtvierteln konzentrieren und kumulieren, betreffen die sich daraus ergebenden Planungs-, Finanz- und Strukturprobleme doch die gesamte Stadt.

Der Erfolg der genannten Handlungsempfehlungen hängt aber letztendlich von der Bereitschaft der einheimischen und ausländischen Bevölkerung ab, sich an der Lösung der Konflikte aktiv zu beteiligen. Integrationsbereitschaft muss auf beiden Seiten bestehen, sonst laufen die politischen Maßnahmen ins Leere. Nicht zuletzt sind es die Bürger, die ihren Lebensraum formen und gestalten. „Nicht gelingende Integration hat mindestens zwei Akteure: die Migranten und die Mehrheitsgesellschaft. Beide Seiten müssen bereit sein und aktiv werden, um die bekannten Defizite zu überwinden“ (Häußermann/Siebel 2001: 82). Sie müssen sich auf demokratische Verfahren einigen, in denen Konflikte ausgetragen werden (Häußermann/Siebel 2001: 79; Potter 1996: 155). Sie müssen sich auf einen demokratischen Rahmen verständigen, in dem sich unterschiedliche Kulturen entfalten können ohne andere in ihrer Handlungsfähigkeit einzuschränken. Sie müssen schließlich eine „urbane Kompetenz“ (Lindner 1998) und „multikulturelle Kompromisstoleranz“ (Holzner 2000: 132) entwickeln, um mit unterschiedlichen Kulturen, Konfessionen und Lebensentwürfen umgehen können (vgl. Münz 2002: 396). Das setzt voraus, dass sie sich mit anderen Kulturen, aber auch mit ihrer eigenen Kultur beschäftigen und sich kritisch damit auseinandersetzen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerungsentwicklung in Duisburg 1987-2001	6
Abbildung 2:	Entwicklung der Arbeitslosenquote, des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung, des Ausländeranteils an Arbeitslosigkeit und des Ausländeranteils an der Kriminalität in Duisburg 1987-2002 (Angaben in Prozent).....	7
Abbildung 3:	Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Duisburg 2000.....	10
Abbildung 4:	Bevölkerungsbewegung der deutschen Bevölkerung in Duisburg 1990-2001	11
Abbildung 5:	Bevölkerungsbewegung der nichtdeutschen Bevölkerung in Duisburg 1990-2001	11
Abbildung 6:	Deutsche Bevölkerung in Duisburg nach Altersgruppen am 31.12.2000	12
Abbildung 7:	Nichtdeutsche Bevölkerung in Duisburg nach Altersgruppen am 31.12.2000	12
Abbildung 8:	Verteilung der ethnisch-kulturellen Konflikterfahrungen in Duisburg nach Situationen 1997 (Angaben in Prozent).....	17
Abbildung 9:	Nichtdeutsche Bevölkerung in Duisburg nach Staatsangehörigkeit am 31.12.2000	21
Abbildung 10:	Tatverdächtigenbelastungszahlen in Duisburg nach Altersklassen 2002	30
Abbildung 11:	Häufigkeitszahl, ermittelte Tatverdächtige und Aufklärungsquote in Duisburg 1990-2002.....	31
Abbildung 12:	Kriminalitätsbelastung deutscher Großstädte über 200.000 Einwohner 2001 (Straftaten pro 100.000 Einwohner)	32
Abbildung 13:	Straftaten pro 1.000 Einwohner in Duisburg 2002	33
Abbildung 14:	Sicherheitsempfinden der Bürger in Duisburg 2000 (Angaben in Prozent, gerundet).....	37
Abbildung 15:	Kriminalitätsfurcht, Arbeitslosendichte und Ausländeranteil in ausgewählten Duisburger Stadtteilen 1997 (Angaben in Prozent)	39
Abbildung 16:	Straftaten pro 1.000 Einwohner nach ausgewählten Deliktsarten und Stadtteilen in Duisburg 2002	41

Literaturverzeichnis

A

- Ahlheim, Klaus und Bardo Heger (1999): Der unbequeme Fremde: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland – empirische Befunde, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Albrecht, Hans-Jörg (2001): Migration und Kriminalität. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.), Raum und Kriminalität, Neue Kriminologische Schriftenreihe der Neuen Kriminologischen Gesellschaft e.V., Band 107, Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 195-210.
- Albrecht, Peter-Alexis (1994): Das Strafrecht im Zugriff populistischer Politik. In: Strafverteidiger, Jg. 15, H. 5, S. 265-273.
- Allmendinger, Jutta (1989): Educational Systems and Labor Market Outcomes. In: European Sociological Review, Jg. 5, H. 3, S. 231-250.
- Ammer, Andreas (1992): Kommunale Kriminalitätsprophylaxe. Zusammenfassung und Analyse des Internationalen Kolloquiums „Gewalt in unseren Städten als Beispiel für Aufgaben der kommunalen Kriminalpolitik“ vom 26.-30. September 1988 in Münster, Mainz: Weisser Ring.
- Anhut, Reimund und Wilhelm Heitmeyer (2000a): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim [u.a.]: Juventa, S. 17-76.
- Anhut, Reimund und Wilhelm Heitmeyer (2000b): Bedrohte Stadtgesellschaft. Diskussion von Forschungsergebnissen. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim [u.a.]: Juventa, S. 551-569.
- Assimenios, Stamatis und Yvette Shajanian [Hrsg.] (2001): Politische Beteiligung in der Migration: Die Herausforderung. Einbürgerung – Politische Rechte – Interessenvertretung, Bonn: BAGIV.
- Auernheimer, Georg (2001): Anforderungen an die Schule im Stadtteil. In: Norbert Gestring; Herbert Glasauer; Christine Hannemann; Werner Petrowsky und Jörg Pohlen (Hrsg.), Jahrbuch Stadt-Region 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt, Opladen: Leske + Budrich, S. 75-91.

B

- Bade, Klaus J. (1993): Politik in der Einwanderungssituation: Migration – Integration – Minderheiten. In: Klaus J. Bade (Hrsg.), Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München: Beck, S. 442-455.
- Baumert, Jürgen und Gündel Schümer (2001): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb. In: Jürgen Baumert; Eckhard Klieme; Michael Neubrand; Manfred Prenzel; Ulrich Schiefele; Wolfgang Schneider; Petra Stanat; Klaus-Jürgen Tillmann und Manfred Weiß (Hrsg.), PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, S. 323-407.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen [Hrsg.] (2001): Migrationsbericht der Ausländerbefragten, Berlin/Bonn.
- Becker, Heidede und Rolf-Peter Löhr (2000): „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11, S. 22-29.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2003): Interkulturelle Missverständnisse in der Migrationsforschung. In: Leviathan, Jg. 31, H. 1, S. 72-91.
- Bell, Günter (2003): Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“. Eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen. (Diplomarbeit, Institut für Soziologie, Universität Duisburg-Essen, Standort Duisburg)

- Bentler, Andreas (2001): Verdrängte Sicherheiten: Vom Wechselspiel zwischen dem Alltag in Quartieren mit besonderem Erneuerungsbedarf und den Ansprüchen bürgerlichen Sicherheitsdenkens. In: Sabine Thabe (Hrsg.), Raum und Sicherheit, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Band 106, Blaue Reihe, Dortmund, S. 32-42.
- Bittner, Joachim (2003): Ghetto im Kopf. In: Die Zeit v. 28.08.2003, Nr. 36, S. 4.
- Blasius, Jörg und Jens S. Dangschat (1996): Gentrification, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Blotevogel, Hans Heinrich (1998): Europäische Metropolregion Rhein-Ruhr. Theoretische, empirische und politische Perspektiven eines neuen raumordnungspolitischen Konzepts, Dortmund: ILS.
- Blotevogel, Hans Heinrich (2001): Metropolregionen in der Raumordnungspolitik Deutschlands – ein neues strategisches Raumbild. In: Geographica Helvetica, Jg. 56, H. 3, S. 157-168.
- Blotevogel, Hans Heinrich (2002): Deutsche Metropolregionen in der Vernetzung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 6/7, S. 345-351.
- Blotevogel, Hans Heinrich (2003): Perspektiven und Risiken einer kommunalisierten Regionalplanung im Ruhrgebiet. URL: http://www.brd.nrw.de/BezRegDdorf/autorenbereich/Dezernat_61/PDF/PDF_Regionalrat/ReferatBlotevogel.pdf [letzter Zugriff: 31.06.2003]
- Blotevogel, Hans Heinrich und Markus Jeschke (2001): Determinanten der Stadt-Umland-Wanderungen im Raum Duisburg, Diskussionspapier 4/2001, Institut für Geographie, Universität Duisburg. URL: <http://www.raumplanung.uni-dortmund.de/rlp/dokumente/jeschke/Diskussionsp-4-2001.pdf> [letzter Zugriff: 25.05.2004]
- Blotevogel, Hans Heinrich und Markus Jeschke (2003): Stadt-Umland-Wanderungen im Ruhrgebiet, Institut für Geographie, Universität Duisburg-Essen, Campus Duisburg. URL: <http://www.kvr.de/wirtschaft/Endbericht.pdf> [letzter Zugriff: 25.05.2004]
- Boers, Klaus (1991): Kriminalitätsfurcht. Über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems, Pfaffenweiler: Centaurus.
- Böltken, Ferdinand; Hans-Peter Gatzweiler und Katrin Meyer (2002): Räumliche Integration von Ausländern und Zuwanderern. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8, S. 397-414.
- Bulmer, Martin (1984): The Chicago School of Sociology. Institutionalization, Diversity, and Rise of Sociological Research, Chicago/London: University of Chicago Press.
- Bultkamp, Martin (2001): Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslagen und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt, Hannover: agis.
- Bürkner, Hans-Joachim; Maike Bruse; Frank Jassens; Karin Proell und Stephan Sauerland (1999): Interethnische Konflikte im Wohnquartier: Ethnisierung und Kulturalismus als Hintergründe der Interpretation von Konflikten zwischen Einheimischen und Migranten durch politische Akteure. In: Geographische Zeitschrift, Jg. 87, H. 1, S. 13-28.

C

- Christie, Nils (1977): Conflicts as Property. In: British Journal Of Criminology, Jg. 17, H. 1, S. 1-15.
- Cohen, Lawrence E. und Marcus Felson (1979): Social Change and Crime Rate Trends: A Routine Activity Approach. In: American Sociological Review, Jg. 44, H. 4, S. 588-608.

D

- Dangschat, Jens S. (1998): Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum. In: Wilhelm Heitmeyer; Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 21-96.

- Dangschat, Jens S. (2002): Residentielle Segregation – die andauernde Herausforderung der Stadtforschung. In: Heinz Fassmann; Josef Kohlbacher und Ursula Reeger (Hrsg.), *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*, Klagenfurt: Drava, S. 25-36.
- Danielzyk, Reiner; Bernd Mielke und Ralf Zimmer-Hegmann (2002): *Demographische Entwicklung – Schrumpfende Stadt*, Bericht für die Sitzung des ILS-Beirates am 13. Februar 2002, Dortmund: ILS.
- Davy, Benjamin (2002): *Wilde Grenzen. Die Städtereion Ruhr 2030 als Möglichkeitsraum*. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 9, S. 527-537.
- Dinges, Martin und Fritz Sack (2000): *Unsichere Großstädte?* In: Martin Dinges und Fritz Sack (Hrsg.), *Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne* Vom Mittelalter bis zur Postmoderne, Neuwied: UVK, S. 9-65.
- DITIB [Stadtverband Diyanet Türkisch-Islamische Gemeinde zu Duisburg e.V.] (2003): *Neubau einer Begegnungsstätte und Moschee in Duisburg-Marxloh*, Info-Heft März, Duisburg.
- Dollase, Rainer (2000): *Besser antworten. Lehrer und Kinder können verhindern, dass Kinder rechts-extrem werden*. In: *Die Woche* v. 11.08.2000, S. 29.
- Dölling, Dieter; Karl Heinz Gössel und Stanislaw Waltos [Hrsg.] (1998): *Kriminalberichterstattung in der Tagespresse. Rechtliche und kriminologische Probleme*, Kriminalistik – Wissenschaft & Praxis, Band 34, Heidelberg: Kriminalistik.

E

- Ehlers, Eckart (1996): *Kulturreise – Kulturerde – Clash of Civilizations. Plädoyer für eine gegenwartsbezogene Kulturgeographie*. In: *Geographische Rundschau*, Jg. 48, H. 6, S. 338-344.
- Elias, Norbert und John L. Scotson (1990): *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Esser, Hartmut (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*, Darmstadt: Luchterhand.
- Esser, Hartmut (1986): *Ethnische Kolonien: „Binnenmigration“ oder gesellschaftliche Isolation?* In: Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hrsg.), *Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland*, Berlin: Quorum, S. 106-117.
- Esser, Hartmut (1988): *Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 17, H. 4, S. 235-248.
- Europäische Kommission (2000): *Europäische Union in Zahlen*, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

F

- Farwick, Andreas (2001): *Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern*, Opladen: Leske + Budrich.
- Feltes, Thomas und Christian Ostermann (1985): *Kriminalberichterstattung, Verbrechensfurcht und Stigmatisierung: Anmerkungen zu den (unterstellten) Folgen von massenmedialen Verbrechensdarstellungen für Täter, Opfer und Bevölkerung*. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, Jg. 68, H. 4-5, S. 261-268.
- Frevel, Bernhard (1999): *Kriminalität. Gefährdungen der Inneren Sicherheit?* Opladen: Leske + Budrich.
- Frevel, Bernhard (2002): *Community Policing – Zwischen Integrationsziel und Segregationswirkung. Stadtsoziologische Aspekte kommunalisierter Sicherheitsstrategien*. In: Rainer Prätorius (Hrsg.), *Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent*, Baden-Baden: Nomos, S. 80-89.
- Friedrichs, Jürgen (1981): *Stadtanalyse: soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft*, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag.

Friedrichs, Jürgen (1997): Normenpluralität und abweichendes Verhalten. Eine theoretische und empirische Analyse. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 473-505.

Friedrichs, Jürgen (1998): Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten? Neuere Befunde der Stadtsoziologie zum Verhältnis von Einheimischen und Zugewanderten in Deutschland. In: Wilhelm Heitmeyer; Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 233-265.

Friedrichs, Jürgen und Jörg Blasius (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen: Leske + Budrich.

Fuchs, Marek und Siegfried Lamnek (1992): Fremde in Deutschland – eine Klassengesellschaft? Erscheinungsformen der Fremdenfeindlichkeit. In: Soziale Probleme, Jg. 3, H. 2, S. 154-172.

G

Gaschke, Susanne (2003): Nie mehr Migrations-Ali. Hier zu Hause, hier erfolgreich: Die neue türkisch-stämmige Mittelschicht. In: Die Zeit v. 21.08.2003, Nr. 35, S. 3.

Geißler, Rainer (1995): Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35, S. 30-39.

Geißler, Rainer (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, 3., grundlegend überarbeitete Aufl., Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Geißler, Rainer (2003): Gesetzestreue Arbeitsmigranten. Ein Kommentar zu Jürgen Mansel und Günter Albrecht: Die Ethnie des Täters als ein Prädiktor für das Anzeigeverhalten von Opfern und Zeugen. In: Soziale Welt, Jg. 54, H. 3, S. 373-381.

Goddar, Jeanette (2003): Jahre in Deutschland, ohne ein Wort Deutsch. In: Das Parlament v. 6./13.01.2003, Jg. 53, H. 1-2, S. 15.

Görgens, Bernhard (2000): Kriminalprävention in und mit den Kommunen. In: Bewährungshilfe, Jg. 47, H. 2, S. 169-180.

Grabowski, Werner; Ute Michel; Ulrich Podszuweit und Horst Tietjens (2002): Das Tor zur Welt: Zuwanderung und Segregation in Hamburg. In: Heinz Fassmann; Josef Kohlbacher und Ursula Reeger (Hrsg.), Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt: Drava, S. 143-159.

H

Hanak, Gerhard (1996a): Die „Community“ als Simulation und Realität. In: Thomas Trenczek und Hartmut Pfeiffer (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten, Bonn und Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 54-74.

Hanak, Gerhard (1996b): Finstere Gassen – dunkle Gestalten: Unsicherheitserfahrungen in einem Wiener Stadtviertel. In: Walter Hammerschick; Inge Karazman-Morawetz und Wolfgang Stangl (Hrsg.), Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik, Baden-Baden: Nomos, S. 57-78.

Hanhörster, Heike (1999): Wohnungspolitik und Segregationsprozesse: Fallstudie Duisburg-Marxloh. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Jg. 1, H. 1, S. 97-117.

Hanhörster, Heike und Margit Mölder (2000): Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim [u.a.]: Juventa, S. 307-346.

Hauf, Claus-Jürgen (1992): Kriminalitätserfassung und Kriminalitätsnachweis auf polizeilicher Ebene. Eine Problemanalyse, Bonn: Forum Verlag Godesberg.

- Hauf, Claus-Jürgen (1994): Die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik – ein ausgestandenes Thema? Ein Beitrag zu Kriminalitätserfassung und Kriminalitätsnachweis. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsform, Jg. 77, H. 6, S. 388-394.
- Hauf, Claus-Jürgen (1995): Probleme bei der Messung von Kriminalität. In: Kriminalistik, Jg. 49, H. 2, S. 89-95.
- Häußermann, Hartmut (1998): Zuwanderung und Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen „underclass“? In: Wilhelm Heitmeyer; Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 145-175.
- Häußermann, Hartmut (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11, S. 13-21.
- Häußermann, Hartmut und Andreas Kapphan (2000): Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen: Leske + Budrich.
- Häußermann, Hartmut und Ingrid Oswald (1997): Zuwanderung und Stadtentwicklung. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hrsg.), Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan Sonderheft 17, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 9-29.
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (1987): Neue Urbanität, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (1998): Wohnen. In: Bernhard Schäfers und Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich, S. 732-741.
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin/Oldenburg.
- Hecker, Wolfgang (1997): Vorbild New York? Zur Debatte über eine neue Sicherheits- und Kriminalpolitik. In: Kritische Justiz, Jg. 30, H. 4, S. 395-410.
- Heinz, Werner [Hrsg.] (2000): Stadt und Region: Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich, Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 93, Stuttgart [u.a.]: Kohlhammer.
- Heinz, Wolfgang (1998): Reformbedarf des Jugendstrafrechts? Jugendkriminalität und Jugendkriminalrechtspflege aus Sicht der Kriminologie. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, Jg. 81, H. 6, S. 399-425.
- Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die „Integrationsmaschine“ Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Wilhelm Heitmeyer; Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 443-467.
- Heitmeyer, Wilhelm (2003): „Niemand kann mit mangelnder Anerkennung leben“ (Interview). In: Die Zeit v. 27.02.2003, Nr. 10, S. 15.
- Heitmeyer, Wilhelm und Reimund Anhut [Hrsg.] (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim [u.a.]: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm; Joachim Müller und Helmut Schröder (1997): Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm; Rainer Dollase und Otto Backes (1998): Einleitung: Die städtische Dimension ethnischer und kultureller Konflikte. In: Wilhelm Heitmeyer; Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.), Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9-17.
- Herkendell, Beate (2003): „Schmutzige Gedanken“. In: Die Zeit v. 09.01.2003, Nr. 3, S. 27.
- Hermann, Dieter und Christian Laue (2001): Ökologie und Lebensstil – Empirische Analysen zum „broken windows“-Paradigma. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.), Raum und Kriminalität, Neue Krimi-

nologische Schriftenreihe der Neuen Kriminologischen Gesellschaft e.V., Band 107, Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 89-120.

Hermann, Dieter und Dieter Dölling (2001): Kriminalprävention und Wertorientierungen in komplexen Gesellschaften. Analysen zum Einfluss von Werten, Lebensstilen und Milieus auf Delinquenz, Viktimisierung und Kriminalitätsfurcht, Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoptionen, Band 29, Mainz: Weisser Ring.

Hess, Henner (1996): New York zieht die Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben. Eine neue Polizeistrategie zwischen Enthusiasmus und Kritik. In: Kriminologisches Journal, Jg. 28, H. 3, S. 179-190.

Hillmann, Felicitas (2001): Ethnische Ökonomien: eine Chance für die Städte und ihr Migrant(inn)en? In: Norbert Gestring; Herbert Glasauer; Christine Hannemann; Werner Petrowsky und Jörg Pohlen (Hrsg.), Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt, Opladen: Leske + Budrich, S. 35-55.

Hillmann, Karl-Heinz (1994): Wörterbuch zur Soziologie, 4. Aufl., Stuttgart: Kröner.

Holzner, Lutz (2000): Kommunitäre und ‚demokratisierte‘ Kulturlandschaft. Zur Frage der sogenannten ‚Amerikanismen‘ in deutschen Städten. In: Erdkunde, Jg. 54, H. 2, S. 121-134.

Huntington, Samuel P. (1993a): The Clash Of Civilizations? In: Foreign Affairs, Jg. 72, H. 3, S. 22-49.

Huntington, Samuel P. (1993b): If not Civilizations, what? Paradigms of the Post Cold War. In: Foreign Affairs, Jg. 72, H. 4, S. 187-194.

Huntington, Samuel P. (1996): Der Kampf der Kulturen, München: Europa-Verlag.

Hüttermann, Jörg (2000): Der avancierende Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 29, H. 4, S. 275-293.

I

ICMPD [International Centre for Migration Policy Development] (1994): Eine vergleichende Übersicht über die Einwanderungs- und Asylpolitik einiger westlicher Länder, Wien: ICMPD.

J

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Jürgen Friedrichs und Robert Kecskes (Hrsg.) (1996): Gentrification: Theorie und Forschungsergebnisse, Opladen: Leske + Budrich.

K

Karazman-Morawetz, Inge (1996): Was macht Stadtbewohner unsicher? Unsicherheitserfahrungen in zwei Wiener Stadtvierteln und ihre strukturellen Hintergründe. In: Walter Hammerschick; Inge Karazman-Morawetz und Wolfgang Stangl (Hrsg.), Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik, Baden-Baden: Nomos, S. 17-38.

Karstedt, Susanne (2000): Der urbane Raum als Zentrum sozialer Prozesse – Kriminalität in der polarisierten Stadt. In: Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hrsg.), Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung, Reihe „Sozialstrukturanalyse“, Band 14, Opladen: Leske + Budrich, S. 23-47.

Kecskes, Robert (2000): Soziale und identifikative Assimilation türkischer Jugendlicher. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 10, H. 1, S. 66-78.

Keim, Karl-Dieter (1997): Vom Zerfall des Urbanen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 245-286.

Kirbach, Roland (2003): Dresche von Herzen. In: Die Zeit v. 27.02.2003, Nr. 10, S. 13-16.

- Klein, Marie-Luise; Jürgen Kothy und Gülsen Cabadag (2000): Interethnische Kontakte und Konflikte im Sport. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hrsg.), *Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*, Weinheim [u.a.]: Juventa, S. 307-346.
- Knapp, Wolfgang; Peter Schmitt und Klaus R. Kunzmann (2001): *Die Region RheinRuhr. Einsichten in und Aussichten für eine „Metropolregion“ der Zukunft*. Dokumentation eines Workshops des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und der Staatskanzlei NRW am 30. November 2000, Dortmund: ILS.
- Krätke, Stefan (1995): *Stadt – Raum – Ökonomie: Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*, Basel [u.a.]: Birkhäuser.
- Kristen, Cornelia (2003): Ethnische Unterschiede im deutschen Schulsystem. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 21-22, S. 26-32.
- Krummacher, Michael und Vicoria Waltz (2000): Ruhrgebiet: Migration und Stadtentwicklung in einer altindustrialisierten Region. Herausforderungen, Versäumnisse und „best-practice“-Beispiele. In: Klaus M. Schmals (Hrsg.), *Migration und Stadt. Entwicklungen – Defizite – Potentiale*, Opladen: Leske + Budrich, S. 215-237.
- Kummer, Jochen (1993): *Ausländerkriminalität. Legenden und Fakten zu einem Tabu*, Frankfurt am Main [u.a.]: Ullstein.
- Kury, Helmut und Joachim Obergfell-Fuchs (1998): Zur Messung der Kriminalitätsbelastung. Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) versus Dunkelfeld-/Opferstudien. In: *Kriminalistik*, Jg. 52, H. 10, S. 618-627.
- KVR [Kommunalverband Ruhrgebiet] (2002): *Städte- und Kreisstatistik Ruhrgebiet 2001*, Essen.

L

- Lindner, Werner (1998): Die „sichere“ Stadt zwischen urban control und urbaner Kompetenz. In: Wilfried Breyvogel (Hrsg.), *Stadt, Jugendkulturen und Kriminalität*, Bonn: Dietz, S. 37-61.
- Loch, Dietmar (1998): Soziale Ausgrenzung und Anerkennungskonflikte in Frankreich und Deutschland. In: Wilhelm Heitmeyer; Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.), *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 266-296.
- Loeffelholz, Hans Dietrich von und Hermann Rappen (2002): *Bevölkerungsentwicklung und Kommunal Finanzen im Ruhrgebiet – Ein Problemaufriss*, Essen: Projekt Ruhr.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang und Heike Niemann (1997): Gleiches Strafrecht für alle? Neue Ergebnisse zur Ungleichbehandlung ausländischer Jugendlicher im Strafrecht der Bundesrepublik. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 26, H. 1, S. 35-52.
- Luft, Stefan (2002): *Die Dynamik der Desintegration. Zum Stand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten, Aktuelle Analysen*, Band 29, München: Hanns-Seidel-Stiftung.

M

- Mansel, Jürgen (2001): *Angst vor Gewalt. Eine Untersuchung zu jugendlichen Opfern und Tätern*, Weinheim [u.a.]: Juventa.
- Mansel, Jürgen und Günter Albrecht (2003): Die Ethnie des Täters als ein Prädiktor für das Anzeigeverhalten von Opfern und Zeugen. Die private Strafanzeige als Form der Konfliktregulierung. In: *Soziale Welt*, Jg. 54, H. 3, S. 339-372.
- Marcuse, Peter (1998): Ethnische Enklaven und rassische Ghettos in der postfordistischen Stadt. In: Wilhelm Heitmeyer; Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.), *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 176-193.

- May, David (2001): Die Etablierten-Außenseiter-Beziehung als Grammatik urbanen Zusammenlebens. In: Wolf-Dietrich Bukow; Claudia Nikodem; Erika Schulze und Erol Yildiz (Hrsg.), Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration, Interkulturelle Studien, Band 9, Opladen: Leske + Budrich, S. 159-171.
- May, David (2002): Konflikte und deren Ethnisierung in der Dortmunder Nordstadt. In: Wolf-Dietrich Bukow und Erol Yildiz (Hrsg.), Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Ist die multikulturelle Stadt gescheitert oder wird sie zu einem Erfolgsmodell? Interkulturelle Studien, Band 11, Opladen: Leske + Budrich, S. 131-144.
- Mayer-Timpe, Ulrike (2004): Amadous Traum. In: Die Zeit v. 11.03.2004, Nr. 12, S. 22.
- Müller, Joachim (1999): Sozialräumliche Aspekte von Gewalt mit ethnisch-kulturellem Hintergrund. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, Jg. 1, H. 1, S. 84-96.
- Müller, Joachim (2000): Jugendkonflikte und Gewalt mit ethnisch-kulturellem Hintergrund. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim [u.a.]: Juventa, S. 257-306.
- Müller, Walter und Yossi Shavit (1998): Bildung und Beruf im institutionellen Kontext. Eine vergleichende Studie in 13 Ländern. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften, Jg. 1, H. 4, S. 501-533.
- Münz, Rainer (2002): Deutschland wird Einwanderungsland. Aspekte einer geregelten Zuwanderung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8, S. 393-396.
- Murck, Manfred (1980): Soziologie der öffentlichen Sicherheit. Eine staatliche Aufgabe aus der Sicht der Bürger, Frankfurt am Main/New York: Campus.

N

- Noll, Heinz-Herbert und Helmut Schröder (1995): Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland. In: Wolfgang Glatzer und Heinz-Herbert Noll (Hrsg.), Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 305-328.

O

- Obergfell-Fuchs, Joachim und Helmut Kury (1995): Verbrechensfurcht und kommunale Kriminalprävention – Analysen anhand der Bevölkerungsbefragungen in den Projektstädten und der bundesweiten repräsentativen Bevölkerungsumfrage. In: Thomas Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten, Holzkirchen/Obb.: Felix, S. 31-68.
- Olk, Thomas (2003): Bürgerschaftliches Engagement. Eckpunkte einer Politik der Unterstützung freiwilliger und gemeinwohlorientierter Aktivitäten in Staat und Gesellschaft. In: Neue Praxis, Jg. 33, H. 3/4, S. 306-325.

P

- Park, Robert E.; Ernest W. Burgess und Roderick D. McKenzie [Hrsg.] (1925): The City, Chicago: University of Chicago Press.
- Petrowsky, Werner (2001): Die Einwanderungsstadt und die amtliche Statistik. In: Norbert Gestring; Herbert Glasauer; Christine Hannemann; Werner Petrowsky und Jörg Pohlan (Hrsg.), Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt, Opladen: Leske + Budrich, S. 179-204.
- Pfeiffer, Christian und Peter Wetzels (2000): „Siddetin Fail ve Kurbanlari Genç Tükler“, „Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt“, Forschungsbericht Nr. 81, Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN). URL: <http://www.kfn.de> [letzter Zugriff: 20.06.2003]
- Polizeipräsidium Bielefeld (2003): Zahlen, Daten, Fakten. Jahresbilanz 2002 – Teil 2, Bielefeld.
- Polizeipräsidium Duisburg (2003): Kriminalitätsbericht 2002, Duisburg.

Potter, Philip (1996): Differenz statt „Integration“: Stadtpolitische Strategien zu einer Gesellschaft der ethnischen Pluralität. In: *Neue Praxis*, Jg. 26, H. 2, S. 150-160.

R

Raithel, Jürgen (2002): Ethnisch-kulturelle Konfliktpotenziale unter Jugendlichen im (groß-)städtischen Raum. In: *Soziale Probleme*, Jg. 13, H. 1, S. 54-79.

Rauer, Valentin und Oliver Schmidtke (2001): „Integration“ als Exklusion? Zum medialen und alltagspraktischen Umgang mit einem umstrittenen Konzept. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 11, H. 3, S. 277-296.

Reich, Kerstin (2003): Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: *Der Bürger im Staat*, Jg. 53, H. 1, S. 45-52.

Reuband, Karl-Heinz (1998): Kriminalität in den Medien: Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht. In: *Soziale Probleme*, Jg. 9, H. 2, S. 122-153.

Reuband, Karl-Heinz (1999a): Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Kriminalitätsfurcht – eine Folge differentieller Vulnerabilität? In: *Neue Praxis*, Jg. 29, H. 2, S. 147-157.

Reuband, Karl-Heinz (1999b): Kriminalitätsbelastung und Medienberichterstattung in Städten – Widerspiegelung sozialer Realitäten oder Folge journalistischer Selektion? In: Hans Uwe Otto und Franz Hamburger (Hrsg.), *Sozialpädagogik und Öffentlichkeit. Systematisierungen zwischen marktorientierter Publizität und sozialer Dienstleistung*. Weinheim [u.a.]: Juventa, S. 97-112.

Reuband, Karl-Heinz (2000): Kriminalität als Thema ostdeutscher Massenmedien vor und nach der Wende. Eine Analyse Dresdner Tageszeitungen 1988-1994. In: *Kriminologisches Journal*, Jg. 32, H. 1, S. 43-55.

Reuber, Paul und Günter Wolkersdorfer (2002): Clash of Civilizations aus Sicht der kritischen Geographie. In: *Geographische Rundschau*, Jg. 54, H. 7-8, S. 24-28.

Riehle, Eckart [Hrsg.] (2001): *Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung? Kommunikationsprobleme zwischen Migranten und Behörden*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Riemer, Andrea K. (2003): Die Türkei und die Europäische Union. Eine unendliche Geschichte? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10-11/2003, S. 40-46.

Ritter, Ernst-Hasso (2002): Selbstorganisatorische Handlungspotenziale in polyzentralen Metropolregionen. Am Beispiel der Metropolregion Rhein-Ruhr. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 6/7, S. 367-376.

Roggenthin, Heike (2001): Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. In: Heike Roggenthin (Hrsg.), *Stadt – der Lebensraum der Zukunft? Mainzer Kontaktstudium Geographie 7*, Mainz: Geographisches Institut Johannes Gutenberg-Universität Mainz, S. 79-87.

Rommelspacher, Thomas und Dieter Oelschlägel (1986): Armut im Ruhrgebiet – Regionale Entwicklungstrends und kleinräumige Prozesse am Beispiel eines Duisburgers Elendsgebietes. In: Jürgen Friedrichs; Hartmut Häußermann und Walter Siebel (Hrsg.), *Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 214-234.

Rommelspacher, Thomas; Christoph Rülcker; Ansgar Schulz-Kleyenstüber und Uwe Zander (1998): *Marxloh. Ansichten über einen Duisburger Stadtteil*. Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, Nr. 2/1998, Gerhard-Mercator-Gesamthochschule Duisburg.

Rupprecht, Reinhard (1989): Manipulation der PKS? Eine notwendige Klarstellung zu einem nicht ganz neuen Vorwurf. In: *Kriminalistik*, Jg. 43, H. 10, S. 581-582.

S

Santel, Bernhard (2002): Außen vor? Zur politischen Partizipation von Zuwanderern in Deutschland. In: Marianne Krüger-Pogratz; Hans Reich und Bernhard Santel (Hrsg.), *Integration und Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft*, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, S. 11-25.

- Sauer, Martina (2001): Die Einbürgerung türkischer Migranten in Deutschland. Befragung zu Einbürgerungsabsichten und dem Für und Wider der Einbürgerung. In: Andreas Goldberg; Dirk Halm und Martina Sauer (Hrsg.), Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien 2002, Münster: Lit, S. 165-228.
- Scharf, Wilfried; Hanns-Ullrich Mühlenfeld und Ralf Stockmann (1999): Zur Kriminalitätsberichtserstattung in der Presse. Oder: Wird Kriminalitätsfurcht medial „gepflegt“? In: Kriminalistik, Jg. 53, H. 2, S. 87-94.
- Schneider, Hans Joachim (2000): Kriminologie 2000: Neue Theorieansätze und ihre empirische Bestätigung. In: Juristische Schulung, Jg. 40, H. 8, S. 387-394.
- Schröder, Helmut; Jutta Conrads; Anke Testrot und Matthias Ulbrich-Herrmann (2000): Ursachen inter-ethnischer Konfliktpotenziale. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung von deutscher Mehrheitsbevölkerung und türkischer Minderheit. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim [u.a.]: Juventa, S. 101-198.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina (2002): Integrationskonzepte auf städtischer Ebene. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8, S. 431-442.
- Schulz, Marlies (2002): Ethnische Segregation im wieder vereinigten Berlin. In: Heinz Fassmann; Josef Kohlbacher und Ursula Reeger (Hrsg.), Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich, Klagenfurt: Drava, S. 121-142.
- Schweer, Martin K.W. und Barbara Thies (2000): Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. Eine empirische Untersuchung zum Kriminalitätserleben in der Bevölkerung. In: Kriminalistik, Jg. 54, H. 5, S. 336-342.
- Schweer, Thomas (1997): Arbeitslosigkeit und politischer Radikalismus: Über die Einstellung von Langzeitarbeitslosen zur „Gastarbeiterfrage“. In: Gabriele Klein und Hermann Strasser (Hrsg.), Schwer vermittelbar. Zur Theorie und Empirie der Langzeitarbeitslosigkeit, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 179-196.
- Schwind, Hans-Dieter (1995): Die gefährliche Verharmlosung der „Ausländerkriminalität“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43, S. 32-36.
- Sen, Faruk (2002): Türkische Minderheit in Deutschland. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 277, S. 53-61.
- Shaw, Clifford R. und Henry D. McKay (1942): Juvenile Delinquency in Urban Areas, Chicago: University of Chicago Press.
- Siebel, Walter (1997): Die Stadt und die Zuwanderer. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hrsg.), Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan Sonderheft 17, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 30-41.
- Siebel, Walter (1998): Fremde in der Stadt. In: Die Zeit v. 19.11.1998, Nr. 48, S. 59.
- Spiewak, Martin (2003): Spitzenreiter im Scheitern. In: Die Zeit v. 27.02.2003, Nr. 10, S. 16.
- Stadler, Willi und Werner Walser (1996): Verzerrungsfaktoren und Interpretationsprobleme der PKS unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Staatsangehöriger. In: Wolfgang Heinz (Hrsg.), Kriminalprävention auf kommunaler Ebene: eine aussichtsreiche „Reform von unten“ in der Kriminalpolitik? Heidelberg: Eigenverlag der Landesgruppe Baden-Württemberg in der DVJJ, S. 221-238.
- Stadt Bielefeld (1998): Das Gefühl der Sicherheit und die Meinung über ihre Polizei von Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern: Ergebnisse einer Befragung, Reihe Stadtforschung in Bielefeld, H. 5, Bielefeld.
- Stadt Duisburg (1989): Kommunalwahl 1989. Statistischer Monatsbericht Nr. 9, Duisburg.
- Stadt Duisburg (2000): Landtagswahl 2000, Duisburg.
- Stadt Duisburg (2001): Duisburger Bürgerumfrage Herbst 2000. Sicherheitsempfinden der Bürger, Duisburg.

- Stadt Duisburg (2002): Ergebnisse der Duisburger Bürgerumfrage Herbst 2001, Duisburg.
- Stadt Duisburg (2003): Ergebnisse der Duisburger Bürgerumfrage Herbst 2002, Duisburg.
- Statistisches Bundesamt [Hrsg.] (2002): Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Staubach, Reiner (1995): Lokale Partnerschaften. Zur Erneuerung benachteiligter Quartiere in deutschen Städten, Werkbericht No. 35 der Arbeitsgruppe Bestandverbesserung (AGB), Dortmund.
- Steffen, Wiebke (2001): Strukturen der Kriminalität der Nichtdeutschen. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.), Raum und Kriminalität, Neue Kriminologische Schriftenreihe der Neuen Kriminologischen Gesellschaft e.V., Band 107, Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 231-262.
- Strasser, Hermann (1999): Die Grenzen der multikulturellen Gesellschaft – zur Dialektik von Freiheit und Solidarität. In: Georgios Chatzimarkakis und Holger Hinte (Hrsg.), Brücken zwischen Freiheit und Gemeinsinn. Positionen – Konzepte – Modelle, Bonn: Lemmens, S. 177-188.
- Strasser, Hermann und Claudius R. Köster (1998): Die deutsche Geburt der multikulturellen Gesellschaft. Politische Zwänge und soziale Grenzen. In: Folkert Rickers und Eckart Gottwald (Hrsg.), Vom religiösen zum interreligiösen Lernen. Wie Angehörige verschiedener Religionen und Konfessionen lernen. Möglichkeiten und Grenzen interreligiöser Verständigung, Neukirchen-Vluyn: Neukirchener, S. 13-32.
- Streng, Franz (1998): Wie weit trägt das broken windows-Paradigma? Annäherungen an einen aktuellen kriminalpolitischen Ansatz. In: Hans-Jörg Albrecht; Frieder Dünkel; Hans-Jürgen Kerner; Josef Kürzinger; Heinz Schöch; Klaus Sessar und Bernhard Villmow (Hrsg.), Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht – Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag, Berlin: Duncker & Humblot, S. 921-941.
- Strohmeier, Klaus Peter (1991): Die Polarisierung der Lebensformen in der Bundesrepublik Deutschland. Neue Probleme der Stadtpolitik. In: Bernhard Blanke (Hrsg.), Staat und Stadt: systematische, vergleichende und problemorientierte Analysen „dezentraler“ Politik, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 22, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 177-209.
- Strohmeier, Klaus Peter (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Demographischer Wandel im Ruhrgebiet, Essen: Projekt Ruhr. URL: <http://www.projektruhr.de> [letzter Zugriff: 12.02.2003]

T

- Thränhardt, Dietrich (2000): Integration und Staatsangehörigkeitsrecht. In: Klaus J. Bade und Rainer Münz (Hrsg.), Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 141-161.
- Thränhardt, Dietrich; Renate Dieregweiler und Bernhard Santel (1994): Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik, Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Tobias, Gertrud und Johannes Boettner [Hrsg.] (1992): Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt, Essen: Klartext.

U

- Ulusoy, Yunus und Julia Siebert (2001): Türkische Selbständige in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse einer Befragung zu ihrem ökonomischen Potential und der Betriebsstruktur. In: Andreas Goldberg; Dirk Halm und Martina Sauer (Hrsg.), Migrationsbericht des Zentrums für Türkeistudien 2002, Münster: Lit, S. 345-369.

W

- Walter, Michael (2001): Migration und damit verbundene Kriminalitätsprobleme. In: Jörg-Martin Jehle (Hrsg.), Raum und Kriminalität, Neue Kriminologische Schriftenreihe der Neuen Kriminologischen Gesellschaft e.V., Band 107, Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg, S. 211-230.
- Walther, Uwe-Jens (2001): Neuer Wein in alten Schläuchen. Das Programm „Soziale Stadt“. In: Norbert Gestring; Herbert Glasauer; Christine Hannemann; Werner Petrowsky und Jörg Pohlen (Hrsg.), Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt, Opladen: Leske + Budrich, S. 95-113.
- Wassermann, Rudolf (1995): Kriminalität und Sicherheitsbedürfnis. Zur Bedrohung durch Gewalt und Kriminalität in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23, S. 3-10.
- Whyte, William F. (1943): Street Corner Society. The Social Structure of an Italian Slum, Chicago/London: University of Chicago Press.
- Williams, Franklin P. und Marilyn D. McShane (1994): Criminological Theory, 2. Aufl., Englewood Cliffs/New Jersey: Prentice Hall.
- Wilson, James Q. und George L. Kelling (1982): Broken Windows. The Police and Neighborhood Safety. In: The Atlantic Monthly, März, S. 29-39. URL: <http://www.theatlantic.com/politics/crime/windows.htm> [letzter Zugriff: 30.04.2003] (deutsche Übersetzung abgedruckt in: Kriminologisches Journal, 1996, Jg. 29, H. 2, S. 121-137)
- Wilson, William J. (1987): The truly Disadvantaged, Chicago: Chicago University Press.
- Wolf, Joachim (1999): Das Recht des Lebens auf der Straße: ein Rechtsgutachten zur Privatisierung öffentlicher Flächen und zum Grundrechtsschutz wohnungsloser Menschen, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Dortmund: ILS.

Z

- Zapf, Wolfgang; Sigrid Breuer; Jürgen Hampel; Peter Krause; Hans-Michael Mohr und Erich Wiegand (1987): Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland, München: Beck.
- Zentrum für Türkeistudien (2000): Die Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnis der zweiten Mehrthemenberatung (Kurzfassung). URL: <http://www.zft-online.de> [letzter Zugriff: 12.02.2003]
- Zentrum für Türkeistudien (2002): Ethnisches Mosaik des Ruhrgebiets. Typisierung der Stadtteile und Potenziale der Migranten, Essen: Projekt Ruhr. URL: <http://www.projektruhr.de> [letzter Zugriff: 21.03.2004]
- Zimmer, Ralf (1995): Handlungskonzept Duisburg-Marxloh. Materialien für die weitere Diskussion, Dortmund: ILS.
- Zuber, Corina (2000): Kriminalität in Basel – Tatorte und Tatzeiten vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Desintegrationserscheinungen. In: Geographica Helvetica, Jg. 55, H. 4, S. 269-279.